

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Parteigenossen!

Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Die Adresse des Parteivorstandes ist wie bisher:

J. Kuer, Berlin SW. 47,
Kreuzbergstr. 30.

An diese Adresse sind sämtliche für den Parteivorstand bestimmte Zuschriften zu richten.

Geldsendungen sind dagegen nur an den Parteikassierer A. Gerisch, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30

zu adressieren.

Zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerde-Instanz ist die aus neun Personen bestehende, im § 17 unseres Organisations-Statuts vorgesehene Kontrollkommission gewählt. Dieselbe hat sich ebenfalls im Anschluß an den Parteitag in Bremen konstituiert und sind alle Zuschriften, Beschwerden u. für dieselbe an

Heinrich Meister, Hannover,
Langestr. 1

zu richten.

Parteigenossen! Das vor uns liegende Jahr soll neben der intensiven Förderung der Agitation dem Ausbau unserer Organisation gewidmet sein.

Nach § 4 unseres Organisationsstatuts hat die Wahl der Vertrauenspersonen alljährlich im Anschluß an den Parteitag stattzufinden. Wir richten das dringende Ersuchen an unsere Genossen, das Ergebnis dieser Wahlen umgehend an die oben angegebene Adresse zu berichten. Der Umstand, daß die bisherige Vertrauensperson wiedergewählt ist, darf kein Grund sein, die Neuwahl nicht zu melden. Auch die Bekanntgabe der Wahl in der Lokalpresse oder dem Zentralorgan der Partei enthebt nicht von der Verpflichtung, dem Parteivorstande so rasch wie möglich die Adressen der Vertrauenspersonen sowie der Agitations- und Kreiskomitees mitzuteilen. Je umfangreicher und zuverlässiger unser Adressenverzeichnis ist, desto rascher lassen sich alle Partei-Angelegenheiten regeln und um desto wirksamer werden sich alle unsere agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen erweisen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen kann in öffentlichen Parteiversammlungen — oder dort, wo die Parteivereine die Parteigeschäfte führen — in den Versammlungen der Vereine vollzogen werden.

Für Orte, in denen es den Genossen unmöglich ist, eine Versammlung abzuhalten, empfiehlt es sich, daß sie sich privat verständigen und die Adresse der gewählten Vertrauensperson beim Vorstande melden.

In den Orten und Kreisen, in denen die Parteigeschäfte von den Wahlvereinen geleitet werden, müssen uns unter der Angabe der vollzogenen Wenderung die Adressen des Vorsitzenden und des Kassierers mitgeteilt werden. Ebenso dringend ist es notwendig, uns von jeder Adressenänderung der Provinzial-Agitationskomitees und der Vorstände der Landesorganisationen Kenntnis zu geben.

In Sachen der Organisation hat der Parteitag keine Änderungen vorgenommen, sondern eine Kommission niedergesetzt mit dem Auftrag, einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten, der dem nächsten Parteitag zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden soll. Unbeschadet dieser Beschlüsse besteht aber für uns alle die Pflicht, auf dem gegebenen Boden die vorhandene Organisation auszubauen, neue Anhänger der Partei zu werben und die Agitation und Organisation in Bezirken und Orten zu tragen, in denen wir bisher noch keine Anhänger besaßen und keine Organisation hatten.

Es wird in erster Linie Aufgabe der Landes- und Provinzialkomitees sein, welche die Bedürfnisse ihrer Bezirke am besten kennen und am leichtesten neue Verbindungen zu schaffen vermögen, hier energisch tätig einzugreifen; wir werden es durch die Gewährung der etwa fehlenden materiellen Mittel und durch Unterstützung mit agitatorischen Kräften, so weit diese uns zur Verfügung stehen, an Mithilfe nicht fehlen lassen.

Weiter wird es sich darum handeln, namentlich die Parteigenossenschaften der kleinen Orte, in denen es an geistiger Anregung am meisten fehlt, mit Lebenskraft zu versehen. Vor allen Dingen ist hier für die Verbreitung der Parteipresse der betreffenden Bezirke Sorge zu tragen. Es sollte keine Versammlung stattfinden, in der nicht durch mündliche Aufforderung und durch massenhafte Verbreitung gedruckter Einladungen zum Abonnement auf die Parteipresse gewirkt wird. In dieser Beziehung ist bisher viel zu wenig geschehen. Ferner muß durch die weitestehende Verbreitung der „Neuen Zeit“ für eine prinzipielle Vertiefung unserer Anschauungen und durch die Verbreitung der „Gleichheit“ auf die Gewinnung der Frauen für unsere Bewegung Bedacht genommen werden. Endlich sollte allerwärts in viel höherem Maße als dies bisher geschehen ist, durch Anlegung von Bibliotheken und Verbreitung unserer Litteratur für die geistige Ausbildung unserer Genossen gesorgt werden. Die nötigen Schriftenverzeichnisse sind durch unsere Partei-Buchhandlungen gratis zu beziehen und sind auch wir bereit, hier unterstützend einzugreifen.

Parteigenossen! Es sind der Aufgaben viele, deren Lösung wir zu übernehmen haben. Wir können diesen Aufgaben nur gerecht werden, wenn wir einmütig zusammenstehen, unsere Kräfte verbinden, kettenlosen Eifer und Jona über Redende verbinden, namentlich auch alle persönliche Streitigkeiten auf das strengste unter uns verpönnen, was nicht ausschließt, daß wir sachliche Meinungsverschiedenheiten sachlich diskutieren, denn nur im Kampf der Meinungen können wir die rechten Wege zu unsern Zielen finden. Die Einheit der Partei ist ohne Einigkeit nicht möglich. Die Einigkeit bedeutet aber nicht Aufgabe jeder selbständigen Ansicht,

sondern sie wird geschaffen durch die Ueberzeugung, daß der eheliche Wille vorhanden ist, unserer großen Sache nach bestem Können zu dienen, und daß wir in unserm Endziel einig sind: Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, welche die heute herrschende kapitalistische Staats- und Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat; Schaffung einer Staats- und Gesellschaftsordnung, die allen Menschen ohne Ausnahme die gleichen Rechte, aber auch gleiche Pflichten nach Maßgabe ihres Könnens und ihrer Kräfte auferlegt, und allen den vollen Genuß aller Kultur-erwerbungen sichert.

Der Kampf für dieses Ziel schließt wiederum nicht aus, daß wir unsern Gegnern in den bürgerlichen Parteien Hilfe leisten, befristeten sie Schritte, die auf dem Wege zu einer unserer nächsten Forderungen liegen oder diese selbst umschließen, aber wir dürfen keinen Augenblick vergessen und nie bezweifeln lassen, daß es Abgründe sind, die uns in unserer Weltanschauung und in unserm Ziel von ihnen trennen, daß es hier keine Ueberbrückung der Gegensätze giebt.

Parteigenossen! Wir zweifeln nicht, daß die hier entwickelten Anschauungen auch die Euren sind, und so rufen wir: Vorwärts! ohne Hast und ohne Ruh! Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 28. September 1904.

Kuer, Nebel, Eberhardt, Gerisch, Mollenbuhr, Pfannkuch, Singer, Wengels.

Staatsformen.

Nichts wird weniger bemerkt als das Alltägliche. Und so kommt es, daß wir uns in unserem Kampfe gegen das herrschende Regime in Preußen-Deutschland nur gelegentlich dessen bemüht werden, daß wir — Reuschöpfer und Pfadfinder in unserer Bestimmung — doch in Deutschland den größten Teil unserer Arbeit daran wenden müssen, das zu erringen, was in andern Ländern alt und bewährt ist. Indes die herrschenden Mächte vorgeben, das deutsche Volk von einem gewagten „Sprung in ein ungewisses Dunkel“ zurückhalten zu wollen, ist es ihnen hauptsächlich darum zu thun, das Eindringen amerikanischer und westeuropäischer Staatsgrundzüge in unser Vaterland zu verhindern. In ihren Reden und in ihren Flugblättern belächeln unsere Gegner jene Forderungen am heftigsten, die jenseits unsrer Westgrenze längst ihre Erfüllung gefunden haben, und was dort unbedenklich als patriotischer Meinung gilt, gilt hier als die verbrecherische Utopie einer vaterlandlosen Rote.

In der letzten Zeit sind zwei Bücher auf dem Markte erschienen, ein französisches und ein deutsches, beide von Sozialisten verfaßt. Über wofür der Deutsche Karl Frohne in seinem Buche „Monarchie oder Republik?“ *) lämpft, das ist für den Franzosen Th. Darel und sein Buch „König Volk“ **) sicheres Vestiment. „Man kann“, schreibt Darel, „in der Geschichte eines jeden Volkes die Thatfache beobachten, daß es das Ideal einer eigenherrlichen Gesetzgebung um so schärfer erfaßt, je mehr sich das Niveau seiner Intelligenz und seiner Sitte erhebt. . . . Wenn einzelne Nationen in allgeringerer Unterwerfung unter eine bestimmte Ordnung der Dinge der Autokratie noch treu geblieben sind, so kann dieser Zustand der Passivität doch nicht von unbeschränkter Dauer sein; die fortschreitende menschliche Entwicklung widersteht sich in allen seinen Herrschaftsgebieten dem bestehenden Zustand.“

Und ganz ähnlich liest man bei Frohne: „Wie wird sich die Hoffnung der Reaktionäre erfüllen, daß es durch sozialpolitische Experimente gelingen werde, die Arbeiterklasse einem politischen Indifferentismus zu überantworten. In ihr macht die Idee des Selbstbestimmungsrechts mit elementar vorwärtstreibender Kraft bis in ihre letzten Konsequenzen hinein sich geltend; diese Idee will und muß ihre volle Erfüllung finden.“

Während so zwei gebildete Europäer und Gesinnungsgenossen, die etwa zwanzig Meilen voneinander wohnen, mit verschiedenen Worten ein und dasselbe sagen, bekräftigt der eine die Thesen zu den politischen Zuständen seines Vaterlandes, indes der andre einen Abgrund unfranzösischer Gesinnung enthüllt, vor dem jeder „wahre“ deutsche Patriot grauenvoll zurückschauert.

Freilich konnte das Buch Frohnes, von einigen wenigen Stellen abgesehen, in Frankreich nicht geschrieben werden, oder es hätte dort sicher nicht die Leser gefunden, die es in Deutschland finden wird und die wir ihm dringend wünschen. Denn Frohnes Buch behandelt das Selbstverständliche, das nur in Asien und seinen politischen Vorländern etwas Paradoxes ist. Man kann autokratische Grundzüge historisch begreifen. Historisch begreifen kann man auch Folter, Hexenbrand und Inquisition. Man kann auch den Nutzen zu würdigen wissen, den bestimmte Gesellschaftsklassen aus ihnen ziehen. Man kann die Schwierigkeiten sorgsam abschätzen, die ihrer Ueberwindung entgegenstehen. Das alles kann man. Aber eines kann man nicht — nämlich sie logisch rechtfertigen. Dem Volk, das zu politischem Denken erwacht, müssen sie immer als ein vollkommener Widerspruch erscheinen, gleich geheimnisvoll für Weise wie für Thoren. Hier gilt immer Pichtes Wort, das wir bei Frohne citieren finden:

Ueberhaupt ist die Erblichkeit der Repräsentation ein völlig vernunftwidriges Prinzip; denn die Übung, zumal die höchste hier erforderliche, hängt durchaus von individueller Anlage ab und führt gar nichts Erbliches bei sich.

*) Monarchie oder Republik? Kulturgeschichtliche Streifzüge von Karl Frohne. Hamburger Druckerei und Verlagsanstalt Kuer u. Co. 1904.

**) Th. Darel: Le Peuple Roi. Essai de Sociologie universaliste. Paris. Felix Alcan. 1904.

Darin liegt die entsetzliche sittliche Krankheit unserer Zeit, daß die gebildeten Stände von der Wahrheit dieses deutschen Philosophenwortes innerlich vollkommen überzeugt sind, in ihrer Eigenschaft als herrschende Klasse aber diese Wahrheit durchaus nicht anerkennen wollen, ja jederzeit bereit sind, den, der sie offen ausspricht, heuchlerisch zu verlehren. Es giebt keine Monarchie des Princips mehr, sondern nur solche der Opportunität. Selbst der Geburtsheifer des deutschen Erbkaisertums, Bis marck, der sich seiner geistigen Ueberlegenheit über seinen „alten Herrn“ vollkommen bewußt war und verzweifelt andrief: „Dieser Mann kostet mich täglich eine Stunde!“, kann als der Vertreter eines prinzipiellen, mehr als opportunistischen Monarchismus nicht angeprochen werden.

Frohnes Buch giebt mehr als kulturgeschichtliche Streifzüge. Wer unter diesem Titel etwa eine Sammlung von höfischen Slandesgeschichten erwartete, wird sich enttäuscht finden. Es ist die Geschichte vom logischen Tode des monarchischen Staatsprinzips, die uns hier erzählt wird, mit wissenschaftlichem Ernst und ohne Leidenschaft — weil man den Toten ja doch nicht mehr zümt. Desto tragischer aber wirkt der Klaffen des Nitz zwischen den Forderungen der politischen Vernunft und den Zuständen der Wirklichkeit, zwischen der logischen Unwiderstehlichkeit der Demokratie und ihrer geringen, gefährdeten und beschützten Stellung im Deutschen Reich.

Seit Jahrzehnten ist die Politik der herrschenden Klassen Deutschlands eine Kette von Mißerfolgen gewesen; in einem Maße, das für sie höchst beängstigend ist, wächst die Flut der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Man verheißt sociale Reformen, und tatsächlich giebt es keine innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft durchführbare Socialreform, die die preussisch-deutsche Regierung offen als unüberwindlich zurückweisen würde. Indisputabel aber ist für sie jede politische Reform, die die preussisch-deutschen Zustände den westeuropäischen Republiken und Konstitutionen um einen Schritt näher bringen würde. Der jetzige deutsche Reichskanzler hat leichtherzig das Problem der Arbeitslosen-Versicherung aufgenommen, aber er würde sich schwer hüten, ein freies Reichsvereinsgesetz und die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter zu verschreiben. Die preussische Staatsregierung — weit davon entfernt, sich auf das monarchistische Prinzip der Privatinitiative festzulegen, betreibt munter ihre Verstaatlichungspolitik, aber sie hält ihre Arbeiter wie Sklaven und raubt ihnen unter dem Titel eines kapitalistischen Arbeitgebers alle staatsbürgerlichen Freiheitsrechte, die sie ihnen als unparteiische Regierung mit der Staatsverfassung zugesprochen hat. Sie scheut sich nicht, aus eingebildetem nationalen Interesse Expropriationen vorzunehmen, wie sie mit größerer Härte eine Revolution im sozialen Interesse nicht vornehmen würde, sie erklärt aber das gegenwärtige Wahlsystem Preußens für das trefflichste von allen. Man hat uns die schlechte Phrase vom „socialen Königtum“ hingeworfen, aber man hat nie von der „demokratischen Monarchie“ gesprochen, die die Dynastie auf die Erfüllung gewisser Repräsentationspflichten zurückdrängt und alle wirklichen Entscheidungen in die Hand des Volkes legt.

Wie jene Phrase vom „socialen Königtum“ eitel Wind ist, weist Frohne überzeugend nach. Aber wenn sie so richtig wäre, wie sie falsch ist, wenn das Land der höchsten Arbeitereinkommen Deutschlands und nicht Amerika, das Land der höchsten Besteuerung des besitzigen Deutschlands und nicht England, das Land des besten Arbeiterschutzes wiederum Deutschland und nicht die demokratisch verwalteten Kolonien Englands wären, ja, selbst wenn es wahr wäre, daß in Deutschland jeder Arbeiter seine gute und gesicherte Existenz hat, so gelänge es damit nicht, in Deutschland die Flamme einer revolutionären Bewegung zu erstickten, die als ihr sicheres, unverjährbares, selbsterrungenes Recht fordert, was man ihr als Gnadengeschenk nicht giebt, aber verpricht.

Unvergänglich als in Stein und Erz steht in die Gehirne der deutschen Arbeiter der Satz geschrieben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eignes Werk sein kann. Das Mittel dieser Befreiung kann aber kein andres sein, als zunächst die Anerkennung des Proletariats in seinen politischen Mehrheitsrechten zu erkämpfen, mit einem Worte: die Demokratie.

Frohnes Buch ist zur guten Stunde erschienen, nicht bloß als Beitrag zu einer aktuellen Debatte innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die nur die völlige Einigkeit in der Anerkennung dieses Grundprinzips erhärten konnte, sondern auch in Rücksicht auf die allgemeine politische Lage, die der Verbreitung seiner Grundgedanken günstig ist. Während der Typus der absoluten Monarchie — ein lächerlicher Widerpruch in sich selbst, da jeder freie Republikaner mehr Möglichkeit individueller Machtentfaltung besitzt als der „Selbstherrlicher“ von Kuzland — auf den monarchischen Feldern verblutet, nähert sich die deutsche Socialreaktion ihrem vollendeten Konterott. Sie prahlt mit vergangenen wie künftigen Thaten und wird die herrschenden Klassen Deutschlands doch niemals dazu bringen, ihr Geldsackinteresse in die Opferkassette des monarchischen Princips zu werfen. Sie macht sich zur lächerlichen Figur, indem sie als Thaten freiwilliger Liebe preist, was ihr im Angstreich der politische Rot abgerungen hat und stellt Beschel auf die Zukunft aus, die ihre Kapitalisten in aller Ewigkeit nicht einlösen werden. Auch unsern Legitimisten wird die Stunde kommen, da sie werden einsehen müssen, daß in einem vorwärts gedachten Rückzug vor der vorrückenden Macht der Arbeiterdemokratie immer noch die beste Aussicht für die teilweise Rettung ihrer Principien liegt. Es ist nicht unser sondern ihr Interesse, daß die Frage „Monarchie oder Republik?“ in Deutschland nicht in ihrer klaren eindeutigen Ausschließlichkeit gestellt und entschieden wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September.

„Entehrt“.

Der militärische Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, Oberst a. D. Gaebele ist vom Offiziers-Ehrenrechte belohnungswürdig unter jene Leute verwiesen worden, die weder Rang noch Uniform ihr eigen nennen. Worin das Verbrechen des Herrn Oberst bestand, weiß man auch: Er hat anlässlich des serbischen Königsmordes in sehr zurückhaltenden Worten die Meinung ausgesprochen, daß die Offiziere nicht nur willenslose Werkzeuge des Monarchen sein, sondern sich auch als Organe des Vaterlandes fühlen sollen. Nach der Anschauung Gaebeles darf der Offizier die Thaten eines Königs, der ein Verbrecher oder ein Narr oder beides zusammen ist, nicht unterstützen. Diese, wie man glauben sollte, im 20. Jahrhundert eigentlich selbstverständliche Behauptung hat dem Herrn Oberst das schwerste ehrengerichtliche Urteil, das überhaupt möglich ist, eingetragen.

Um dieses Urteil so recht verständlich zu machen, müssen wir auf jene Zeit zurückgehen, in der auch noch die pensionierten Offiziere dem Militär-Strafgesetze unterstanden. Nach § 33 des Gesetzes durfte pensionierter Offiziere das Recht zur Führung des Offizierstitels und damit zum Tragen der Uniform vom ordentlichen Gericht nur wegen Handlungen genommen werden, die, wenn sie von aktiven Offizieren begangen worden wären, die Entfernung aus dem Heere zur Folge gehabt hätten. Nach § 31 des Militär-Straf-Gesetzes muß gegen aktive Offiziere auf Entfernung aus dem Heere erkannt werden, neben Zuchthaus oder dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie in solchen Fällen, in denen gegen Unteroffiziere und Gemeine die Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes geboten ist. Außerdem kann auf Entfernung aus dem Heere erkannt werden neben Gefängnis von mehr als fünfjähriger Dauer sowie in Fällen, in denen für Unteroffiziere und Gemeine die Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zulässig ist. Man sieht, daß das Militär-Strafgesetzbuch die Entfernung aus dem Heere nur für sehr schwere Verfehlungen, z. B. Wechselfälschung, Diebstahl, Betrug, Meineid, Mord zuläßt. Damit ist im Zusammenhang mit dem vorerwähnten § 33 bewiesen, daß es auch den Entzug des Offizierstitels und der Uniform für pensionierte Offiziere nur bei sehr schweren Straftaten wollte. Die Ehrengerichte aber werden mit dem Entzuge des Titels z. B. nur so herum. Schreibt ein Offizier etwas, was höheres Ortes nicht paßt, ist man flugs damit da. Und dabei wird das Urteil ehrengerichtlich genannt! Es wird also der Glaube erweckt, als ob der Verurteilte gegen die Ehre verstoßen habe. Mit Verlaß: Enthielt der Artikel des Obersten Gaebele unehrenhafte Anschauungen? Kein vernünftiger Mensch wird das behaupten. Der Oberst hat lediglich eine Meinung geäußert, die konservativen Staatsstreicher und den im Deutschen Reich sich breitmachenden absolutistischen Gelüsten nicht in den Kram passen. Selbst wenn es wirklich wahr ist, daß der Offizier nichts sein soll als ein blindes Instrument seines Königs, und wäre dieser auch ein viehischer grauerer Dödel, der kein Recht achtet, so hat Gaebele mit seinem Artikel keineswegs die Ehre verletzt, sondern nur die vorgeschriebenen Verurtheilungen der Offiziere nicht geteilt. Selbst wenn man dem Offiziercorps nicht das Recht nehmen will, daß es von Angehörigen ein gewisses Maß bestimmter Anschauungen fordert, so ist doch nicht zu billigen, wenn es einem Angehörigen, der andere Anschauungen äußert, die Ehre abspricht. Will das Offiziercorps in seinen Reihen nur Männer mit reaktionärer Gesinnung dulden, so schaffe man Ständegerichte, die zu entscheiden haben, ob etwaige rüddige Schäflein dem Stande noch angehören dürfen. Die Ehrengerichte hingegen sind nur für unehrenhafte Handlungen da. Benutzt man sie dennoch als Censurbehörde, so ist dies dazu angethan, sie um jeden Kredit zu bringen. Fühlen die Offiziere nicht selbst, daß es jeder Gerechtigkeit widerspricht, wenn ein Oberst Gaebele vom Ehrengericht genau so gemahregelt wird wie ein Offizier, der Wechselfälscht oder einen Meineid geschworen hat? Die Herren sollten doch bedenken, daß wenn in Ehren Reihen Geister wie Kant, Fichte, Goethe, Schiller, Tolstoj wachsen würden, sie alle mit dem Verlust des Titels und der Uniform ehrengerichtlich bestraft werden würden! Der Militarismus handelte nur im ureigensten Interesse, wenn er für Offiziere Ständegerichte schaffe, und die Ehre, die mit der Censur gar nichts zu thun hat, aus dem Spiel ließe. Die Befugnis dieser Ständegerichte hätte gegen pensionierte Offiziere nicht weiter als bis zur Aberkennung der Gelübnis zum Tragen der Uniform zu gehen. Der Entzug des Titels stünde ihnen nicht zu.

Nun noch zu der gewiß nicht nebenwärtigen Frage, ob Gaebele mit seiner bewußten Behauptung auch vom militärischen Standpunkt aus Recht hat. Daran kann gar kein Zweifel sein, denn der § 47 des Militär-Strafgesetzbuches bestimmt, daß der deutsche Offizier die Befehle unter allen Umständen zu befolgen hat, also auch dann, wenn ein Höherer von ihm die Befehle von Verbrechen oder Vergehen verlangen würde. Dieser Paragraph sagt:

„Wird durch die Ausübung eines Befehls in Dienstsachen ein Straftat verübt, so ist dafür der Befehlende vornehmlich allein verantwortlich. Es trifft jedoch den Gehorchenden untergeordnet die Strafe des Teilnehmers: 1. wenn er den ihm erteilten Befehl überschritten hat oder 2. wenn ihm bekannt gewesen, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte.“

Nehmen wir den freilich sehr unwahrscheinlichen Fall an, daß ein deutscher oberster Kriegsherr Offizieren kurzweg befiehlt, gewisse ihm unbenommene Männer zu töten. Die Offiziere wüßten genau, daß nach deutschen Befehlen ein Mensch nur auf Grund eines Richterurteils oder aus Nothwehr getötet werden darf und daß sie also Mord begehen, wenn sie dem Befehl ihres Kriegsherrn gehorchen würden. Gehorchen sie dennoch, so gehören sie nach § 47 des Militär-Strafgesetzbuches wegen Mordes vor Gericht gestellt. Käme es zu einer Revolution, in der das Volk siegen würde, so könnten alle Offiziere, die vorher geschworene Befehle ausgeführt haben, mittels des genannten Paragraphen je nach ihren Verfehlungen ins Gefängnis oder ins Zuchthaus oder auf das Schaffot geschickt werden. Und es wäre auch traurig, würde es anders sein. Ist die Armee wirklich nichts als ein willensloses Werkzeug in der Hand des jeweiligen Herrschers, ein Werkzeug, das er jeden Augenblick auf das Volk loslassen darf, so ist das Deutsche Reich in Wahrheit eine Despotie nach orientalischem Muster. Dann sind die Reichstage und Landtage nur Humpen und die Verfassung sowie die Gesetze sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Werken denn die Anhänger des monarchischen Princips nicht, welche Waffe sie den Republikanern damit liefern, daß sie das Heer und das Offiziercorps zum blinden Gehorsam gegen den Landesherren verpflichten, selbst wenn dieser Verbrechen begehen sollte, die zum Himmel schreien?

Die Zusammenkunft Giolittis mit Bälou.

Der italienische Ministerpräsident hat mit dem deutschen Reichskanzler dieser Tage eine Zusammenkunft gehabt. Man hat allerhand

stiefmütterliche Betrachtungen darüber angestellt, welche wichtige internationale Fragen bei dieser diplomatischen Zusammenkunft verhandelt worden sein könnten. Man hat die Frage aufgeworfen, ob wohl auch die Möglichkeit einer Friedensintervention im russisch-japanischen Kriege erörtert worden sei, eine Mutmaßung, die man aber dann mit allerhand mehr oder minder stichhaltigen Gründen zurückgewiesen hat. Ebenso hat man sich den Kopf darüber zerbrochen, ob die macedonische Frage den Gegenstand der Unterhaltung gebildet habe. Am plausibelsten klingt die Mitteilung, daß es sich bei der Zusammenkunft, soweit sie nicht überhaupt nur eine konventionelle Bedeutung gehabt habe, darum gehandelt hätte, die deutsche Regierung für eine italienische Staatsanleihe sympathisch zu stimmen, die durch die Verstaatlichung italienischer Eisenbahnen notwendig werden wird. Es ist in der That wahrscheinlich, daß Italien damit rechnet, daß der deutsche Finanzmarkt einen Teil des Anlehens, das durch die Verstaatlichung dieser Eisenbahnen erforderlich sein wird, übernehmen wird, und es wäre in der That begreiflich, daß der italienische Ministerpräsident die Gelegenheit benützt hätte, die deutsche Regierung für diese Anleihe günstig zu stimmen, da bei derartigen finanziellen Aktionen ja die Regierung bis zu einem gewissen Grade mit der Finanzwelt Hand in Hand geht. Die Gesamtsumme, welche Italien braucht, wird auf eine Milliarde beziffert. Da nun seiner Zeit bei der Begebung der italienischen Eisenbahnpapiere auch deutsche Finanzanstalten: die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft, die Berliner Handelsgesellschaft, die Dresdener Bank, die Bank für Handel und Industrie usw. in erheblichem Maße beteiligt waren, ist anzunehmen, daß die deutschen Finanziers gern geneigt sein werden, sich an der italienischen Anleihe zu beteiligen. Die „Wiffion“ Giolittis wäre danach keine politische allzu bedeutende gewesen. Aber es gehört ja nun einmal zu dem journalistischen Sport unserer bürgerlichen Presse, hinter jeder Ministerzusammenkunft gleich die weittragendsten politischen Absichten zu wittern. —

Deutsches Reich.

Die Handelsverträge.

Nun Stand der Handelsvertragsverhandlungen schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“: „Es gewinnt die Frage immer größeres Interesse, wann voraussichtlich dem Reichstage die neuen Handelsverträge unterbreitet werden dürften. Die Verträge mit Rußland, Italien und Belgien könnten jederzeit vorgelegt werden, also auch gleich Ende November beim Wiederzusammentritt des Reichstags. Wann die anderen neuen Tarifverträge zum Abschluß gebracht werden, ist auch noch nicht sicher. Es wird allgemein angenommen, daß die Unterzeichnung des neuen Vertrags mit Rumänien nahe bevorsteht. Für die deutsch-schweizerischen Verhandlungen nimmt man noch ein paar Wochen in Aussicht. Jedenfalls hofft man, daß die Arbeiten mit diesen Staaten zu einem positiven Ergebnis Mitte Oktober geführt haben werden. Danach würden auch die neuen Verträge mit der Schweiz und Rumänien Ende November zur Einbringung in den Reichstag reif sein. Nun geht die Regierung und mit Recht von der Idee aus, dem Reichstage möglichst alle wichtigen neuen Verträge auf einmal zu unterbreiten. Zu den letzteren gehört unbedingt auch der deutsch-österreichische. Ueber ihn haben ja bereits Verhandlungen stattgefunden, da sie aber zu einer Verständigung noch nicht geführt haben, sollen sie demnächst wieder aufgenommen werden. Wann dies geschehen soll, hängt auch von dem Verlauf namentlich der deutsch-schweizerischen Unterhändler-Konferenzen ab, weil nämlich die hierbei gegenwärtig thätigen Beamten zu den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn unbedingt gebraucht werden würden. Unter der Voraussetzung, daß die deutsch-schweizerischen Verhandlungen Mitte Oktober zum Abschluß gelangen würden, würden also dann die Verhandlungen mit dem österreichisch-ungarischen Unterhändler wieder aufgenommen werden können. Es ist nun möglich sein wird, in einem Zeitraum von 5 oder 6 Wochen den neuen Vertrag mit Oesterreich-Ungarn fertigzustellen, ist sehr fraglich. Es ist allerdings auch nicht ausgeschlossen, namentlich nachdem Oesterreich-Ungarn mit Italien zu einer handelspolitischen Verständigung gelangt ist, glaubt man, daß sich die neuen Verhandlungen mit Deutschland schneller als früher werden vollziehen lassen. Jedenfalls muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß der neue deutsch-österreichische Vertrag Ende November noch nicht fertiggestellt sein wird, rechnen. Dann würde wohl die Beantwortung der Frage, ob die Vorlegung der gesamten bereits zum Abschluß gebrachten Verträge noch weiter hinausgeschoben werden soll, davon abhängen, ob Ende November begründete Aussicht auf einen baldigen Abschluß mit Oesterreich besteht oder nicht. In ersterem Falle würde man wohl noch einige Wochen zu warten berechtigt im andern würde eine weitere Rücksichtnahme wohl kaum angebracht sein.“

Ausländerbeschränkung.

Als weitere Fortführung der kleinlichen und gebäffigen Politik der preussischen Regierung gegen „unwillkommene“ Ausländer sind die Bestimmungen anzusehen, welche in dem soeben erschienenen Programm der neuen Technischen Hochschule zu Danzig betreffend die Zulassung der Ausländer ergangen sind. Es wird in diesem Programm bestimmt, daß Ausländer zum Studium nur zugelassen werden sollen, wenn sie in einer deutschen neunklassigen Lehranstalt die Abgangsprüfung abgelegt haben. In allen anderen Fällen soll ihre Zulassung nur nach vorheriger Genehmigung des Ministers und des Oberpräsidenten möglich sein. In den Statuten der übrigen preussischen Technischen Hochschulen wird von den Ausländern verhältnismäßig nur verlangt, daß sie den Nachweis eines Bildungsgrades liefern, der sie zur Immatrikulation an einer deutschen Hochschule geeignet macht. Die jetzt für Danzig getroffene Bestimmung bedeutet eine ungeheure Erhöhung der Zulassung von Ausländern an dieser Hochschule, da es natürlich den Ausländern schwer möglich ist, sich der Abgangsprüfung in einer deutschen Lehranstalt zu unterziehen, und da sie dann lediglich von dem Belieben der höheren Verwaltungsbehörde abhängig werden.

Wollten außerdeutsche Staaten ähnliche Bestimmungen gegen deutsche Studierende treffen, so würde man in Deutschland mit Recht sich dagegen aufs heftigste verwahren. Jedoch die deutsche Gastlichkeit scheut sich nicht vor so unwürdiger Ausländerbeschränkung und die deutsche Wissenschaft wird diese behördliche Zummutung sicherlich ebenso ruhig einsehen wie so viele andre Zummütungen zuvor. —

Nochmals der Wert des Panzerschiffes.

Das Organ des Deutschen Flottenvereins macht gerade jetzt wieder lebhafteste Propaganda für riesige Linienschiffsbauten. Es weist darauf hin, daß andre Mächte noch weit gewaltigerer Panzerflotte in Bau hätten als Deutschland, so daß Panzerkreuzer von Dimensionen gebaut würden, hinter denen unsere größten Linienschiffe vom Typ Braunschweig noch zurückblieben. Das Blatt folgert daraus, daß wir ebenfalls immer gewaltigere Panzerschiffe und Kreuzer zu bauen genötigt wären. Auf genüge es nicht, die Größennähe der Linienschiffe noch immer mehr zu erhöhen, sondern auch die Schiffskategorie müßte immer gewaltigere Dimensionen annehmen. Namentlich die Mittelartillerie unserer neuesten Linienschiffe sei unzulänglich, da die übrigen Staaten: England, Nordamerika und Frankreich, ebenfalls das Kaliber der Mittelartillerie bedeutend vergrößert hätten.

Man weiß, daß die Agitation des deutschen Flottenvereins von der Regierung begünstigt wird, daß der Flottenverein nur die Wünsche ausdrückt, die auch innerhalb unserer maßgebenden Kreise geübt werden. Man kann sich also darauf gefaßt machen, daß unsere

nächste Marinevorlage im Sinne der Vorschläge der Mitteilungen des deutschen Flottenvereins gehalten sein wird.

Diese Flottenagitation des Flottenvereins ist um so bedenklicher, als ja der russisch-japanische Krieg den Wert der Panzerschiffe in einem zweifelhaften Lichte hat erscheinen lassen. Diese unsere Auffassung ist nicht nur von einer französischen Marinekapazität, sondern auch von Marine-Sachverständigen in Deutschland, so von dem Grafen Reventlow und einem Mitarbeiter der „Magdeburger Zeitung“ bis zu einem hohen Grade geteilt worden. Dem gegenüber will es wenig besagen, daß ein militärischer Mitarbeiter des „Hamburgischen Korrespondenten“ für das Panzerschiff eine Lanze bricht. Dieser Sachverständige erklärt, daß durch die Panzerung der Linienschiffe immerhin verhindert worden sei, daß die Treffer der großen japanischen Schiffgeschütze die vitalsten Teile, wie Maschinen, Kessel usw. beschädigt hätten. Durch die japanischen Geschütze sei kein Panzer in den Grund gebort worden, die Besetzung der vernichteten Panzerschiffe sei mittels Schwimmbatterien in den Rinnen geschehen. Dem ist entgegenzuhalten, daß durch die japanischen Geschütze ja auch nicht ein einziger russischer Kreuzer direkt in den Grund gebort worden ist, eine Thatsache, die nicht für den Wert der Panzerung, sondern gegen sie spricht. Die Widerstandsfähigkeit der Kriegsschiffe ist eben nicht auf den Panzer, sondern auf die erhöhte Schwimmfähigkeit durch die Schotten zurückzuführen. Ergibt ein Argument für den offensiven Wert der Panzerschiffe hat der militärische Sachverständige des „Hamburgischen Korrespondenten“ nicht beizubringen vermocht. Gälten statt der sechs Linienschiffe in Port Arthur sechs, wenn auch nur schwach gepanzerte, Kreuzer gelegen, so wäre es um die Seeherrschaft der Russen viel besser bestellt gewesen.

Des weitern kommt der Sachverständige des „Hamburgischen Korrespondenten“ auch auf den Wert der Torpedoboote zu sprechen. Er führt — hier nicht mit Unrecht — aus, daß die Torpedoboote sich in nicht allzu hohem Grade bewährt hätten. Sie seien nicht im Stande gewesen, auf offener See den feindlichen Schiffen Schaden zuzufügen. Es werde nötig sein, die Torpedoboote viel stärker zu bauen, um sie operationsfähiger zu gestalten.

Aus all diesen Aeußerungen der Marinefachverständigen geht nur das hervor, daß der Wert unserer heutigen Kriegsschiffe, sowohl der Panzerschiffe als auch der Torpedoboote, ein sehr fragwürdiger ist und daß eigentlich die Kriegsschiffe eine ganz neue Gestalt erhalten müßten. Diese Erkenntnis mag ja für die Panzerplatten-Patrioten und Schiffszwecker sehr angenehm sein. Für die große Masse des Volkes, die die tausende von Millionen, welche die bisherige Flotte gekostet hat, aufbringen muß, ist diese Erkenntnis eine sehr traurige. Um fürderhin eine so ungeheuerliche Verschwendung der Steuergelder zu verhindern, giebt es nur ein Radikalmittel, den Kampf gegen den Marinismus überhaupt, der, wie wir ja schon mehr als einmal nachgewiesen haben, speziell für Deutschland doch nur einen überflüssigen Luxus darstellt. —

Ein wildes Denunziantenstück gegen Ernst Hädel leistet die „Germania“. In einem ebenso schimpfgevoigten wie lächerlichen Artikel behandelt sie den jüngst in Rom abgehaltenen internationalen Friedens-Kongress. Professor Hädel wird mit hundert schimpflichen Schmähungen überhäuft, weil er im Vorkriegsstand mit Freimaurern, Sozialisten und Anarchisten „gefessen“ habe. Dann kommt das für Religion und Wohlstand eifernde Blatt zu der gemeinen Denunziation des verhassten Meisters freier Naturforschung:

„... Seine Orden und Ehrenzeichen und seine monarchische Gesinnung, die man bis zum Beweise des Gegenteils bei ihm als vorhanden annehmen muß, hatte er bei dieser Rede zu Hause gelassen; sah er doch am Präsidialtisch neben dem fortgeschrittensten belgischen Sozialisten Journemont... Die vier „Erhalterstaaten“ der Universalität Jena und deren Herzoge und Großherzoge können sich jetzt sehr geschmeichelt fühlen, daß sie mit ihrem Gelde einen solchen Professor bezahlten, dessen monarchische Gesinnung nur für den Hausgebrauch zu sein scheint. Aber freilich, das geht in Jena ungestraft durch...“

Er hat sich mit einem Worte zum Mitschuldigen an all den zahllosen Gottes- und Majestätsbeleidigungen gemacht, die zu Hunderten auf dem Kongresse gefallen sind. Aus den Gottesbeleidigungen wird er sich zwar nichts machen, ob ihm aber die Majestätsbeleidigungen nicht unbedeuem werden können, bleibt abzuwarten.“

Hädel, der dem Socialismus so feindlich gegenübersteht, darf auch von uns zu dem maßlosen Hoch bewillkommnet werden, den die Finsternisse ihm entgegenzischen. Daß für den Mann nicht ebenso der Scheiterhaufen entzündet werden kann wie für Giordano Bruno, an dessen Denkmal Hädel unter Tollwutsausdrücken der „Germania“ einen Kranz im Namen Deutschlands niedergelegt hat! —

Für Behandlung der Auswanderungsverhältnisse bringt das „Hamburger Echo“ einen Beitrag, indem es schreibt:

„Soeben erfahren wir von einem jungen ungarischen Parteigenossen, der von Budapest nach Hamburg reiste, um hier eine Stellung anzunehmen, daß auch er auf der Reise arg belästigt worden ist. Einige Stationen hinter Döberberg an der schlesischen Grenze wurde er, obgleich er eine Fahrkarte nach Hamburg hatte und der Zug bis Breslau durchfuhr, aufgefordert, den Zug zu verlassen, da alle Reisenden, die nach Bremen oder Hamburg wollten, aussteigen müßten. Als er unter Hinweis auf seine Fahrkarte sich weigerte, aussteigen zu werden, wurde er unter Drohungen veranlaßt, dem „Befehl“ zum Aussteigen Folge zu leisten. Der Bahnhofsvorsteher bemerkte dem jungen Mann, er müsse nach dem andern Bahnhof und werde nach Bremen befördert, um von dort nach Amerika zu fahren. Der junge Ungar erwiderte, er wolle gar nicht nach Amerika und auch nicht nach Bremen, sein Reiseziel sei Hamburg. Dennoch wollte man ihn veranlassen, für 20 M. eine Fahrkarte nach Bremen zu lösen. Seine immer wiederholte Bemerkung, er wolle nach Hamburg, wurde mit der Erwidderung zurückgewiesen: „Sie dürfen nicht nach Hamburg, Sie müssen nach Bremen!“ —

Das preussische Lotteriegesez, welches härtere Strafbestimmungen gegen das Spiel in außerpreussischen Lotterien festsetzt, wird im „Reichs-Anzeiger“ publiziert. Das Gesez tritt eine Woche nach der Veröffentlichung in Kraft. —

Militärischer Rückzug. Der Boykott, welchen die Militärbehörden gegen die Zubehörer von Sälen verhängen, in denen socialdemokratische Versammlungen stattfanden, hat nur den Saalinhabern schwere Schädigung gebracht, während die Socialdemokratie genug Mittel fand, um sich solcher Maßregeln zu erwehren. Besonders in Sachen wurde diese Methode des militärischen Boykotts mit aller Strenge durchgeführt. Daher kämpften dort die Saalinhaber seit langem für die Veseitigung dieser Maßnahmen. Stets hat sich die Militärbehörde geweigert, Widerungen zu treffen. Jetzt endlich scheint man doch zu einiger Einsicht gelangt zu sein. Die Dresdener Wälder melden, herrscht jetzt bei den obersten Stellen der Militärverwaltung ein wesentliches Interesse an der unveränderten Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes nicht mehr. Man will es vielmehr in das Ermessen der einzelnen Kommandobehörden stellen, das Militärverbot über Gastwirtschaften, in denen socialdemokratische Versammlungen stattfanden, auf diejenigen Tage zu beschränken, an denen solche Versammlungen abgehalten werden. —

Für den Wahlkreis Jerichow finden die Konservativen noch keine geeignete Kandidatur. Man spricht von allerlei Vorschlägen, u. a. von Dr. Dertel. Andre haben mehr Reizung für einen „gemäßigteren“ Mann und als ein solcher wird Legationrat z. D. b. Rath genannt, der früherer Privatsekretär des verstorbenen Fürsten Herbert Bismarck, welcher reaktionärrliberal gilt. Die „Aren“-Zeitung wendet sich jedoch scharf gegen eine derartige „Parteilandidatur“. Von den Freisinnigen ist Lehrer Werten als Kandidat proklamirt worden. —

Der Epileptiker als Vorgesetzter. Daß ein Epileptiker sich jahrelang in der Marine behauptet und es sogar zum Unteroffizier bringen kann, zeigte eine Verhandlung, die sich am Dienstag vor dem Marine-Kriegsgericht in Kiel abspielte. Dort war der Bootsmannsmaat Michalowski wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Er sollte eines Tages mit Mannschaften des Linienschiffes „Kaiser Friedrich III.“ Schießübungen mit Zielmunition abhalten. Michalowski vergaß sich nun damit, drei Leuten, die er durch die Wahn laufen ließ, je eine Ladung (4 mm - Stengel) in den Allerwertesten zu jagen. Die Betroffenen merkten dies nicht sogleich, sondern erst nach einiger Zeit. Die Augen haben nicht entfernt werden können und sind eingewachsen. Michalowski gab vor Gericht schamzettelnd zu, die Leute „aus Spaß“ geschossen zu haben. Laut ärztlichen Gutachten ist Michalowski Epileptiker, und es ist möglich, daß bei Verübung der That seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen ist. Daraufhin mußte das Gericht ihn natürlich freisprechen. — Wir aber fragen, wie wahr es möglich, daß ein so gemeingefährlicher Mensch es in der Marine bis zum Unteroffizier hat bringen können? —

Verunglückte Weidreiter. Aus Halle berichtet man uns unterm 27. September: Recht empfindliche Strafen wegen einer leichtfertigen Handlung erzielten von dem Kriegsgericht der achten Division die Kürassiere Max Schröder und Wilhelm Rinne vom Seydlitzschen Kürassierregiment in Halberstadt. Gelegentlich einer Generalstabreise während des Manövers bekamen die beiden Angeklagten am 7. Juli in Ostertiel von dem Major v. Wigand nachmittags gegen 5 Uhr den Auftrag, dem Chef des Generalstabs vom 4. Armee-Korps, Oberst v. Franzen einen Brief zu überbringen. Die in dem Schreiben enthaltene Meldung sollte Punkt 7 Uhr in den Händen des Obersten sein, der damals in Wernigerode weilte. Auf dem Wege kamen die Weidreiter durch das Dorf Wasserleben, wo zufällig Schützenfest war und die Kürassiere frühere Kameraden antrafen. Sie tranken dort einige Schmit Bier und ein Vätermeister machte sich den Scherz, mit Schröders Pferd einmal auf dem Schützenplatz herumzureiten. Ein Gendarm brachte die Angeklagten schließlich fort. Schröder trat mit seinem in Schwitz gebadeten Pferde um 8 Uhr, und Rinne, dessen Gaul etwas „lahmte“, um 1/2 Uhr bei dem Obersten ein. Der Ankläger empörte sich über die Handlung der Angeklagten und meinte, auf der Veranstaltung der Weidreiter beruhten die Erfolge im Kriege. Der Verteidiger entgegnete darauf treffend, es liege kein Anlaß vor, auf einen Ernstfall Schlüsse zu ziehen, denn im Kriege würden die Angeklagten wohl keine Gelegenheit bekommen, sich auf französischen Schützenfesten umherzutreiben. — Das Urteil lautete auf je zwei Monate Gefängnis. —

Aus der Praxis des Liberalismus. Aus München wird uns geschrieben:

In den Reihen der Liberalen befinden sich nach dem Zeugnis des „deutschen Idealisten“ und Mitbegründers der Münch. R. Nachr., Dr. Girsch, „allerhand Viecher“. Und die Thatsache, daß hier Brotwucherer und Zollfeinde friedlich neben einander haufen, hat der Führer der bayerischen Kammerliberalen vor nicht langer Zeit dadurch zu erklären gesucht, daß er sagte, in wirtschaftlichen Dingen habe jeder Liberale völlige Freiheit. So brachte es die liberale Partei denn auch fertig, bei der letzten Reichstagswahl in München I einen Vollgegner und im Wahlkreise München II, der sich auch auf weite ländliche Gebiete erstreckte, einen Vollfreund als Kandidaten aufzustellen, welche kluge Politik aber nicht verhindern konnte, daß die Wähler beide Kandidaten mit Glanz durchfallen ließen. Bringt die liberale Partei es so fertig, Brotwucherer und Freihändler zu vereinen, so dürfte es doch jedenfalls noch unbekannt sein, daß sie in ihren Reihen auch einen Führer zählt, der, ein politischer Melangeur, gleichzeitig Agrarjäger und Gegner der Lebensmittelpolitik ist. Die Fertigkeiten dieses Herrn werden soeben durch einen rebellischen Jungliberalen verraten. Die alt- und jungliberale Partei in Bayern muß sich schon seit längerer Zeit beständig über den jugendlichen Grafen Bothmer in Kibling ärgern, der ihr bei jeder Gelegenheit ihre Unmündigkeit unter die Nase reißt. Die liberale Presse sucht den unbehaglichen Grafen als einen unreifen und unklaren Menschen hinzustellen. Der antwortete nun darauf mit einem Offenen Brief, der in einem Kiblinger Lokalblatt erscheint und der den Altliberalen allerhand recht unangenehme Dinge an den Kopf wirft. Der Verfasser sagt z. B. am Schluß, wenn man dulden wolle, daß die jungliberale Bewegung in Oberland sich der liberalen Gesamtpartei anschließe, so heiße das, diese Bewegung der politischen Prostitution ausliefern! In dem Brief wird nun folgende hübsche Geschichte von dem Münchener Gemeindevorstandigen Dr. Wader erzählt, einem der eifrigsten liberalen Agitatoren: „Herr Dr. Wader hat im vorigen Jahre bei einer Wahlversammlung auf Wunsch für Viehzölle gesprochen, während er im Münchener Gemeindevorstand gegen solche gesprochen hat, und sich dieses Kniffes dann mit einigen Rosenheimer Herren gegenüber gerühmt.“

Wenn diese Geschichte wahr ist — und es ist wohl nicht anzunehmen, daß Graf Bothmer eine Lüge in die Welt gesetzt hat —, so bekräftigt sich prompt das Urteil, das Wader kürzlich in Bremen über den bayerischen Liberalismus ausgesprochen hat.

Wir werden um Aufnahme der folgenden Erklärung ersucht:

Erklärung:
Aus Ihrem Bericht über den am 26. d. M. in Mainz verhandelten Prozeß über die Kriegsbriefe meines Vaters ergibt sich, daß der Staatsanwalt sowohl gegen meinen Vater wegen seiner Darstellung der Vorgänge in Sens wie gegen mich wegen der Herausgabe der Kriegsbriefe Vorwürfe erhoben hat, die sich das Gericht zum Teil in der Begründung seines Urteils zu eigen machte.

Ich werde, um das Andenken meines Vaters zu schützen, demnächst ausführlich darstellen, welche Thatsachen meinen Vater zu seinen Mitteilungen veranlaßt haben. Es wird sich erweisen, daß alle Vorgänge sich mit geringfügigen Modifikationen so abgespielt haben, wie mein Vater sie erzählt, und daß in Sens und in den diesen Ort später passierenden Truppenteilen die — allerdings trübe — Anschauung verbreitet wurde, diese Handlungen seien den Offizieren zur Last, während sie in Wahrheit einem andren Kontingent zuzurechnen sind. Diese objektive Unrichtigkeit in den Angaben meines Vaters wird dadurch vollkommen erklärt.

Gleichzeitig stelle ich fest, daß die Behauptungen des Staatsanwalts, wonach ich im Widerspruch mit dem Willen meines Vaters die Kriegsbriefe veröffentlicht haben soll, längst öffentlich widerlegt sind. Die im Geheimfach meines Vaters befindlichen Papiere hat meine Mutter verbrannt. Die Kriegsbriefe haben sich nicht darin befunden, sondern sind von meiner Mutter, an die sie gerichtet waren, dem Willen meines Vaters gemäß aufbewahrt worden.

Vilh Braun.

Ausland.

Finnische Socialdemokraten vor dem Generalgouverneur Obolenski.
In ihren finnischen Parteigenossen in Tammerfors ist es gelungen vor dem Nachfolger Bobrikoffs, dem in Finnland allgewaltigen Generalgouverneur Fürst Obolenski eine Rede zu halten, in der in, nach russischer Auffassung unerhört freimütiger Weise die furchtbare Unterdrückung und Polizeiwirtschaft geschildert wurde, unter der Finnland schmachtet. — Nachdem für Anfang September der Besuch des Generalgouverneurs in Tammerfors bevorstand, beschloß die dortige Arbeitervereinigung in ihrer Generalversammlung ein Komitee von zehn Mitgliedern zu wählen, das dem Generalgouverneur in einer Ansprache die Zustände im Lande und die Unterdrückungen, unter denen besonders die Arbeiterpartei

zu leiden hat, vor Augen zu führen. Durch die Drohung, daß, wenn die Rede, von deren Inhalt die Behörden kein Wort erfahren, nicht vor Obolenski gehalten werden dürfte, sie innerhalb einer Woche in 10 000 Exemplaren im ganzen Lande verbreitet werde, gelang es, der Censur zu entgehen, durch die bisher alle derartigen Ansprachen verstümmelt und ihres eigentlichen Wertes beraubt worden waren. Die Arbeiterdeputation wurde am 5. September von Obolenski in Gegenwart von einigen Gendarmen, zwei Senatoren und mehreren Notabeln empfangen. Mäkelin, der Vorsitzende der Deputation, begann seine Rede, die er in finnischer Sprache hielt, wie folgt:

„Herr Generalgouverneur! Im Vertrauen auf Ihre Versicherung, daß Sie jeder ehrlich gedachten Meinung, auch wenn sie nicht mit Ihrer eignen übereinstimmt, Gehör schenken wollen, haben Tammerfors socialdemokratische Arbeiter und zu Ihnen gesandt, um einen kleinen Teil der Gedanken offen auszusprechen, die Finnlands Volk und besonders dessen untere Schicht in den letzten Jahren genötigt war zu verschweigen. Wir ersuchen deshalb, einige Worte sagen zu können, nicht zum Fürsten, sondern zu einem Manne, von dem wir glauben, daß er lieber der geraden Rede redlicher Mitbürger lauscht, als den niedrigen Schmeicheleien kriechender Glücksjäger. Wir ersuchen Sie in Kenntnis setzen zu können davon, daß des Volkes tiefste Schichten, dessen geistig regsamster Teil von Bitternis über die gegenwärtigen schweren Verhältnisse durchdrungen ist. Wir sind ein Freiheit liebendes redliches Volk und darum können wir uns nicht an das niedrige Spionwesen gewöhnen, das während der letzten Jahre — zur Schande für unser Land und Volk — hier eingeführt wurde. In diesem Lande, wo die persönliche Freiheit seit uralter Zeit heilig gehalten wurde, ist es jetzt nahe daran, daß dieser Begriff ganz unbekannt wird. Die Polizei, die zuvor in diesem Lande verhältnismäßig wenig zu thun hatte, mischt sich nun in alles und kann, ohne bestreben zu müssen, verantwortlich gemacht zu werden, in das Leben friedlicher Bürger eingreifen, ja, sogar über ihre Ansichten bestimmen. Da in einer Institution, die zur Aufgabe hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten, ein solcher Geist Eingang gefunden hat, haben sich als ihre Handlanger ein Haufen verkommenen Individuen eingefunden, welche in elender Erwerbsjucht grundlose Anzeigen gegen friedliche Bürger machen und dadurch unerhörtes Unrecht verursachen. Vereine, die auf Grund ihrer gesetzlich anerkannten Statuten wirken, und soweit wir wissen niemals die ihnen gegebenen Rechte mißbrauchen, werden denunziert als die schlimmsten Verbrecherhöhlen. Die Versammlungs-freiheit, die dieses Volk und besonders dessen Arbeiterklasse teuer und heilig gehalten hat, ist uns aus unbekanntem Gründen geraubt worden. Die Pressefreiheit ist im ganzen Lande ungläublich beschnitten, aber dessen ungeachtet befindet sich die Anzahl so geringe Arbeiterpresse noch unter einer äußerlich scharfen Censur. Und außerdem hat man an unsere Zeitungen das Nachgebotsgericht, daß sie, wenn sie nicht ihre Richtung ändern, ohne vorherige Verwarnung eingezogen werden sollen. Mit einem Wort: des Volkes tiefere Schichten sind jeder Möglichkeit beraubt, ihre Gedanken offen auszusprechen. Wir fragen Sie, Herr Generalgouverneur, ist das gerecht? — Im weiteren Verlauf der Ansprache erklärte der Redner: „Wir können diese unnatürliche Unterdrückung nicht mehr ertragen; wir können nicht länger diese Luft atmen, die Glücksjäger aller Art durch schwanzelnde Schmeicheleien verunreinigen, und darum bitten wir Sie, sie zu reinigen.“ — Dann richtete der Redner an den Generalgouverneur die Bitte, dem Monarchen die Wünsche und Hoffnungen der Arbeiter mitzuteilen, den Monarchen zu bitten, baldigt die volle Versammlungs-, Vereinigungs-, Rede- und Pressefreiheit zurückzugeben. Er schloß mit folgenden Worten: „Wir haben hier vor Ihnen einen Teil der innersten Gedanken der tiefsten Volksschichten ausgesprochen. Bauend auf Ihr Fürstwort, daß Sie gerne einer aufrichtigen Rede Gehör schenken, bitten wir, die innersten Wünsche, die wir hier ausgesprochen haben, Ihrer Prüfung unterbreiten zu dürfen.“

Als Mäkelin geendet hatte, streckte einer der Trabanten Obolenski, Balin, die Hand nach dem Konzept aus mit der Bemerkung, daß er die lange Rede sofort ins Russische überlegen wolle. Mäkelin hatte aber sofort eine russische Uebersetzung bei der Hand, die er Balin überreichte. Dieser las nun die Uebersetzung mit gehobener Stimme vor. Währenddessen wechselte Obolenski dann und wann die Farbe und griff mit der Hand nach dem Säbelhnauf. Obwohl er äußerlich ruhig erschien, merkte man doch die innere Aufregung. — Er erklärte dann, daß er nicht auf die Rede antworten könne, da sie nicht nur die Angelegenheit der Arbeiter, sondern die des ganzen Landes berühre. Was die Arbeiter anbeträfe, so sollten sie wie bisher das Recht haben, zusammenzukommen, so wie es ihre Statuten besagten, und wenn eine Frage von größerer Bedeutung vorläge, sei ja nichts anderes als eine Eingabe an den Gouverneur nötig. — Hierauf antwortete Mäkelin, daß die Arbeiter nichts anderes als Freiheit forderten, die allein Entwidlung möglich mache. Er bemerkte, es sei vorgekommen, daß in Zeiten der Arbeitslosigkeit die Arbeiter sich zu versammeln wünschten, um zu überlegen, wie der Not gesteuert werden könnte, sie hätten aber während zwei bis drei Wochen keine Erlaubnis hierzu erwirken können. Während der Zeit hätte man gehungert. — Obolenski bemerkte darauf: Die Freiheit sei wohl etwas Gutes, aber der Schritt von der Freiheit zur Selbstherrlichkeit sei kurz. Er habe gefragt, ob man sich wirklich denken könne, daß es möglich sei, daß Seine Majestät seine Politik in Finnland verändern würde?

Wie die Zeitung „Fria Ord“, die den Bericht über die Rede veröffentlichte, mitteilt, hat die freimütige Sprache der Arbeiterdeputationen einen sehr guten Eindruck gemacht. —

Cesterreich-Ungarn.

Brünn, 28. September. Landtag. Das Wollische Depeschens-bureau meldet: In der heutigen Sitzung befanden sich auf der Galerie als Gäste der Landtags-Abgeordnete Hybes mit einer großen Gruppe Socialdemokraten. Als der Landeshauptmann die Verhandlung eines Dringlichkeitsantrages ankündigte, rief Hybes von der Galerie: „Wann werden Sie das allgemeine Wahlrecht auf die Tagesordnung setzen? Unter stürmischen Rufen der Galerie wurden rote Zettel in den Saal geworfen, auf welchen für Landtag und Gemeinden das allgemeine Wahlrecht verlangt wird. Der Landeshauptmann unterbrach die Sitzung auf eine Viertelstunde. Als nach Wiederaufnahme der Sitzung der Galerien nicht geräumt waren und sich die demonstrativen Zwischenfälle wiederholten, schloß der Landeshauptmann unter dem Beifall der Abgeordneten und stürmischen Rufen von der Galerie die Sitzung, um, wie er erklärte, Gewaltmaßregeln zu vermeiden, und kündigt die nächste Sitzung für morgen an. Die Demonstranten gingen singend ab. —

Frankreich.

Eine Jola-Feier. Die Liga der Menschenrechte wird zur Erinnerung an den zweiten Jahrestag des Todes Emile Jolas am nächsten Sonntag eine große Kundgebung veranstalten und hat bereits an alle republikanischen und Arbeiter-Genossenschaften von Paris die Aufforderung zur Teilnahme

gerichtet. Der Zug wird sich zunächst nach der Rue de Bruxelles vor das Haus begeben, in dem Jola gestorben ist, das aber heute nicht mehr von der Familie bewohnt wird. Dann werden die Teilnehmer der Kundgebung am Grabe Jolas auf dem Montmartre-Friedhofe vorbeiziehen. —

Niederlande.

Kolonialgrenel.

Haag, 28. September. In der Zweiten Kammer unterzogen die Socialisten Vanderzwaag und van Kol die militärische Expedition in den Landstaaten Gaju und Mas, bei welcher 1007 Frauen und Kinder getötet worden seien, einer mißbilligenden Besprechung. Ministerpräsident de Kuyper erwiderte, die Expedition sei notwendig gewesen, weil man dem Präsidenten des Sultanats Wajin den Schutz der niederländischen Regierung zu gefagt habe, was einen Zusammenstoß der Gegner desselben zur Folge hatte. Die Gajus hätten ihre Frauen und Kinder als Schild benutzt; der Führer der Expedition habe erst auf Rücksichtombattanten feuern lassen, nachdem er ihnen reichliche Gelegenheit gegeben hatte, die angegriffene Ortschaft zu verlassen. Die Regierung bedauere lebhaft, daß sie, um ihre Autorität zu wahren, in die Notwendigkeit versetzt worden sei, Frauen und Kinder zu töten; im übrigen sei der Zweck der Expedition vollkommen erreicht worden. —

Norwegen.

Ein Ministerwechsel. Der Landwirtschaftsminister Mathiesen hat am Montag sein Abschiedsgesuch eingereicht. Er sah sich genötigt dazu infolge von Handlungen, die nicht allein innerhalb der freigesetzten Bevölkerung lebhaften Unwillen hervorgerufen haben, sondern selbst seinen konservativen Parteifreunden sein Verbleiben im Amt unmöglich erscheinen ließen. Er hat nämlich im Laufe dieses Sommers den Direktor von Norwegens Landwirtschafts-Hochschule Girsch durch beleidigende Eingriffe in das Privatleben dieses in großem Ansehen stehenden Mannes gezwungen, seine Stellung aufzugeben. Das, was der Minister ihm hauptsächlich zum Vorwurf machte, war, daß er den Besuch einer bekannten Dame, „gefolgt von mehreren andern“, empfangen habe. Daraus konstruierte der Minister eine Art unästhetisches Verhältnis, beschimpfte somit nicht nur den Direktor Girsch, sondern auch jene Dame sowie die Personen — Männer und Frauen —, die mit ihr beim Direktor auf Besuch waren. In einer Rechtfertigungsschrift, die Direktor Girsch an den Staatsminister in Stockholm Jbsen gerichtet hat, nennt er die Beleidigungen gegen die Dame „cynisch und unvernünftig“ und bemerkt, daß sie zwei Wintersemester an der Hochschule als Lehrerin für mündliche Behandlung der russischen Sprache thätig war und ein Leben verdienstreicher und fruchtbringender Arbeit hinter sich hat. — In landwirtschaftlichen Kreisen wird eine lebhaftige Agitation dafür entfaltet, daß Girsch im Amte verbleiben möge. — Als Nachfolger Mathiesens wird der frühere Stortingsmann Svanache genannt. —

Amerika.

Eine Roosevelt-Sensation.

Von einer Friedenskonferenz, die Präsident Roosevelt einberufen wolle, verbreitete sich die Kunde. Es wurden sofort allerlei Kommentare über die neue große That des thatenlustigen Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgebeutet. Man sprach schon von der Absicht der Vermittlung der Mächte in den ostasiatischen Krieg. Andre wiederum nahmen an, es handle sich um eine Sensation zur Vorbereitung der neuen Präsidentschaftswahlen. Diese Annahme ist sicherlich zutreffend. Herr Roosevelt will durch alarmierenden Thatenlärm Resonanz machen. Eine Friedenskonferenz, die ein zweites Haag sein soll, würde zugleich ein zweites Haaslo der „Friedens“-ideen der gegenwärtigen Weltmächte werden. Von Friedlichkeit und gar Abrüstung wird zunächst geredet und das Ende ist: neue blutigste Kriege und grausamste Kriegsführung.

Uebrigens meldet bereits die Londoner „Morning Post“ aus Washington vom 27. d. M., Präsident Roosevelt habe seine Anrede für eine zweite Haager Friedenskonferenz ohne vorherige Rücksprache mit dem Staatssekretär Hay gegeben. Nach „reißlicher Ueberlegung“ habe er die Unausführbarkeit seiner Absicht eingesehen. Staatssekretär Hay sei ebenfalls für eine Konferenz, aber nur zur Abänderung der internationalen Bestimmungen über die Kriegskonventionen, und auch erst nach Beendigung des Krieges in Ostasien. —

Parters Annahmeschreiben. in welchem er sein politisches Programm entwickelt, wird in der Presse eifrig diskutiert. Die demokratischen Zeitungen rühmen Parters ruhige und würdige Haltung, die republikanischen Blätter finden das Schreiben schwach und inhaltslos, vergleichen mit Roosevelts glänzenden Argumenten. — Es fehlt an einer großen „Isone“, einer Wahparole, um bei den Massen Stimmung zu machen, darüber klagen beide Parteien, besonders die Demokraten. Derselben bezogen es mit dem Schlagwort von der bedrohten Konstitution gegen den Imperialismus, aber die Massen kommen in keine nennenswerte Aufregung darüber. Es ist eine große und unberechenbare Wählermasse vorhanden, die beide Seiten fürchten und die durch eine große packende Wahparole gewonnen werden kann. —

In Colorado haben die Republikaner denselben Gouverneur, James H. Peabody, wieder aufgestellt, gleichsam den organisierten Arbeitern zum Hohn. Dieselben haben in Peabody einen rücksichtslosen Feind; unter ihm brach die Schredensherrschaft in Colorado gegen die freilebenden Vergarbeiter aus. Vor zwei Jahren siegte Peabody über die demokratische, populistische und socialistische Arbeiterpartei, weil die einfache Mehrheit entschied, denn das Votum dieser Parteien übertraf das republikanische um 7500. Die republikanische Presse verteidigt es entschieden, daß Peabody wieder als Gouverneur kandidiert; das sei die Partei den Leuten schuldig, die ihr so treu dienen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 28. September. „Daily Chronicle“ meldet aus Tokio vom 27. d. Mis., daß die Bahn nördlich von Port Arthur bis Haifengung zur Schmalspurbahn umgewandelt worden sei, sie werde mit 60 Lokomotiven und 1000 Wagen besetzt. Die Bahn müsse als Verbindung dienen, da der Hafen Rutschschwangs Mitte Oktober zufriert.

Betrachtungen über die Lage.

Der Militärkritiker der „Times“, der bereits zu wiederholten Malen sehr korrekt die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz auseinanderzusetzen und vorgelesen hat, stellt heute morgen in seinem Blatte folgende Betrachtungen an: Wenn in diesem Augenblick ein ernsthafter Angriff auf Port Arthur stattfindet, so sieht man nicht recht ein, warum Marichal Oyama seinen Vormarsch beschleunigen sollte. Er muß wissen, daß während der Zeit, die er nötig hat, um bis Tieling vorzustoßen, das ganze 1. russische Armee-Korps und auch das 6. Corps bei Kuropatkin angelangt sind, während der Jar andererseits noch nicht die Reue des 8. Corps in Odesa vorgekommen hat, dessen Abfahrt also vorläufig noch nicht stattfindet und dieses keinesfalls vor November in der Mandchurie vollständig und manövriert eintreffen kann. Nun würde aber bei dem Falle Port Arthur eine japanische Armee frei werden, die an Stärke zwei russischen Armee-Korps gleichkäme, und diese Armee könnte dann zu dem japanischen Hauptheer stoßen und so die Differenz an Streitkräften wieder ausgleichen.

Unterdessen ist es Pflicht Oyamas, die Eisenbahn beendigen zu lassen, sich mit rollendem Material zu versehen, möglichst große Lebensmittelvorräte an der Front aufzuhäufen und die Rahmen seiner Regimenter mit Hilfe der ankommenden Verstärkungen zu komplettieren. Ein Aufbruch von einigen Wochen bedeutet für ihn keinen Verlust, und wenn Port Arthur fällt, so hat er viel zu gewinnen. Selbst wenn Port Arthur nicht fällt, so wird Oyama

immer noch genug Truppen während dieser Zeit von Japan gefordert erhalten, um schließlich ebensoviel Verstärkungen erhalten zu haben, wie Europa seit der letzten Schlacht.

Es ist selbst möglich, daß Okama einige Divisionen an dem Sturm auf Port Arthur teilnehmen lassen kann, denn er hat durch seine Centralstellung durchaus es in der Hand, seine Truppen frei zwischen Kiautschung und Port Arthur zu bewegen. Und es ist keineswegs anzunehmen, daß Europa ihn angreifen will, bevor der Souveränitätsstreifen ist. Wenn aber die Russen die Offensive ergreifen und ihrerseits den Hohn zum Angriff überschreiten, so wäre niemand damit mehr zufrieden, als der japanische Oberführer.

Der Militärkrieger der „Times“ schließt endlich, indem er sagt, es wäre keineswegs unwahrscheinlich, daß Marischall Okama selbst den Allgemeinsturm auf Port Arthur leiten werde.

Von einem russischen Korrespondenten wird den „Times“ über Desertionen russischer Reservisten

geschrieben: Die Zahl der Desertoren soll enorm sein, und man findet Leute, die in einem Militärdistrikt borgekennzeichnet sind, Hunderte von Kilometern von diesem Distrikt entfernt, ohne Wasser kühnlich ihren Lebensunterhalt suchend, in der Hoffnung, daß man sie verzeihen könnte. Die Polizei ertrotzt fast unter der Arbeit, diese Desertoren ausfindig zu machen, und man schreibt diesem Umstand zu, daß die Maßnahmen gegen politische Missethäter zum Teil gemildert worden sind. Es giebt selbst Offiziere, die wenig Verlangen zeigen, nach dem fernem Osten zu gehen, und die dies offen aussprechen. Ein Garde-Offizier in Petersburg, der von einem englischen Offizier, der sich in Rußland aufhält, gefragt wurde, ob er nicht durch seinen Einsatz bei Hofe durchgehen könne, daß man ihn in die Front schicke, antwortete: „Natürlich könnte ich das, aber ich ziehe es bedeutend vor, bei meinem Regiment in Petersburg zu bleiben.“ Unter den Reserve-Offizieren soll die Abneigung gegen den Frontdienst noch ausgesprochen sein.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Zwei Majestätsbeleidigungs-Prozesse sind schon wieder gegen Parteiredakteure anhängig. Anlaß dazu bietet die bekannte Notiz, in der ein in Wien im Hospital verstorbenen Mann als ein Verwandter des deutschen Kaisers bezeichnet wurde. Wegen dieser Notiz sind schon Verurteilungen erfolgt. Die jetzigen Prozesse stützen sich aber nicht auf die Veröffentlichung der Mitteilung selbst, sondern auf die Meldung der Verurteilung unfreies Genossen Fette in Halle wegen Veröffentlichung der als Beleidigung angesehenen Notiz.

Ein solches Verfahren ist eingeleitet gegen den Genossen Max von der „Vergifteten Arbeiterstimme“ und gegen den Genossen Markwig von der „Freien Presse“ in Elberfeld.

Weide haben nur das Urteil gegen Fette und selbstverständlich die Verurteilung dazu mitgeteilt.

Wir kennen den Wortlaut der Mitteilungen beider Blätter nicht, doch ist kaum anzunehmen, daß sie die Thatfachen anders wies referierend wiedergegeben haben. Die „Vergiftete Arbeiterstimme“ zumal teilt noch mit, daß sie die Nachricht im Depeschenteile nach der Meldung eines Depeschensbüros gebracht hat.

Unter solchen Umständen ist die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Majestätsbeleidigung ganz unverständlich.

— Von der Kallage der Gotteslästerung war der Redakteur des „Volkswille“ in Hannover, Genosse Westmeyer, vom Landgericht freigesprochen worden, weil das Gericht in dem Artikel keine Gotteslästerung finden konnte. Das Reichsgericht hat jedoch das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen.

— Eine Vergleichung mit dem Vergrat Hilger ist eine Beleidigung. Das ist der Kern einer Gerichtsentscheidung gegen den Genossen Schneider in Chemnitz, Redakteur der „Volkswille“. In einer Notiz des Blattes war gesagt worden, daß in der Erdmannsdorfer Aktienpinnerei die Handlörbe der Arbeiterinnen nach Exemplaren der „Volkswille“ durchsucht, daß eine Arbeiterin der „Volkswille“ wegen sich im Comptoir habe verantworten müssen, und daß den Arbeitern der Fabrik durch Anschlag der Besuch der Kaiserin in Permerdors bei Strafe sofortiger Entlassung verboten worden sei. Genosse Schneider handelte in gutem Glauben, als er die Notiz abdruckte. Der Direktor Weisner der Aktienpinnerei fühlte sich durch sie beleidigt und stellte Strafantrag. Es war nicht möglich, den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange zu erbringen. Schneider wurde zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Der Schatz § 193 wurde ihm nicht zugewilligt. Besonders beleidigend wurde der Zusatz der Notiz „Ganz wie beim Vergrat Hilger in St. Johann“ erachtet.

Gewerkchaftliches.

Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft — ein Uebel!

Wenn Unternehmer die ganze Gewerkschaftsbewegung als ein Uebel betrachten, so braucht man sich darüber nicht zu wundern. Vom Standpunkt der Unternehmer mag es immerhin als ein Uebel betrachtet werden, daß die Arbeiter sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenschließen. Berechtigtes Erstaunen muß es aber erregen, wenn eine mit fünf unparteiischen Richtern besetzte Strafkammer der Ansicht ist, daß ein Arbeiter einen andern Arbeiter mit einem Uebel bedroht, indem er zu ihm sagt: Wir werden Dich noch in den Verband kriegen!

Diese höchst sonderbare Ansicht, die selbst in der schneidigen, gegen streikende Arbeiter beliebigen Rechtsprechung eine Neuheit sein dürfte, und die der Laienwelt zeigt, daß es juristische Auslegungskunst ermöglicht, der zur Streikbelang der Arbeiterbewegung dienenden Reihe von „Rechtsgrundrissen“ immer neue Glieder hinzuzufügen, hat die vierte Strafkammer am Landgericht Berlin II am Mittwoch in einem Urteil gegen den Schlosser H. in Weihensee ausgesprochen.

H., der an dem Streik der Schlosser bei der Großen Berliner Straßenbahn beteiligt war, sprach vor dem Wahnhof in Weihensee einen Wagenwäscher, der zur Arbeit ging, den H. irrthümlich für einen Schlosser hielt, mit den Worten an: „Du arbeitest hier, während wir streiken? Wenn wir wieder anfangen, werden wir Dich schon kriegen.“

Das Schöffengericht hatte H., der wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung angeklagt war, freigesprochen, weil die angeklagte Drohung gegen einen Arbeiter gerichtet war, auf dessen Berufsgruppe sich der Streik nicht erstreckte, der also auch nicht zur Teilnahme am Streik veranlaßt werden konnte. Infolge der Berufung der Staatsanwaltschaft beschloß sich die Strafkammer mit der Angelegenheit und hier gab der Angeklagte seinen angeblichen Worten: „Wir werden Dich schon kriegen“ die Deutung: „Wir werden Dich schon in den Verband kriegen und dann wirst Du uns nicht mehr schädigen.“ An eine etwaige Mißhandlung habe er nicht gedacht.

Die Strafkammer hielt ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung für vorliegend. Sie ging von der Ansicht aus, daß eine Drohung im Sinne dieses Paragraphen auch dann vorliege, wenn die Äußerung sich gegen einen Arbeiter richtet, der als Wagenwäscher mit dem Schlosserstreik gar nichts zu thun hatte. Es genüge, daß eine Drohung — gegen einen „Anderen“ zu verstehen sei. Die Äußerung, die der Angeklagte dahin interpretiert habe: „Wir werden Dich schon in den Ver-

band kriegen“, sei eine Drohung mit einem Uebel, und die Worte: „Du arbeitest hier, während wir streiken“, enthalte den Vorwurf der Ehrlosigkeit. H. wurde zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt, was natürlich nicht hindert, daß sich das „Uebel“ der gewerkschaftlichen Organisation immer weiter ausbreitet.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Gewerkschaften!

Auf die vielfachen Anfragen erwidern wir, daß die Auskunfts-erteilung in Alters-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung, gewerblichen Streitigkeiten (aus dem Arbeitsverhältnis), Fabrik- und Gewerbe-Inspektion (Arbeiterschutz) und auf dem Gebiete der Civil-prozess-Ordnung nach wie vor nur auf unserm Sekretariat (Berliner Gewerkschaftskommission) an jedermann, männlich und weiblich, völlig unentgeltlich von den Sekretären geschieht. Alle andern Auskunfts-Bureaus haben mit der Berliner Arbeiter-Gewerkschaft nichts gemein. Die Auskunftserteilung erfolgt an den Wochentagen vormittags von 11 bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr und nachmittags von 6 bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Wir ersuchen höflich, die veränderte Bureauzeit zu beachten.

Sonntags ist das Bureau geschlossen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Scharfmacher im Tischergewerbe

scheinen kein Interesse daran zu haben an einer friedlichen Regelung der Verhältnisse in der Holzindustrie. Sie lancierten folgende Notiz in die Presse:

„In einer kombinierten Vorstandssitzung sämtlicher Arbeitgebervereine der Berliner Holzindustrie, die gestern Abend stattfand, wurde Bericht über den jetzigen Stand der Lohnbewegung im Gewerbe erstattet. Danach sind die Einigungsverhandlungen als gescheitert zu betrachten. Die Arbeitgeber hatten sich mit dem Vorstände der Arbeiterorganisation bereits verständigt, die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes lehnten aber die vom Vorstände vorgeschlagenen Zugeständnisse ab und beharrten auf ihren Forderungen, vor allem darauf, daß neue Muster zuerst im Lohn angefertigt und danach der Accordlohn berechnet werden sollte. In der gestrigen Vorstandssitzung der Arbeitgeber wurde diese Forderung als unannehmbar bezeichnet und beschlossen, nunmehr den Arbeitgebern der Berliner Holzindustrie die Aussperrung sämtlicher Arbeiter zu empfehlen. Am Donnerstag sollen die Lohnarbeiter sofort die Accordarbeiter nach Fertigstellung ihrer Arbeit entlassen werden. In einer heute Abend stattfindenden großen Versammlung werden die Arbeitgeber über diesen Vorschlag beschließen.“

Natürlich ist es richtig, daß die Tischler bei den Tarifverhandlungen nicht einfach sich von den Meistern die Bedingungen des Tarifs diktieren lassen, dazu bedarf es keiner „Verhandlungen“. Wenn aber die Scharfmacher durch diese Notiz das Unrecht in einem etwaigen Kampfe auf die Seite der Arbeiter schieben wollen, so haben sie falsch spekuliert. Diese haben ihrerseits keinen Zweifel daran gelassen, daß sie ebenso sehr zu Zugeständnissen geneigt sind, wie sie allerdings auch ihrerseits solche erwarten. Noch am Montag sagte u. a. eine Bauhilfsversammlung folgenden Beschlusses:

„In Erwägung der immerwährenden Unruhen in den einzelnen Betrieben ist es notwendig, den ersten Versuch zu machen, eine Tarifgemeinschaft zu Stande zu bringen. Deshalb beauftragen wir die von den Bauhilfslern ernannte Kommission, alles daran zu setzen, um auf dem Boden des von den Bauhilfslern vorgelegten Rettotarif-Entwurfes mit möglichst wenig Abweichungen weiter zu verhandeln.“

Auf demselben Standpunkt stehen die Tischler der übrigen Specialfächer. Wenn jedoch die Herren ein Täuschen wagen wollen — der Holzarbeiter-Verband ist bereit!

Die Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes, die heute Abend Meisters großen Saal in der Kopenstraße bis auf den letzten Platz füllte, beschäftigte sich mit der von der Freien Vereinigung der Holzindustriellen angebotenen Aussperrung der in der Möbelindustrie beschäftigten Tischler. Exner berichtete über die Verhandlungen zwischen der Ortsverwaltung und der Unternehmerorganisation. Bei der Schwierigkeit der Berechnung der neuen Muster hatten die Arbeiter die erste Herstellung derselben in Lohn verlangt, was die Unternehmer ablehnten, angeblich weil die Berliner Möbelindustrie dadurch ruiniert würde. Die Unternehmer wollten diese Arbeiten in Accord herstellen lassen und eventuell den Arbeitern 75—80 Proz. des von ihnen im letzten Halbjahre erzielten Durchschnittsverdienstes garantieren. Die letzte Vertrauensmänner-Versammlung beschloß demgegenüber eine Garantie von 95 Proz. des Durchschnittsverdienstes bei Accordarbeit zu fordern; bei Anfertigung der ersten Arbeit nach neuen Mustern. Neue Verhandlungen zwischen der Ortsverwaltung und den Meistern führten zu keinem Ergebnis, da diese nur 90 Proz. des Durchschnittsverdienstes garantieren wollten. Der Referent berichtete dann, daß in der Unternehmer-Versammlung vom Dienstag eine allgemeine Aussperrung angeregt wurde; die Drohung sei jedoch kaum ernst zu nehmen. In der Diskussion erläuterte Glöde nochmals die Forderungen, die eigentlich nur ein Festhalten an Bestehenden seien, glaubt jedoch, daß es den Meistern mit der Aussperrung ernst sei, damit sie die Erhöhung des Verkaufspreises der Möbel um zehn Prozent rechtfertigen könnten.

In der weiteren Diskussion werden eine ganze Anzahl Fälle angeführt, wo infolge der Schwierigkeiten bei der Berechnung der neuen Muster Wochenverdienste von 18 M. und weniger erzielt wurden.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung für das Festhalten an den Beschlüssen der letzten Vertrauensmänner-Versammlung — Garantie von 95 Proz. des Durchschnittsverdienstes — erklärt.

Zum Schluss berichtete ein Kollege unter allgemeiner Heiterkeit über die zur selben Stunde tagende allgemeine Meister-Versammlung, die sehr schwach besucht und in ziemlich gedrückter Stimmung gewesen sei.

Nachträglich geht und noch folgender Bericht zu:

In der Generalversammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Berlins und der Vororte, die gestern Abend in den Concordia-Sälen, Andreasstraße, tagte, lag folgende Resolution zur Beschlussfassung vor:

„Die Forderung der Arbeiter, neue Muster nur im Lohnverhältnis oder unter Garantie von 95 Prozent des Durchschnittsverdienstes der letzten 6 Monate auszuführen, wird mit der Maßgabe abgelehnt, daß eine Lohnsicherung ausschließlich für diejenigen neuen Arbeiten gegeben werden soll, welche sich mit bereits ausgeführten Arbeiten nicht verhalten lassen, daß hiernach der Accordpreis kalkuliert werden kann.“

Das Anerbieten des Vorstandes der „Freien Vereinigung“ für derartige außergewöhnliche Arbeiten 90 Prozent des Durchschnittsverdienstes der letzten drei Monate zu garantieren, erreicht bereits die äußerste Grenze der möglichen Zugeständnisse; jede Mehrforderung wird abgelehnt.

Der Vorstand wird beauftragt, alle weiteren Verhandlungen mit den Arbeitern abzubrechen, falls diese nicht spätestens bis zum 1. Oktober d. J. in bündiger Weise erklären, daß sie ihre Forderungen in dem jetzigen Umfange zurückziehen und in allen dieserhalb gesperrten Betrieben die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Der Vorstand wird ferner beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zum Zweck einer allgemeinen Aussperrung der Arbeiter unverzüglich zu treffen.

Das Resultat der Abstimmung durch Stimmzettel soll erst morgen (Donnerstag) früh festgestellt werden.

Die „Freie Vereinigung“, welche die Verhandlungen führt, wird am Freitag, je nach dem Resultat der Abstimmung, das weitere beschließen.

Die Hausdiener, Bader und Radfahrer zc. der Firma A. Jandorf u. Co. (Warenhaus), welche seit Jahren in dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisiert sind, wurden vor einiger Zeit um Ausbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Geschäftsleitung vorstellig. Es haben infolgedessen wiederholt Verhandlungen mit der Firma stattgefunden, zu welchen auch ein Vertreter der Verwaltung Berlin I hinzugezogen wurde. Es gelang schließlich einen Tarifvertrag von dreijähriger Dauer zu Stande zu bringen, welcher zunächst als Grundlage für die Festlegung der Arbeitsbedingungen in größeren Handelsgeschäften Berlins betrachtet werden kann. Demnach beträgt der Anfangslohn für unverheiratete über 21 Jahre alte Hausdiener zc. 21 M. Nach halbjähriger Tätigkeit 22 M. und nach einem weiteren Jahre 23 M. Verheiratete Hausdiener zc. erhalten einen Anfangslohn von 24 M., nach halbjähriger Tätigkeit 25 M. und nach einem weiteren Jahre 26 M. pro Woche. Dieses sollen die Minimalsätze sein. Weitere Zulagen werden von der Firma nach Leistungen gewährt.

Etwas zu leistende Ueberstunden werden mit 10 Pf. pro Stunde bezahlt. Falls ein Diener über Mittag durcharbeiten muß, erhält derselbe hierfür 1 M. Tischgeld unter gleichzeitiger Bezahlung der Ueberstunden vergütet.

Sämtlichen Dienern zc. wird jedes Jahr ein Sommerurlaub und zwar unter Fortzahlung des Gehalts gewährt. Derselbe beträgt nach halbjähriger Tätigkeit fünf Tage, nach einjähriger Tätigkeit eine Woche, nach zweijähriger Tätigkeit zehn Tage und nach dreijähriger Tätigkeit 14 Tage.

Auch ist in dem Vertrage festgelegt worden, daß Hausdienern usw., welche infolge von Krankheit erwerbsunfähig geworden sind, bis zur Dauer von 14 Tagen ein Zuschuß zum Krankengelde bis zur Höhe ihres Wochenlohnes bezahlt wird.

Deutsches Reich.

Richterliche Rüge und staatsanwaltliche Eifer in Breslau. Ein Breslauer Maurer stand kürzlich vor einem gesperrten Bau Streitposten, als der Unternehmer Boh an ihn herantrat und ohne Grund „Bagabond! Hausgell! Junge!“ anredete. Darauf folgten noch einige freundschaftliche Ermahnungen in folgendem Ton: „Nimmeln Sie nicht die ganze Woche herum, gehen Sie lieber arbeiten! Wenn Sie sich einmal auf meinen Bau wagen, bringe ich Sie herunter, daß Sie das Biederkommen für immer vergessen!“ Diese Redensarten klingen sehr deutlich an den Ton an, der sonst den Breslauer „Terroristen“ vor dem Richterisch stets zum Vorwurf gemacht wird. Der betroffene Maurer, Namens Mond, beschloß deshalb, dem gebildeten Unternehmer begreiflich zu machen, daß sich jeder Preis des gleichen Rechtschutzes erfreut. Er verklagte denselben wegen Beleidigung und erreichte seine Verurteilung zu — zehn Mark Geldstrafe!

Gänzlich straffrei gingen die arbeitswässigen Gebrüder Kühn, die vielfach vorgebrachten Kronzeugen in unzulässigen Terroristenprozessen, aus, als sie am Montag wegen wissentlicher falscher Anschuldigung der Breslauer Maurerführer angeklagt waren. Der Gauleiter hatte das edle Brüderpaar nämlich bei der Bogelstellerei überführt; um sich einer Verurteilung zu entziehen, gingen beide einfach zur Polizei und zeigten den Gauleiter Müller selbst wegen Bogelstellerei an. Daß ihre Angabe pure Erfindung war, stellte sich bald heraus, trotzdem lehnte die Staatsanwaltschaft die Einleitung des Verfahrens wegen wissentlicher falscher Anschuldigung ab und mußte dazu erst durch Verhör der bei der Oberstaatsanwaltschaft gezwungen werden. Das Gericht sprach jetzt die Gebrüder Kühn frei, weil ihnen der Schatz § 193 in diesem Falle zustehe. Der Verteidiger hatte sie nämlich als die armen verfolgten Schützen hingestellt. Stolz verließen die Stützen der Gesellschaft den Gerichtssaal, der seine Schrecken für sie verloren hat.

Während in diesem Falle der Breslauer Staatsanwalt — zu einem Einschreiten gezwungen werden mußte, erwies er sich in einem andern Falle als besonders eifrig. — Er leitete gegen den Ortsvorsitzenden der Maurer ein Strafverfahren aus den folgenden Gründen ein: Der Maurer Walinski mußte wegen Meisten aus dem Verbands ausgeschlossen werden, meldete sich jedoch später auf die Ermahnungen seiner Kollegen hin wieder an. Es wurde ihm die Bedingung gestellt, erst seine alten neuen Meiste zu begleichen. Darauf wollte er anfangs nicht eingehen, lehnte aber später wieder mit dem Verneinen, daß ihm die Kollegen keine Ruhe lassen. Hierauf erwiderte Widma: Tritt nur dem Verbands bei und bezahle Deine Meiste, dann wirst Du schon Ruhe haben. In dieser Äußerung sollte eine Bedrohung auf Grund des § 153 liegen, sie führte zu einem hochnotpeinlichen Verfahren und zu einer Gerichtsverhandlung, in welcher allerdings der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragen mußte, nach welchem Antrage das Gericht auch erlachte.

Die Breslauer Streichproch-Keta zeitigt immer neue Erscheinungen, obwohl man das kaum noch für möglich hält.

Ausland.

Zum Doktorstreik in Marseille.

Marseille, 28. September. (B. H.) Der Ministerpräsident Combes ist sehr ungehalten über den Beschluß der Doktorarbeiten, den Schiedsspruch nicht anzunehmen. Er hat an den Präsidenten ein Telegramm geschickt, worin er diesen ersucht, alles aufzubieten, um die Doktorarbeiten dazu zu bewegen, dem Schiedsspruche noch nachträglich ihre Zustimmung zu geben. Auch der Socialistenführer Jaurès hat sich in diesem Sinne an seine Freunde in Marseille gewandt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz.

Basel, 28. September. (B. Z. V.) Heute nachmittag hörte die Generalversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zuerst die Berichte von Corbi-Lisa und Zeigenwiler-Basel über die Versicherung ausländischer Arbeiter. Die Versammlung sprach sich für die principielle Anerkennung der Gleichberechtigung aller in- und ausländischer Arbeiter in den Versicherungsgesetzen aus. Sommerfeld-Berlin und Fontaine-Paris berichteten über die Bekämpfung der Giftgasfabriken in der Industrie und machten Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung, darunter die Anzeigepflicht, Ausziehung amtlicher Ärzte, Aufklärung der Arbeiter über die Größe der Gefahr, Verkürzung der Arbeitszeit und Einsetzung einer Experimental-Kommission. Die für ein Preisauschreiben zur Verhütung der Giftgasfabriken gestifteten 25 000 M. wurden dankend angenommen. Die Anträge Jan-Paris betreffend Studium der Nagelarbeiterschaft und Einsetzung einer Propaganda-Kommission wurden angenommen. Die Einberufung der nächsten Generalversammlung wurde dem Bureau überlassen. Soderini-Rom dankte sodann der Regierung von Basel und dem Präsidium namens der Versammlung, die darauf vom Präsidenten Scherrer geschlossen wurde.

Neue japanische Anleihe.

Tokio, 28. September. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Eine neue innere Anleihe im Betrage von 80 Millionen Yen ist von der Regierung beschlossen worden. Der Emissionskurs ist auf 92 festgesetzt worden.

Die Pest in Smyrna.

Smyrna, 28. September. (B. H.) Die Pestfälle nehmen zu, heute wurden wieder 10 Erkrankungsfälle amtlich konstatiert.

Parteitag der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Salzburg, den 20. September 1904.

Erster Verhandlungstag. (Fortsetzung der Vormittags Sitzung.)

Tomšič-Wien (Mitglied der Parteivertretung und Vorsitzender der organisierten Eisenbahner) und Preußler-Salzburg Vorsitzende, Schrammel-Aussig, Winarsky-Wien und Ruchitsch-Brag Schriftführer.

Auf Antrag von Bernerstorfer und Ellenbogen wird folgende Sympathieunterstützung für die italienische Socialdemokratie beschlossen: Der Parteitag spricht den italienischen Genossen in ihrem bewundernswürdigen und aufopferungsvollen Kampfe gegen die Bruttalisierungsvorstrebungen der italienischen Bourgeoisie die begeistertste Sympathie aus.

Nach Erledigung der Begrüßungsansprachen wird in die Verhandlungen eingetreten.

Starek-Wien erstattet den Parteibericht über die Periode vom 1. Juli 1903 bis zum 30. Juni 1904. Bei den trostlosen politischen Zuständen in Oesterreich war die Hauptaufgabe der Ausbau der Organisation. Größere parteipolitische Aktionen waren so gut wie unmöglich. Die gewerkschaftliche Bewegung hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Sie ist von 135 187 Mitgliedern 1902 auf 154 685 Mitglieder Ende 1903 gestiegen. Nicht ganz so groß waren die Fortschritte der politischen Organisation. Abgehalten wurden im Ganzen 17 171 Versammlungen. Die diesjährige Matseer war eine imposante Demonstration für den Achtstundentag und das gleiche Wahlrecht. Bei den Wahlen, besonders bei den Gemeindevahlen wurden manche Erfolge errungen. Erfreulich ist der große Erfolg, den die Genossen in Steiermark jüngst erzielt haben. Die Zahl der Parteiblätter hat sich nicht vermehrt, aber die Auflagen, besonders der „Wiener Arbeiterzeitung“ und der Wiener „Volkstribüne“ sind stark gestiegen. Das Wählblatt: „Die neuen Gläubiger“ sind auf Grund einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. Februar 1904 im ganzen Oesterreich verboten worden. Seitdem ist aber die Zahl der nach Deutschland verschickten „Gläubiger“ sehr erheblich gestiegen.

Die politischen Verfolgungen der Partei haben unter der Aera Koerber etwas nachgelassen: immerhin wurde auf Freiheitsstrafen von zusammen 10 Jahren 2 Monaten und 20 Tagen in der Verichtsperiode erkannt.

Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Bericht des Parteisekretärs teilt der Parteiführer Dr. Ellenbogen mit, daß die Reichsparteistruer 35 322 Kronen 94 Heller ergeben habe. Das bedeutet gegen die vorige Berichtsperiode eine Steigerung von 31,7 Proz. Bei der Mehrzahl der Organisationen hat sich die Reichsparteistruer eingelebt und auch ihre „Steuermoral“ ist besser geworden.

Für die Parteikontrôle beantragt Beer-Wien, dem Kassierer und der Parteivertretung Entlastung zu erteilen.

In der Debatte über den Geschäftsbericht konstatiert zunächst Seliger-Teplitz, daß sich der Arbeiterkampf Deutschböhmens eine gewisse Hoffnungsvolligkeit bemächtigt habe, die alle Thatskraft lähmt. Die wichtigsten Versammlungen seien schlecht besucht. Peterfika-Wien hat den Eindruck, daß die Bewegung verflaue. Es gehe zu wenig für die Agitation. Endlich einmal müsse gegen Koerber, diesen reaktionärsten Minister vorgegangen werden.

Winarsky-Wien tadelt, daß der Parteibericht kein richtiges Bild von der Thätigkeit der Organisationen gebe.

In der Rachmittagsitzung betont im Gegensatz zu Seliger

Schrammel-Aussig, daß trotz der Verflumpung der öffentlichen Zustände unter der Arbeiterklasse Deutschböhmens reges Leben herrscht. So hat der im März dieses Jahres in Aussig gegründete Arbeiter-Konsumverein jetzt bereits 1000 Mitglieder. Nur der Jwitz der leitenden Genossen besonders in Falkenau und Teplitz lasse dort keine Zeit zu erfolgreicher Arbeit. (Zustimmung.)

Ruchitsch-Brag: Die geradezu gefährliche Behauptung Seligers ist falsch: Stagnation mag vielleicht in Deutschböhmen herrschen, aber sonst sehen wir Fortschritte. Unser Sieg in der Steiermark hat uns sehr gefreut, wenn wir auch von den Landtagswahlen noch mehr erwartet hätten. Große Erfolge erhoffen wir bei den Gemeindevahlen in Graz. In den letzten zwei Jahren hat unsre Organisation in Graz eine Stärke erreicht, wie nie zuvor. Wir haben eine bis ins Einzelne ausgebildete Häuser- und Straßenorganisation mit 600 Vertrauensleuten. (Bravo!) Unser Parteiblatt hat einen großen Aufschwung genommen, unsere Finanzen sind so gut wie nie zuvor. Dafür haben wir aber auch nicht die geringsten persönlichen Streitigkeiten. (Bravo!)

Schäfer-Reichenberg: Die Parteileitung kann die von Winarsky demitigte Statistik unserer Erfolge bei den Gemeindevahlen nicht liefern, weil die lokalen Organisationen keine Angaben machen und auch nicht machen können, da man sich sehr häufig über die Qualität der Erwahlten täuscht. Größere Vorsicht ist da am Platze. (Sehr richtig!) Aufgestellt wird, wer sich ein bißchen oppositionell gebildet; nachher stellt sich heraus, daß er gar kein Parteigenosse ist. (Sehr richtig!) Der Kleinarbeit wird nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt.

Bartels-Jallanau: Westböhmen ist das Schmerzenskind der Partei. Es fehlt, vom Karlsbader Bezirk abgesehen, an einer industriellen Arbeiterklasse. Der Kreis hat keinen natürlichen Mittelpunkt. Jallanau ist eine tote Stadt. In der Stadt Karlsbad selbst giebt es keine Bewegung. Die Städte Eger und Aisch sind an centralisiertes Arbeiten nicht gewöhnt. Das Arbeiten für die Organisation ist außerordentlich schwer, zumal persönliche Streitigkeiten vernichten, was mühsam aufgebaut war. Die Parteileitung muß gerade für diesen Kreis Kräfte und Mittel zur Verfügung stellen.

Schloßnidel-Sternberg schildert die Erfolge, die der 6. mährische Wahlkreis durch straffe Centralisation erzielt hat, und bestätigt die Angaben Schäfers über die leidigen Zustände bei der Aufstellung von Gemeinderatskandidaten in kleinen Orten.

Düsch-Aisch nennt die Zustände im 4. böhmischen Wahlkreise untraglich. Die Gruppe, die sich um den früheren Parteigenossen Simon Stark geschart habe, stiftete vielen Schaden.

In seinem Schlusswort weist Starek die Kritik zurück, die an der Thätigkeit der Parteileitung geübt worden ist. Manche Wünsche liegen sich nicht erfüllen, so die auf genauere Angaben über die Stärke der politischen Organisationen und die Erfolge bei den Gemeindevahlen. Aber die Thatsache, daß die Parteistruer 11 000 Kronen mehr eingebracht habe, als in der vorigen Verichtsperiode, beweist einen erfreulichen Aufschwung der Organisation. Die Parteileitung könne nicht die überall geforderten „neuen Kräfte“ für die Provinz stellen; man mache aber die Erfahrung, daß tüchtige Genossen nach Wien gehen und wichtige Posten unbesetzt zurücklassen. (Sehr richtig!) Klage die Provinz, Wien werde bevorzugt, so klage Wien wieder, die Parteivertretung kümmere sich nicht um Wien. Was sich bei der Ungunst der politischen Verhältnisse thun läßt, hat die Parteileitung nach bestem Wissen und Können geleistet. (Bravo!)

Der Parteileitung wird hierauf einstimmig Decharge erteilt und einer Kommission die Sichtung der Streitfälle: Dr. Starik, Karlsbad, Pechota, Voralberg und Jenischel-Wien übertragen.

Es folgt der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

Verichterstatter Reichsrats-Abg. Ebersch-Drinn: Es ist eine schwierige Aufgabe, über unsre Thätigkeit in einem Parlament zu berichten, das nicht existiert, obwohl es nach der Verfassung existieren sollte. Wir haben den Wert dieses Parlamentes nie überschätzt, aber

selbst das letzte Resignationswort, das es für uns hatte, nämlich den, eine Kampftribüne für uns zu sein, hat es in der letzten Session verloren. Die Verhandlung aktueller Vorkommnisse wurde durch die Einbringung von Dringlichkeitsanträgen der deutschen Parteien verhindert. Wenn es früher noch möglich war, die Regierung wegen eines Gewaltstreiches oder einer flagranten Gesetzesverletzung durch Stellung eines Dringlichkeitsantrages, dem in den meisten Fällen von den obstruierenden Junggeheuen die Priorität eingeräumt wurde, zur Verantwortung zu ziehen, so ist es in der letzten Zeit wegen der Weigerung der deutschen Parteien, in eine Jurisdiktion ihrer Dringlichkeitsanträge zu willigen, unmöglich geworden. Der Zustand, in dem sich das Parlament befindet, wird durch die Bezeichnung „Krepieri!“ erschöpfend dargestellt. Nur wenn es galt, die unerträglichen Forderungen des Militarismus zu befriedigen und dem arbeitenden Volke schwere Lasten aufzubürden, hat das Parlament so viel Lebensfähigkeit aufgebracht, um diese Aktionen zu beschließen. Die bürgerlichen Parteien geben einem Konflikt mit dem Militarismus sorgfältig aus dem Wege; und auch die Junggeheuen, die sich als Feinde der Wiener Kamarilla bezeichnen, verlagern da vollständig. Koerber verweigert dem Parlament die Ausfertigung des offiziellen Totenscheines; er lebt davon, daß das Parlament aktionsunfähig bleibt. Wir bedauern, daß wir die Wünsche, Beschlüsse und Forderungen der Arbeiterklasse nicht in wirksamer Weise im Parlament vertreten konnten. Auch für die Zukunft erhoffen wir keine Besserung. Unter den gegebenen Verhältnissen dürfen Sie auf die politische Aktion keine Hoffnung setzen. Für die bürgerlichen Parteien ist der Zustand, wie er ist, erträglich. Koerber hilft ihnen, aber für die Arbeiterklasse hat er nichts übrig. Unser Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht bleibt so rüchträndig wie es war. Die Reform der Arbeiterversicherung erfolgt nicht. Das vor drei Jahren in der Thronrede angekündigte Alters- und Invaliditätsgesetz ist noch nicht erschienen. Der Respekt und die Verdrossenheit der Organisationen sind da begreiflich. Ich will radikalen Lösungen nicht das Wort reden, aber notgedrungen werden wir in nächster Zeit die Kraft der Organisationen daraufhin präsen müssen, ob wir nicht genügend erhärtet sind, um dem Ministerium Koerber zu zeigen, daß die organisierte Arbeiterklasse nicht gewillt ist, die Dinge weiter so verflumpfen zu lassen. Wir wollen den Parlamentarismus nicht überhähen, aber gewiß ist, daß die Regierung absichtlich die Komodie dieses Parlamentarismus fortführt, um daraus eine Empfehlung für den Absolutismus herauszuschlagen. (Sehr richtig!) Dagegen müssen wir Front machen. Die parlamentarischen Verhältnisse werden nicht mehr gesund. Das Parlament wird im nächsten Monat wieder einkersufen, aber zu praktischer Arbeit wird es nicht kommen. Und doch heißt so vieles Entscheidung. Da ist der Ausgleich mit Ungarn, der Zolltarif, die Handelsverträge, die mit dem § 14 bereits gemacht zu sein scheinen, die Anleihe für die Kosten des Militarismus, die auch auf Grund des § 14 wider Gesetz und Recht verordnet werden soll. Die Arbeiterklasse kann sich diese Attentate nicht gefallen lassen; sie muß zu einem entscheidenden Schlag ausholen. (Mufe: Zu welchem?) Welche Form dieser Schlag haben soll, muß der Entscheidung der Parteileitung und der Organisationen vorbehalten bleiben. (Mufe: Warum nicht dem Parteitag?) Versallen wir nicht der Unthätigkeit, sie würde mehr schaden als eine Aktion, die vielleicht nicht ganz glückt. (Sehr richtig!) Unfre ganze Hoffnung ist das organisierte Proletariat Oesterreichs. Von keiner anderen Seite kann Rettung kommen. Kein Mittel darf unberührt bleiben, um aus der heutigen unerträglich Situation herauszukommen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Pözlger-Wien befürchtet, daß es wieder bei dieser leeren Drohung bleiben wird. Wir müssen herwirklichen, was wir sagen, sonst sind wir Komödianten. (Sehr richtig!)

Frau Schlegelinger-Wien: Welchen „entscheidenden Schlag“, welche „große Aktion“, welches „bisher noch unversuchte Mittel“ hat der Referent denn eigentlich gemeint? (Weiterkeit.) Diese allgemeine Art, sehr radikal zu sprechen, erschwert denen, die in den Organisationen arbeiten, sehr ihre Aufgabe. Man kommt dort mit den unsinnigsten hyperradikalen Vorschlägen und wird sich dann auf den „entscheidenden Schlag“ berufen. (Sehr richtig!)

Dr. Adler-Wien: Wir sollen vom Parlament reden, und da wir es nicht haben, reden wir natürlich von außerparlamentarischen Dingen. (Weiterkeit.) Die Situation, in der sich heute Oesterreich befindet, kann durch eine Aktion des Proletariats und sei sie noch so energisch, allein nicht geändert werden. Wir mühten uns klar darüber sein und sind es ja auch, nur daß wir nicht immer den Mut haben, es einzusehen: Oesterreich vernünftig zu machen, sind wir Socialdemokraten außer stande. Und wenn wir uns die phantastische Aktion vorstellen, wir können diesen Staat nicht in normale Verhältnisse bringen. Aus diesem Gefühl der Unmöglichkeit stammt die Unzufriedenheit in unsrer Partei, die sich bald nach oben, bald nach unten richtet. Der eine sagt: die Parteivertretung thut nichts, der andere wieder: die Masse ist stumpf. Wir müssen uns und den ganzen Gedankenlang unserer politischen Aktion darauf einrichten, daß wir diesen Zustand der permanenten, chronischen Krise mit allen ihren häßlichen Erscheinungen über uns ergehen lassen müssen. Anstatt den vergeblichen Versuch zu machen, dies Oesterreich zu heilen, dessen hilflose Staatslenker noch seliger als borniert sind, müssen wir unsre Arbeit dorthin lenken, wo wir Macht und Einfluß haben, wo wir Wirkungen erzielen können: das ist das Proletariat. (Bravo!) Oesterreich gesund machen, das können wir nicht, aber das österreichische Proletariat lebend erhalten, es aufklären, erziehen, das können wir. Auf den Generalstreik will ich nicht eingehen. Aber welches Mittel Ihre Phantasie auch immer ersinnen mag, gegen wen wollen Sie es richten, von wem wollen Sie die Rekonstruktion Oesterreichs verlangen? Wenn es aber zu einer solchen Krise kommt, die wir nicht herbeiführen können, dann soll sie uns bereitfinden. (Bravo!)

Wenn die Dinge in Fluß geraten, wenn es zu einem äußersten Zustande kommt, wo ein augenblickliches Eingreifen irgendwelchen Erfolg verspricht, so wird jedes Eingreifen der Volksmassen in Oesterreich die Socialdemokratie an der Spitze finden, weil es, von uns abgesehen, keine aktionsfähige Volksmasse in Oesterreich giebt. Aber die Bedingungen für dieses Eingreifen herzustellen, sind wir außer stande, und es ist völlig möglich, solchen Träumen nachzugehen. Schaut nicht hinaus auf das, was andre thun, schaut auf Euch selbst, geht auf Euch selbst zurück! Gewiß ist diese allgemeine Stagnation für uns schädlich. Es ist gar kein Wunder, wenn eine gewisse Abflauung in der Agitation empfunden wird. Alle psychologischen Dinge vollziehen sich in Wellenlinien. Da giebt es Wellenberge und Wellenthäler. Auf jeden Hochstand folgt mit mechanischer Notwendigkeit das Abflauen, die Zeit der Ruhe, die erst ein Wiederaufsteigen der Erregung ermöglicht. Eine Bewegung jahrelang auf den Höchstpunkt der Erregung zu erhalten, giebt es nicht. Rechnen Sie noch die wirtschaftliche Krise hinzu und es ist kein Wunder, wenn die Kraftanstrengung der Masse seit der heftigsten Zeit von 1891 bis an 1900 nachgelassen hat. Angeregt wäre es, wenn Sie diese tragische Situation bewußt oder unbewußt unsre Abgeordneten entgelten lassen. Sie thun das Auserliche, um in dem suchtbaren Willen, in dem sie sich befinden, das Ansehen der Partei zu wahren. Sie thun reichlich ihre Pflicht mit bewundernswerter Ausdauer und Selbstverleugnung. Thun wir nun die unsrige ebenso und verlangen wir nicht mehr von andern, als von uns selbst. (Bravo!)

Berufen wir alle unsre Energie in die Organisation, damit wenn Oesterreich verkauft, die österreichische Arbeiterklasse zu Grunde geht. (Lebhafte Beifall.)

Winarsky-Wien: Wir haben einen Clou vom Referenten erwartet; er hat aber nur mit einem Seufzer geschlossen. (Weiterkeit.) Die Adlersche Wellenlinie ist nicht das Bild, worunter wir die Be-

wegung anzuschauen pflegen. Wir sehen sie unter dem Bilde vorwärtsstrebender Entwicklung. Anders denken heißt sich einrichten auf den langsamen Rückzug, auf den kraftlosen Verlust von Position auf Position. Wenn die Genossen mit verstärkter Gewalt von Parteitag zu Parteitag ein andres Vorgehen als bisher fordern, so reden sie nicht in Halluzinationen, sondern aus dem Bedürfnis der Partei selber heraus. Wir sehen seit sieben Jahren Uebergriffe auf Liebergriffe, Gesetzlosigkeiten auf Gesetzlosigkeiten. Die Socialdemokratie aber schweigt, hält sich still, unternimmt nichts! Wir sollten uns nicht gefühllos geben, bevor wir gefämpt haben. Eine gewaltige Kraftanstrengung ist erforderlich, und an die Spitze dieser Aktion (Mufe: Welche?) mühten sich unsre Abgeordneten stellen. (Beifall.)

Reichsrats-Abgeordneter Schumier-Wien: Es ist ganz falsch, zu behaupten, daß auch uns die Verflumpung ergriffen hätte. In uns schlummert dieselbe Kraft, ja sie ist stärker geworden, als früher. Es fehlt uns nur der Moment des Einsetzens, des Anpadens. (Sehr richtig!) Den Clou, den Winarsky vom Referenten erwartete, hat er uns selbst nicht gegeben. Warum ist er so zurückhaltend? Er verlangt, daß andre vorgehen, weiß aber selbst nicht, wohin es gehen soll. (Weiterkeit.) Er sitzt doch mit in der Parteileitung, aber nie fällt ihm ein. (Große Weiterkeit.) Wir sind Zeitgenossen des Verfalls eines Staates. Vereiten wir unsrer Haus, daß es zur Feiung wird, von der wir ausfallen können, wenn es zum Systemwechsel kommt. (Lebhafte Beifall.)

Grundrindl: Kräftige Mittel sind erforderlich, aber immer geht man wie die Klage um den heißen Brei herum. Die Zeit verlangt, daß wir uns mit dem Generalstreik befassen. (Mufe: Lieber mit dem Streik der Generale! Große Weiterkeit.) Adlers Taktik gleicht der Kuropatkins, der erfreut meldet, er habe glücklich den Rückzug vollzogen.

Ruchitsch-Brag: Es scheint ein großer Mandatmangel zu bestehen. Weil einige Genossen nicht ins Parlament gekommen sind, meinen sie jetzt: mit der ganzen Partei ist nichts los. Wo sind denn die Positionen, die wir kampflös preisgegeben haben? Ich sehe sie nicht.

Sonnek-Wien: Die Arbeitermassen sind revolutionär: sie verlangen auch von den Führern eine revolutionäre Haltung. Aber wir sind alle miteinander schläfrig geworden. Wir müssen einen Vorstoß mit dem politischen Massenstreik machen.

Reichsrats-Abgeordneter Bernerstorfer: Eidersch hat nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht. Die Mehrheit der Fraktion ist nicht in der Lage, seine Aufforderung zu großen Thaten mit zu unterschreiben und zu vertreten. Gätten wir uns vor Illusionen. Wir können nur thun, was möglich ist. Das deutsche Proletariat hat während der 12 Jahre Socialistengesetz sich ruhig verhalten und doch nicht geschlafen. Erst sollen wir eine große Aktion unternehmen und dadurch stark und mächtig werden? Umgekehrt ist es richtig! Aber das ist die österreichische Ungebudigkeit und verzeihen Sie das Wort: Justizlosigkeit, die alles Heil von außen erwartet, statt an sich selber, statt an der innern Konstituierung der Partei zu arbeiten. (Beifall.)

Bartels: Wir sind nur verdrießlich, weil uns die Polizei nicht thut. (Weiterkeit.) Da müssen dann die Führer die Mühe abheiter sein.

Seis: Auch Winarsky weiß das Mittel nicht, um Oesterreich zu einer wirklichen Verfassung zu verhelfen. Freudlich empfiehlt den Massenstreik. Wenn er sich auch für den Erfolg verbürgen würde, würde keiner das Mittel ablehnen. Das ist aber nicht der Fall, und so dürfen wir keinen Gebrauch von diesem Mittel machen. (Zustimmung.)

Hierauf wird die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag vertagt. Heute findet ein Plattenmeeting im Kurhause statt. Unter den Rednern befindet sich auch Bollmar.

Zweiter Verhandlungstag.

Für die Mandatsprüfungskommission beantragt Seliger-Teplitz, sämtliche 80 Mandate für gültig zu erklären. 72 Mandate sind in den Händen von stimmberechtigten Vertretern von Organisationen, acht in den Händen von nichtstimmberechtigten Vertretern von Korporationen und Redaktionen. Dazu kommt die Reichsratsfraktion und die Frauenvertretung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Dr. Adler-Wien hält es für notwendig, auf die Ausfübrungen Winarskys zu antworten. Es ist zu einer Art Specialität Winarskys geworden, eine ungemein flammende, aufgeregte Rede für irgend eine unbestimmte große Aktion zu halten. (Weiterkeit.) Das hat er schon auf früheren Parteitagen gethan. Er hat die Abgeordneten gerügt, daß sie diese große Aktion nicht in die Wege geleitet hätten. Die Empfindung, es geschieht nicht genug, ist mir immer erfreulich. Selbstzufriedenheit wäre ein Zeichen der Verflumpung. Wenn man aber auf dem Parteitag von verantwortungsvoller Stelle spricht, muß man wenigstens so ungefähr wissen, was man will. Es giebt nun Mittel, um wenigstens die Laufbahn zu erzeugen, als wisse man, was man wolle. Eines der harmlosesten dieser Mittel sind Anträge. Resolutionen sind zwar noch lange keine Aktion, aber doch geeignet, die Leute glauben zu machen, es geschehe etwas. (Weiterkeit.) Wenn Winarsky nicht einmal zu diesem Minimum gelangt ist, wenn er nicht einmal einen Antrag stellt, so ist das schon ein bedenkliches Symptom dafür, daß er zwar über sehr viel Stimmung verfügt, aber sehr wenig Vorkhellung von dem hat, was er will. (Weiterkeit.) Aufregung ist ja hüßlich, aber für die Partei kommt wenig dabei heraus. Winarsky meinte: Wir bleiben immer im Wellenthale. Er verwechselt Bewegung mit Erregung. Er glaubt, daß die Partei nur fortgeschritten, wenn sie laut spricht und aufgeregert ist. Aber nur in den wirksamen Köpfen kann sich unsre Bewegung als fortschreitende Aufregung malen. (Sehr richtig!) Wäre unser Fortschritt an wachsende Aufregung gebunden, dann mühten unsre Hoffnungen tief gesunken sein. Aber das ist ein großer Irrtum. Ueberlassen wir die Aufregung Winarsky. Wenn der Parteitag darüber ist, wird sie schon wieder abflauen, um beim nächsten Parteitag wieder einen Hochpunkt, einen Wellenberg zu erreichen. (Große Weiterkeit.)

Freundlich war so gut, uns entgegen unsrer Abmachung den Generalstreik plötzlich zu präsentieren. Das heißt, er hat nur das Wort so heraus geschmettert, aber selbst, wenn er sich allein für den Erfolg verbürgt, könnte mir das nicht genügen. Parteigenossen, lassen Sie doch das Spiel, das In-den-Rundnehmen von großen Worten, die an diesem Orte und jetzt zu gar keinem praktischen Erfolg führen. (Sehr richtig!) Wenn wir heute mit dem Entschluß fortgehen, die Socialdemokratie widerstandsfähiger zu machen, haben wir genug gethan. (Bravo.)

Winarsky: Es ist mir nicht eingefallen, ein Rezept vorschreiben zu wollen, wie der Bewegung über den toten Punkt zu helfen ist, auf dem sie jetzt angelangt ist. Es giebt kein Allheilmittel in einer politischen Bewegung. Wenn ich mich mit der Taktik der Partei nicht einverstanden erkläre, so denke ich deshalb nicht an ein Mißtrauensvotum gegen die Parteileitung oder die Fraktion. Ich bin aber mit dem Tempo der Parteibewegung und der Art ihres Auftretens nicht zufrieden. Diese Ueberzeugung teilen viele Genossen mit mir. (Lebhafte Zustimmung bei einem Teil der Delegierten.) Bei dieser Taktik des Adwarrens laufen wir Gefahr, daß wir die Massen verlieren. Man berweise mich auf die Thätigkeit für die Organisation. Aber ist denn das ein Gegenatz? Die Organisationsarbeit ist unser tägliches Brot, aber doch nicht der ganze Inhalt unsrer Parteithätigkeit. Die Arbeit mit der Paurekelle läßt sich verbinden mit der Arbeit mit dem Schwerte. (Sehr richtig!) Es ist Pflicht unsrer Partei als einzigen Repräsentantin der radikalen Demokratie in Oesterreich, daß sie alle Kräfte gegen den Absolutismus mobil macht. Aber man schreibt nur Zeitungsartikel, geht mit halbem Herzen an Aktionen heran, hat ein spöttisches Lächeln. (Sehr gut!) Aber ihren Erfolg und ist ohne Energie, um sie zu Ende

zu führen. (Lebhafte Zustimmung bei einem Teil der Delegierten.) Wir müssen mehr thun. Wir haben Versammlungen, Agitation, Presse, Demonstrationen in unrem Dienst zu stellen und so weiter — es giebt da keine Grenze. Aber dafür hat man nur kalten Hohn (Sehr gut!), der jede Begeisterung, jeden Idealismus tötet. Will man eine Aktion durchführen, so muß man mit ganzem Herzen dabei sein. (Adler: Aber auch mit ein bißchen Verstand! Heiterkeit.) Wenn wir aber beim Anfang jeder Aktion zu scheitern sind, dann machen wir solche Erfahrungen wie in Nordböhmen. Die Leute kommen nicht mehr: sie haben uns zuviel Aktionen begreifen und nicht durchführen sehen. (Sehr richtig!) Es ist nicht Tändelei, nicht Spiel, nicht Lust an Sensation. (Dr. Adler: Sensation!) Die mich so sprechen läßt, sondern innere Ueberzeugung. Auch ohne daß ich einen Antrag stelle, könnte die Parteileitung den richtigen Weg beschreiten. Wir haben sieben Jahre gewartet, die Zeit des Wartens muß jetzt ein Ende haben. Ohne Begeisterung keine großen Thaten. (Lebhafte Beifall bei einem Teil der Delegierten.)

Czech-Brünn: Es ist zu einer lebendigeren Aussprache hier gekommen, weil wir sagen müssen, wie die Dinge liegen. Auch wir in Mähren haben die Empfindung, daß es so nicht weiter geht, daß etwas geschehen muß. (Sehr richtig!) Die Steiermärker sind gefügigt von ihren Erfolgen, wir haben es nicht so bequem. In Mähren sind alle unsere Bemühungen, die Schmach des indirekten Wahlsystems zu beseitigen, bisher vergeblich geblieben. Wir sind überzeugt, daß die bisherige Kampfmethode aufgegeben werden muß, daß wir zu andern Mitteln greifen müssen. Mag es nun der Generalstreik oder der politische Massenstreik oder Demonstrationen sein, das wird die Stunde lehren. Verzichten wollen wir auf keine dieser Mittel. (Bravo!) Es ist abgelehnt worden, über den Generalstreik zu verhandeln, aber wir stehen mitten in der Debatte drin. Gefährlicher als eine Debatte über den Generalstreik war das Eingeständnis, daß wir nichts machen können. Freiwillig geben unsere Gegner uns nichts, sie müssen gezwungen werden. Wir müssen auf die Straßen gehen, politische Kundgebungen veranstalten und auch, wenn es sein muß, mit härterer Berechnung die Stunde für den Generalstreik wählen. Dr. Adler hat in der Vorbesprechung gesagt, heute können wir nicht den Generalstreik machen, weil wir im Gegensatz zu früher etwas zu verlieren haben. (Dr. Adler: Das habe ich nicht gesagt!) Das ist nicht richtig. Die Stimmung der Massen ist so, wie ich sie vorgetragen habe. Ueber alle diese Aktionen entscheidet der Moment; das hat uns Italien gezeigt. (Lebhafte Beifall eines Teils der Delegierten.)

Dr. Ellenbogen - Wien: Ich bin auch nicht dafür, daß wir eine Partei der alten Herren werden und vor lauter Vorwitz in absolute Unverantwortlichkeit verfallen. Ich sehe auch in dem Enthusiasmus eine bewegende Kraft, sehe in ihm die Kraft, Machtpositionen zu erobern. Auch scheint es mir unklug, der Welt einzureden, daß wir zu schwach sind. Wenn man aber eine bestimmte accentuierte Aktion haben will, muß man ein bestimmtes präzisirtes Ziel hart vor die Augen stellen können. Absolutismus und politisches Elend in Oesterreich, das sind schwammige Begriffe. Aber die Wahlreform in Mähren, da handelt es sich nur noch um einen Tropfen, der in den Becher fallen muß. Wenn die Genossen in Mähren auf die Straße steigen wollen, gut, aber auf einem Parteitag läßt sich so etwas nicht beschließen. Es ist möglich, wenn die Stimmung nach außen dringt, daß sich der Arbeiterkampf eine furchtbare Erweiterung bemächtigt hat. Bei uns spielt die Rücksicht auf die Stimmung der Massen eine große Rolle. In Deutschland ist man mit Niederschlagen eher bei der Hand. (Lebhafte Zustimmung.)

Schrammel-Auffig: Was hindert uns denn, in Böhmen dieselbe Bewegung zu machen, wie in der Steiermark? Arbeiten wir nur tüchtig an der Organisation und machen wir nicht die Parteileitung und die Fraktion für Dinge verantwortlich, die sie nicht ändern können. Die Taktik bestimmen die einzelnen Wahlkreise selbst.

Seliger-Teplitz: Man hat uns ja schon auf der Vorbesprechung den Mund durch den Beschluß gestopft, daß über den Generalstreik nicht gesprochen werden darf. Aber es bleibt doch Thatsache, daß auf der österreichischen Arbeiterschaft die Stimmung lautet: die bisherigen Forderungen langen nicht aus. Um die Arbeiterschaft zu organisieren, ist nicht nur läßliche Bemühung, sondern auch Begeisterung erforderlich. Begeisterung aber hat man nur, wenn man Glauben an den Erfolg hat. Den Glauben an den Erfolg der bisherigen Mittel aber hat die Arbeiterschaft verloren.

Rehner-Brünn: Ganz ungewollt ist die Debatte über die parlamentarische Thätigkeit zu einer Debatte über den Generalstreik geworden. Da ist es nun bedauerlich, daß alle Fraktionsmitglieder gebremst haben, und daß Dr. Adler als Oberbrenner fungiert hat. Man sollte doch die Stimmung benutzen, die in der Arbeiterschaft besonders seit dem letzten italienischen Generalstreik herrscht. Der Generalstreik muß eine Waffe in unserem Kampfe werden. Das politische Elend, unter dem wir leiden, ist mit der bisherigen Taktik nicht zu beseitigen; wir müssen zu schärferen Mitteln greifen, um die bürgerlichen Parteien zur Reue zu bringen. Was Ellenbogen für Mähren konzediert hat, muß er auch für Böhmen, Niederösterreich und Steiermark gelten lassen. (Bravo! bei einem Teile der Delegierten.)

Dr. Adler: Czech hat geglaubt zu hören, daß ich in der Vorbesprechung gesagt hätte, wir seien im Gegensatz zu früher nicht in der Lage, den politischen Massenstreik zu machen, weil wir zu stark sind und zu viel zu verlieren hätten. Ich lege Wert darauf zu konstatieren, daß ich das nicht gesagt habe, und daß dies nicht meine Meinung ist. Ich habe allerdings gesagt, wenn wir heute an ein solches Unternehmen gehen, thun wir es unter andern Bedingungen für uns als 1893 und 1894. Ich habe in Wort und Schrift stets die Meinung vertreten, daß der politische Massenstreik für die Sozialdemokratie überhaupt und für uns besonders als Mittel nicht zu den Unmöglichkeiten gehört. Aber ich meine auch, daß alle Erwägungen hierüber unter dem vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit angefaßt werden müssen. (Sehr richtig!)

In seinem Schlusswort verwarf sich Adler gegen die Censur, die ihm Bernerjörger erteilt habe. So weit sei er doch nicht gegangen, daß die Fraktion die Verantwortlichkeit dafür ablehnen müsse. Und selbst wenn er über die Censur gehandelt habe, hätte man ihm das mit etwas mehr Kollegialität nachsehen müssen. Er habe nicht empfohlen, den Generalstreik zu beschließen. Ein solcher Beschluß könne erst erfolgen, wenn die Organisationsleiter bestimmte Auskünfte über den Stand der Kräfte gegeben hätten.

Ruchitsch - Graz, Preukler - Salzburg, Schrammel, Deutel und Reihner, VI. böhmischer Wahlkreis, beantragen folgende Resolution:

Der Parteitag erkennt die schwierige Lage, in der sich der sozialdemokratische Verband innerhalb der heutigen politischen Verwundung in Oesterreich befindet und ist überzeugt, daß derselbe alles im Interesse des Proletariats gethan hat, was unter solchen tristen politischen Verhältnissen gethan werden konnte. Er spricht ihm daher Anerkennung und vollstes Vertrauen aus.

Diese Resolution wird fast einstimmig angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist

Die Organisationsfrage.

Verichterstatter ist der Parteisekretär **Claret:** Wir haben zwar ein wahres Labyrinth von Bestimmungen, aber die Parteileitung hat sich davon überzeugt, daß sich ein einheitliches System nicht durchführen läßt. Bei den verschiedenartigen Bedingungen in den einzelnen Ländern ist eine Uniformierung unmöglich. Wir legen deshalb keine speziellen Anträge vor, halten aber eine Besprechung der gemeinsamen Gesichtspunkte für möglich. Der direkte Kontakt mit den einzelnen Parteigenossen ist erforderlich, mag er nun durch die Parteispotrage oder durch die Erhebung des Parteibeitrages erfolgen. Nur bei einem solchen Aufbau der Organisation ist pulsierendes Leben möglich. Es muß ein Zwang zur Einflüsterung bestehen, aber dieser Zwang läßt sich nicht konstitutiv stiften, sondern muß im Mißbehagen der Vertrauensmänner bestehen. Bei der Verschiedenartigkeit der ökonomischen Bedingungen in den einzelnen Ländern läßt sich die Höhe des Beitrages nicht einheitlich festsetzen, aber 5 Heller monatlich ist zu wenig, um

die Parteiaufgaben zu erfüllen; 10 Heller ist das mindeste. Mit dem Blocksystem bei der Beitragsverhebung sind schlechte Erfahrungen gemacht worden. In Wien hat sich die Erhebung der Bezirkssteuer in der Form außerordentlich bewährt, daß jedem Genossen die „Volkstribüne“ wöchentlich ins Haus gebracht und daß in der Bezahlung des Abkommens die Parteisteuer geleistet wird. Aus den Ueberschüssen des Blattes werden die Parteigelder aufgebracht. Eine genaue Kontrolle muß feststellen, wie viel Parteigenossen am Ort vorhanden sind. Werden die Genossen evident gehalten, so kann der Vertrauensmann auch die Wählerliste kontrollieren; bei den direkten Wahlen kommt es auf jede Stimme an. Redner geht dann zu einer Kritik der vorliegenden Anträge über und bekämpft besonders den Antrag der Sektion Karlsbad: „Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen der fünften Kurie in den Reichsrat liegt lediglich der Konferenz der Genossen des betreffenden Wahlkreises ob. Der Parteileitung steht jedoch das Recht zu, eventuell vorhandene objektive Gründe gegen die Aufstellung eines Genossen in der betreffenden Konferenz vor der Abstimmung nachhaftig zu machen. Der in der Konferenz gewählte Kandidat gilt jedoch unweigerlich als Kandidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für den betreffenden Wahlkreis.“ Im günstigsten Fall können wir siebzehn Leute ins Abgeordnetenhaus bekommen. Aber bei der kleinen Zahl spielt die Person und die Qualifikation eine besonders große Rolle. Wir dürfen keine Freundschafspartei wie die Lokalpolitik treiben, das Interesse der Gesamtpartei muß dem Bezirksinteresse vorangehen. Der Grazer Beschluß muß deshalb aufrecht erhalten werden, der da lautet: „Die Kandidaten für den Reichsrat werden von der Reichs-Parteivertretung aufgestellt (die Kandidaten für den Landtag von der Landes-Parteivertretung, die Kandidaten für die Gemeindevertretung von der Lokalorganisation), und zwar gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreis-Vertrauensmänner nach Anhörung der Vorschläge des Wahlkreises.“ (Beifall.) Zum Schluß erklärt Redner es für erforderlich, den Bestimmungen über den Ausschluß aus der Partei eine bestimmtere Fassung zu geben. Ausschluß aus der Gesamtpartei soll nur auf dem Wege des Schiedsgerichts möglich sein. Ausschüsse aus der Lokalorganisation sind keine Ausschüsse aus der Gesamtpartei.

Die Mittagspause tritt ein.

Haus Industrie und Handel.

Die Ausgabe neuer Schatzscheine, von der wir gestern berichteten, ist in der Höhe von 150 Millionen Mark geplant. Davon sollen ca. 70 Millionen zur Deckung des Geldbedarfs Preußens dienen, die andern 80 Millionen entfallen auf das Deutsche Reich. Die Umlaufzeit dieser 3 1/2-prozentigen Schatzscheine ist auf vier Jahre festgesetzt, doch hat sich die Regierung eine Kündigung und Rückzahlung nach zwei Jahren vorbehalten. An dem Uebernahme-Konsortium sind alle jene Banken und Bankhäuser beteiligt, die bei den früheren Anleihe-Emissionen des Reiches und Preußens mitgewirkt haben. Darunter befinden sich auch diejenigen Banken und Firmen, die bei der vor zwei Jahren erfolgten Reichsanleihe-Emission nicht herangezogen worden waren. Insgesamt sind an der Uebernahme etwa vierzig Firmen beteiligt. Der Uebernahmebetrag beträgt 99 1/2 Proz. Der zur Deckung des Reichshaushalts-Defizits für 1904 erforderliche Anleihebetrag wurde behauptlich auf 214 Millionen Mark berechnet. Zur Deckung des Bedarfs hat sich die Regierung zunächst damit beholfen, daß sie für ungefähr 200 Millionen Mark unverzinsliche Schatzscheine bei der Reichsbank diskontierte; doch genigte, wie die neue Schatzschein-Ausgabe zeigt, diese Summe den Anforderungen nicht.

Ueber die Gründe, welche für die Wahl der Emission von 3 1/2-proz. Schatzanweisungen maßgebend waren, erfährt das „Berliner Tageblatt“:

„Die Begebung der neuen 3 1/2-proz. Schatzanweisungen ging aus zwei Erwägungen hervor. Erstens war zu bedenken, daß die Begebung von unverzinslichen Schatzscheinen an die Reichsbank doch auch ihre Grenzen hat, teils wegen des Status der Bank, teils weil die Mittel der Reichsbank doch vornehmlich für andre Zwecke bestimmt sind. Sodann soll der Markt der einheimischen Anleihen weiter geöffnet und dem vorhandenen Material Zeit gelassen werden, dauernde Placierung zu finden. Wenn man jetzt zur Begebung einer festen Anleihe geschritten wäre, lag die Gefahr nahe, daß der Kurs der einheimischen Anleihen stark gedrückt und die Anleihebesitzer noch weiter geschädigt worden wären. Für die Begebung festverzinslicher Schatzanweisungen dagegen dürfte die Zeit günstig sein, zumal da diese auch nicht in die breiten Massen gelangen. Haben sich die Verhältnisse gebessert, sind wieder friedliche Zeiten, dann kann man ja mit größerer Aussicht auf Erfolg an eine feste Anleihe herangehen.“

In der Hibernia-Angelegenheit hat die Dresdner Bank einen neuen Erfolg zu verzeichnen, wenn auch nur einen mäßigen. Nachdem das Bochumer Landgericht zunächst die handelsgerichtliche Eintragung der Erhöhung des Aktienkapitals der Hibernia verhindert, hat jetzt das Amtsgericht in Herne auf den Antrag der Dresdner Bank verfügt, daß auf die Tagesordnung der Generalversammlung der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia am 22. Oktober auch die von der Verwaltung abgeleiteten Punkte gesetzt werden, d. h. die Anträge auf Aufhebung des Kapitalerhöhungs-Beschlusses und die Vornahme von Neuwahlen zum Aufsichtsrat. Gegen diese Verfügung steht zwar der Verwaltung der Hibernia die Beschwerde bei dem vorgesetzten Gericht offen und wahrscheinlich wird auch von ihr dieser Weg beschritten werden, aber ob das etwas nützen wird, erscheint recht fraglich. Dagegen hat das Amtsgericht in Herne den weiteren Antrag der Dresdner Bank, daß, falls der rechtmäßige Vorsitzende die Uebernahme des Vorstizes in der Generalversammlung ablehnen sollte, ein Vertreter der Dresdner Bank an seine Stelle trete, abgelehnt. In Anbetracht des Einflusses, welchen der Vorsitzende auf die Leitung der Generalversammlung ausüben vermag, ist diese Abweisung für die Dresdner Bank ein arges Mißgeschick in ihren Kalkulationen.

Wird die Entscheidung des Amtsgerichts Herne nicht von der höheren Instanz umgestoßen, so wird voraussichtlich das Ergebnis der zum 22. Oktober einberufenen neuen außerordentlichen Generalversammlung sein, daß der Kapitalerhöhungs-Beschluß fällt. Und da weiter mit einiger Sicherheit darauf gerechnet werden darf, daß der Landtag, wenn auch nach einer gründlichen Kritik der Ungeschicklichkeit des Herrn Müller, die Uebernahme der im Besitz der Dresdner Bank befindlichen Hibernia-Aktien durch die preussische Regierung genehmigen wird, so erhalte damit diese bestimmenden Einfluß auf die Verwaltung der Hibernia-Gesellschaft. Jedes Glauben wird immer noch, daß es nicht bis zum offenen Kampf um die Herrschaft über die Geschäftsleitung kommen wird. Sieht die gegen die Verstaatlichung arbeitende Bankgruppe, daß für sie der Handel verloren ist, wird sie voraussichtlich ihren Widerstand aufgeben, zumal wenn die Regierung sich dazu verstehen sollte, eine öffentliche Zusage abzugeben, daß sie für die nächsten Jahre keine weiteren Gruben-Verstaatlichungen beabsichtigt.

Zusammenbruch einer Berliner Bank. Auf Betanlassung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I wurde gestern Abend die Bankfirma Ehrenberg u. Co., Ges. m. b. H., deren Geschäftsräume Zimmerstr. 100 Hagen, und deren Hauptinhaber Herr Eberholz in Etzlig ist, geschlossen. Eine Reihe selbstgeschlossener Spekulationen sowie Beteiligungen an wenig aussichtsreichen Unternehmungen haben dem an sich nicht großen Bankgeschäft den Todesstoß versetzt. Als neuerdings zahlreiche kleine Leute ihre Ansprüche geltend machten und nicht befriedigt werden konnten, schloß die Staatsanwaltschaft auf eine Anzeige, daß Depots angegriffen seien, das Geschäft und ordnete eine Revision der Bücher an. Die Firma war vor zwölf Jahren von dem Konful Ehrenberg auf sehr solider Basis gegründet worden. Nach seinem vor fünf Jahren erfolgten Tode vermagelte

sein früherer Socius Herr Eberholz die Firma in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Gadröhren-Syndikat. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, wurde in der vorgestrigen Versammlung des Gadröhren-Syndikats beschlossen, die Auflösung des Syndikats für Ende Dezember auszusprechen, falls nicht bis spätestens den 15. November eine Einigung mit den beiden außenstehenden Werken Theningen und Käfersburg, sowie mit der Firma Girsh u. Co. in Frankfurt erzielt worden sei. Auch soll, falls die Verhandlungen bis zum 15. Oktober kein Resultat haben, an diesem Tage eine weitere Preisherabsetzung in Kraft treten.

Der Versuch der Regierung, die Hibernia zu verstaatlichen, hat in der rheinisch-westfälischen Kohlen-Industrie ernste Befürchtungen vor weiteren Verstaatlichungs-Aktionen geweckt. Deutlich kommt dies darin zum Ausdruck, daß die Verwaltung der Graepener Bergbau-Aktiengesellschaft, wie die „Kölnische Zeitung“ vernimmt, von den Vorkundgebungen der Gesellschaft im Hinblick auf die Vorgänge bei der Hibernia die Erklärung verlangt hat, sie würde nicht ohne Vorwissen der Verwaltung geschäftliche Maßnahmen, welche die Gesellschaft betreffen, einleiten. Eine dahingehende Erklärung sei auch von allen in Betracht kommenden Banken und Bankhäusern gegeben worden. Es gehören dazu auch die Dresdner Bank und der A. Schaaffhausen'sche Bankverein.

Gelsenkirchener Bergbau-Aktiengesellschaft. In der heutigen Aufsichtsratsitzung der Gelsenkirchener Bergbau-Aktiengesellschaft wurden, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, die Einzelheiten für die Interessengemeinschaft mit dem Schalker Gruben- und Dütenverein und dem Aachener Hütten-Aktienerverein „Rote Erde“ endgültig festgesetzt. Die außerordentliche Generalversammlung, die über diese Maßnahmen sowie über die Erhöhung des Aktienkapitals beschließen soll, wurde auf den 29. Oktober anberaumt.

Soziales.

Ein Wort der Erkenntnis.

Der Bremer Verein für innere Mission hielt dort seine Jahresversammlung ab. Bei dieser Gelegenheit hielt der Baron v. Hegll eine Ansprache über das Thema: „Unre Brüder von der Landstraße“. Der Herr hat sich nicht ohne Ruhm für seine Einsicht mit dem Gegenstande beschäftigt. Er sagte in seiner Ansprache die wahren und eindringlichen Worte:

Es giebt ein Wort: Wer Arbeit sucht, der findet sie! Ein schändliches Wort! Ein Wort voller Luz und Trug, geeignet, das die Herzen zu verhärten. Ich sehe als Zeuge dafür ein, daß dies Wort eine Unwahrheit ist. Für einen Schlosser bin ich 3 1/2 Tag herumgelaufen, habe nichts andres gethan und habe keine Arbeit für ihn gefunden. Für einen andern Arbeiter in fünf Tagen nicht und für einen dritten habe ich endlich nach vielen Dittgängen eine Stelle gefunden. Auf der Landstraße, in den Feimen, den Hunger im Magen, die schlechten Sitten vor Augen, wie leicht wird da der Mensch verdoeben. 200 000 unserer Brüder stehen jeden Tag, den Gott werden läßt, auf der Landstraße, unre Brüder! — an Zahl mehr als Japaner auf dem Kriegsschauplatz, mehr als der Ruffe diesen Soldaten entgegenstellt, ein großes Heer, und im großen Publikum weiß man nichts davon.“

Und sagen die Worte natürlich nichts Neues. Aber daß sie an dieser Stelle ausgesprochen wurden, das ist ganz anerkennenswert. Nur sollten die Leute aus bürgerlichen Kreisen, die solche Erkenntnisse gewonnen haben, dafür sorgen, daß sie nicht bloß auf den kleineren Kreis einer Versammlung für innere Mission beschränkt bleibt, sondern daß sie der großen Deffektivität des Völkertums vermittelt wird. Und dann muß man aus solcher Erkenntnis, wenn sie Wert haben soll, auch Konsequenzen ziehen. Mit Bettelstuppen ist dem Elend der Arbeitslosigkeit nicht abzuhelfen. —

Die Generalversammlung der internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterchutz nahm am Mittwoch Kommissionsberichte entgegen. Ueber Nachtarbeit Jugendlicher berichteten Strohl-Paris und Kaufmann-Vern. Nach vorheriger Prüfung durch die Landes-sektionen soll die Dringlichkeit der Befestigung der Nachtarbeit der Hauptgegenstand der nächsten Tagung sein. Pic-Vhon und Pieper-Bladbach referierten über Heimarbeit. Der Einfluß des Arbeiterschutzes auf Entwicklung der Hausindustrie und die Mißstände in der Heimarbeit sollen in Specialuntersuchungen studiert werden.

Ein Konflikt.

Ein preussischer Ministerialerlaß, der in Ausführung von Bundesratsbeschlüssen ergangen ist und den einheitlichen Erlaß von Verordnungen zur Regelung des Verkehrs mit „Gehemimitteln und ähnlichen Arzeneimitteln“ betrifft, war auch vom Ministerialdirektor Förster in Vertretung des preussischen Kultusministers unterzeichnet worden. Nach dem Erlaß sollen die Oberpräsidenten Verordnungen erlassen, die nach einem vom Bundesrat vorgeschlagenen Schema den Verkehr mit den genannten Mitteln gewissen Beschränkungen unterwerfen. Es sind ihm zwei Listen derartiger Mittel, die der Bundesrat feststelle, beigegeben. Aufgeführt ist unter andern das Djerat Boners, ein Mittel gegen Juckkrankheit. Der Erfinder und Fabrikant des Mittels, Chemiker Bauer, hat nun gegen den Ministerialdirektor Förster die Zivilklage angestrengt und beantragt, Direktor Förster für verpflichtet zu erklären, den Schaden zu ersetzen, der ihm durch die Bezeichnung des Djerats als eines der erwähnten Mittel schon entstanden ist und noch entstehen wird. Kläger bestrittet, daß es ein solches Mittel sei. — Der Kultusminister erhob zu Gunsten des Direktors Förster den Konflikt und beantragte die Einstellung des Prozessesverfahrens. Es wurde dargelegt, daß der Bundesrat das Djerat erst nach genauer Nachprüfung auf die Liste gesetzt hatte, daß z. B. erst der Reichs-Gesundheitsrat gehört worden war. — Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet und erkannte auf Einstellung des Verfahrens gegen den Beklagten Förster. Es sei ihm nicht vorzuwerfen, daß er die Sorgfalt der Prüfung, die durch sein Amt geboten war, unterlassen habe. Es falle ihm eine Unterlassung einer Amtshandlung nicht zur Last. Das Gericht ging davon aus, daß den Unterzeichner des Ministerialerlasses, der die Ausführung von Bundesrats-Beschlüssen sei, die sorgfältige Prüfung im Bundesrat schähe.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. Jabel über „Schulhygiene“. Die Eltern der Arbeiterkinder dürfen diesen Vortrag nicht verjümen, es ist unbedingt notwendig, daß sie sich klar über die Forderungen an die Schule auch in gesundheitlicher Beziehung werden. Gäste sehr willkommen.

Die Zahlstellen des Vereins, in welchen auch neue Mitglieder aufgenommen werden, befinden sich bei Frau Franke, Noabit, Gogolowstraße 13, Frau Kottsch, Kopenstr. 81, Frau Kühnemann, Wöbberstraße 21, Frau Reink, Litzauerstr. 15, Frau Schulz, Wrangelstr. 105, Frau Steinkopf, Schneiderstr. 34.

Eingegangene Druckschriften.

Sibirien, das Amerika der Zukunft. Nach John Foster Peckers The Real Siberia von Dr. A. Gleiner. Großformat 80 S. 2 Ausgabe 4 u. 5 Tausend. R. L. — Stuttgart 1904. Verlag Robert Lutz.

Das Arbeiterrecht von Arthur Städtgen. Komplet in 28 Hefungen a 32 Seiten. Preis pro Hefung 20 Pf. Alle Woche erscheint ein Heft. Heft I ist soeben erschienen.

Dr. W. Girshfelds. Jahrbuch für soziale Wissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Homologik. 6. Jahrgang. Leipzig 1904. Verlag Ruz Spoyt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 29. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Der fliegende Holländer.
Neues königl. Opern-Theater.
König Heinrich V.
Deutsches Volkstheater.
Berliner. Japantreich.
Festung, Dramulus.
Die Fleckmaus.
Thalia, Der Hühnerfänger.
Central, Tannhäuser-Parodie.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
John Gabriel Borkman.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-
theater). Die Kreuz-
schreiber.
National, Der Troubadour.
Welle-Alliance, La Peur.
Deutsche Volksbühne, Die Räuber.
Neues, Selen.
Kleines, Nachtsyl.
Reisden, Eine Hochzeit.
Casino, Mutter Gräbert.
Trianon, Ihr zweiter Mann.
Luise, Mein Leopold.
Metropol, Ein tolles Jahr.
Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n
großen Teich.

Apollo, Berliner Luft.
Palast, Vom Himmel zur Hölle.
Specialitäten.
Herrnfeld-Theater, Nur eine Nacht.
Im andern Morgen.
Wintergarten, Specialitäten.
Reichshallen, Steintiner Säger.
Passage-Theater, Diba, Special-
itäten, Anfang 8 Uhr.
Urania, Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Im
Bannkreis der Jungfrau.
Taubenstraße 57/58, Stern-
warte, Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Central-Theater
Heute Anfang 7 1/2 Uhr.
Tannhäuser.
Operette in 3 Akten von Carl Binder.
Freitag: Der Jägerbaron.
Sonntag: Die schöne Helena.
Sonntagabend: Der Jäger-
baron, Abends: Die Weisheit.

Luisen-Theater.
Mein Leopold.
Freitag: Wohlthatigkeitsvorstellung.
Gastspiel der Königl. Hofkapelle
Rosa Poppe und des königl. Schau-
spielers Maximilian Bernad. Sappho.
Sonntag: Heilmanns Todter.
Sonntagabend: Romeo und Julia.
Abends: Mein Leopold.

Deutsche Volksbühne.
Carl Welt-Theater, St. Franz, Str. 132.
Die Räuber.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Genoveva, Sonntagabend
zum Besten der Pensionärin der
Bühnengemeinschaft: Klar zum Ge-
recht. Sonntagnachm.: Die Räuber.

Deutsch-Amerikanisches
Theater, Köpnickstr. 67.
Sonntagabend: Gastspiel Adolf Philipp.
"Ueber'n grossen
TEICH."
Anfang 8 Uhr.
Aufführung Ende 10 Uhr 30 Min.
Sonntag, 2. Okt., nachm. 3 Uhr:
"Ueber'n grossen Teich."

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
(Une Nuit de Noce).
Schwan in 3 Akten von G. Kéroul
und H. Barre.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.

Casino-Theater
Lofspringerstr. 37, Anf. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2
Einziges Theater Berlins
im Genre der alten Wallner-Bühne.
Mutter Gräbert.
Vollständ. m. Ges. in 3 Akten v. Hefflinger.
Vorher der erstklassige Dünke Teil.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der Donnant.

Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrich- und
Univ.-Friedrichstraße.
Ihr zweiter Mann.
Lustspiel in 3 Akten von André Esploane
und Maurice Kéroul.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Sonntag, 1. Oktober:
Eröffnungs-Vorstellung:
Ein wahrhaft guter Mensch.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Bender, Josephi, Grünfeld, Fried-Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Zum 200. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dram.-ant. Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

**P. CASTAN'S
PANOPTICUM.**
Friedrichstr. 165.
Rosa
das gelehrte Pferd!

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

National-Theater
Weinbergsweg 12a-13b.
Donnerstag, den 29. September u.
Eröffnungs-Vorstellung:
Der Troubadour.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Der Troubadour.
Sonntag: Der Wüchling.

Apollo-Theater.
9 Uhr:
Berliner Luft.
Burleske von Benno Jacobson.
Musik von Paul Lincke.
Vorher 8 Uhr: Die grandiosen
September-Specialitäten.

**Gebäude
Herrnfeld-Theater**
Zum 199. Male
der größte Herrnfeld-Schlager
Nur eine Nacht.
2 Akte aus einer Ehe
und
Am andern Morgen.
Nachspiel zu "Nur eine Nacht" mit
Anton und Donat Herrnfeld in den
Hauptrollen.
Anfang - auch Sonntag - 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
III-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Der rechte Schlüssel.
Schauspiel in 4 Akten von Fr. Stahl.
Nach der Vorstellung: Ball.
Anf. 8 Uhr. Entree 30, nam. 21, 50 Pf.
Sonntag, den 2. Oktober, zum
zweitenmal: Der rechte Schlüssel.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Brunnstr. 16.
Gewonnene Herzen.
Vollständ. mit Gesang von D. Müller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag zum letztenmal: Der
Galeriesteuer.

Scala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Löwys Duell.
Woffe mit Gesang in einem Akt,
lowie
30 internation. Specialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Otto Pritzkw's
Abnormalitäten - Ausstellung
Münzstr. 16, am Alexanderpl.
**Feodora, das Weib mit
den Löwentaten.**
Lebend! Lebend!
32 Jahre alt, 70 cm. groß.
Charlestro, das rätselhafte
medizinische Wunder.
Nada und Memos,
Gedankenleser.
Eintritt 10 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger
Reisel, Pietro, Britton,
Stein, Böhm, Wälder,
Sachmann, Walden,
Schrader).
Anfang:
Freitag 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Freitagabend 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Sonntagabend 8 Uhr:
Reu einstudiert;
In Behandlung.

Kleines Theater Neues Theater.
Streikende Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Nachtsyl.
Freitag: Nachtsyl.
Sonntag: Das Pastors Rieko.
Sonntag: Nachtsyl.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73, Direktion: Kren & Schönfeld, Belle-Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weiberkönig.
Große Ausstattungsspiel mit Gesang
und Tanz in 4 Akten.
(Guido Tierscher, Lina Abarbanell,
Fritz Helmerding, Josephine Dora
in den Hauptrollen.)
Sonntagnachm. 3 1/2: Charleys Tante.

**Freie Volksbühne
Herbstfest**
Sonntag, 8. Oktober, in der Brauerei Friedrichsbain.
Mendelssohn-Beethoven-Abend.
Berliner Tonkünstler-Orchester, Dirigent Carl Vach.
U. a. Konzert E-moll für Violine. — Solist Konzert-
meister Alfred Wittenberg.
Festmarken (a 60 Pf. mit Programm) in allen
Zahlstellen zu haben.

Die Vorstellungen müssen eine halbe Stunde
früher als im Vorjahre: pünktlich um
2 1/2 Uhr beginnen. Die Mitglieder werden dringend
gebeten, 2 1/2 Uhr spätestens zu erscheinen.
Sonntag, den 2. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr:
5. Abteilung. 2. Abteilung.
Götz von Berlichingen. Die Komödie der Liebe.

General-Verfammlng
heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Tagesordnung: Vortrag, Herr Simon Katzenstein
über: Das Verbrechen im Drama. Geschäfts-
bericht des Vorstandes, Diskussion und Verschiedenes.
229/14
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Flotten-Schauspiele
verlängert und Preise herabgesetzt. 35/3
Grösste Wasserschauspiele der Welt!
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 u. 8 Uhr, Sonntags 3, 5 1/2, u. 8 Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Cirkus Busch.
Die berühmte franz. Reiterfamilie
Léousson. "Chips", Sprung über
6 Pferde mit Reiter. "Isako", get.
von Herrn Burkhardt-Footit. Herrn
Ernst Schumanns Original-Dressuren.
15 Polarbären von E. Henrikson.
Südwest-Afrika.
Elefant-Schauspiele.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Nehm. Wochent. 5, Sonntag 3 Uhr.
die Erschaffung
eines Weibes
aus dem Nichts.
Dida
Pocahuntas, die indische
Jean Paul, Komiker.
Lucio Verdier, Vortragskünstl.
14 erstklassige Nummern.

Palast-Theater.
Bürgerliche Schauspiele.
Furgstr. 22.
Vom Himmel zur Hölle.
Große Ausstattungsspiel mit Gesang
und zwei Balletts.
Jupiter: Direktor R. Winter.
Vorher das immense
Specialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Freitag, den 30. September:
Zweiter großer Elite-Abend.
Don Carlos.
Unter Mitwirkung namhafter Kräfte.

**Weimanns
Volksgarten-Theater.**
Badstraße 56, Gesundbrunnen.
Nächste Vorstellung: Sonntag, 2. Okt.
Bestellungen auf Abonnements und
bestimmte Plätze werden täglich im
Bureau zwischen 10-1 Uhr entgegen-
genommen.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.
Freitag, den 30. Sept.: Benefiz-
Vorstellung der dortigen Nord-
deutschen Säger.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Haarleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Münchener
Bürger-
Bräu.**
Braun- u. Hellquell.
Special-Ausschank
Niederwallstraße 25
(nächst dem Spittelmarkt).
Oekonom
Lambert Meixner.



Eröffnung
Dienstag,
den 27. September.

**Gustav
Behrens
Specialitäten-
Theater,**
Frankfurter-
Allee 85.
Neu! Geschwister Rafael, die schönen
Stolzermännchen. Neu! Mr. Huson,
Eccentric-Spatenlänger. Neu! Sal-
vator & Selma, Straßencouillibren auf
lebendem Viehdal. Neu! Original-
Koch. Außerdem die übrigen erst-
klassigen Specialitäten.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen
jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag, Sonntag.

Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:
Tanz.

Sanssouci.
Kollhofer Thor - Stal. der Hochbahn.
Donnerst., Sonnt., Mont.:
Hoffmanns Nordt. Säger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.
Vorherbereitung:
Kaiser Josef II. und die
Schulertochter.

**WINTER
GARTEN**

Pas de Deux oriental.
Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Rudolf Segommer, Ventriloquist.
Severin und Mils. Dorville in der
Pantomime "Der Trunkenbold".
Harmony Four, Gesangsquartett.
Nirvana, lebende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Jane Pernyn, Pariser Sägerin.
Die 6 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Asahis, japanische Akrobaten.
Die 3 Meteors, Hochturner.
Biograph, darstellend d. Ringkampf
zwischen Hackenschmidt u. Jenkins.

Vereine. Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für Gesang-
vereine. Neues Pianino. Tischtennis. 39. I. Etage,
Karl Grosser. (Zwischen Bahnhöf Böfse und
Alexanderplatz.) Telefon: Amt III, 1813. Vertretung des Verbandes
deutscher Gastwirtschaften. 2172*

Ausnahmepreis!

Reichgestickte
abge-
paßte
Portieren
Die
komplette Dekoration
(bestehend aus 2 Flügeln und
1 Querbehäng)
in Plüsch 10⁵⁰ (Wert
16,00)
in Wollserge 7⁵⁰ (Wert
10,50)
in Victoriaturch . . . 8²⁵ (Wert
13,50)

Eine Partie Wollportieren
mit allerliebster Blumenkante
per Shawl 2 Mark.
Teppich-Special-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstraße 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Pracht-Katalog
etwa 600 Abbildungen
gratis u. franco.
Extra billig!
div. Teppiche
mit kleinen Webfehlern!

Spar- u. Produktiv-Genossenschaft
Berlin-Rixdorf in Liquidation.
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftpflicht.
Durch Generalversammlung-
Beschluss vom 29. August und
12. September a. e. ist die
Genossenschaft in Liquidation
getreten. Wir fordern hiermit
die Gläubiger auf, ihre Forde-
rungen einzureichen.

Die Liquidatoren.
H. Kunze, L. Breslauer,
C. Gehrman.
Wir ersuchen dringend, zwecks
Feststellung des Anteils jedes
eingetragenen Genossen, daß alle Mit-
glieder umgehend das Mitglieds-
buch in den Verkaufsstellen ab-
geben. Die Rückgabe derselben
erfolgt vom 30. Oktober ab wieder
ebenda.

Die Verteilung des Vermögens
der Genossenschaft darf erst nach
Beendigung der Liquidation er-
folgen. Auch diejenigen, die ihre
Rückbildung eingereicht haben und
mit dem 30. September d. J.
auscheiden, dürfen laut § 75 des
Genossenschafts-Gesetzes ihr Gut-
haben erst nach Beendigung der
Liquidation ausbezahlt bekommen.
1672
D. O.

Möbelverkauf!
In meiner Möbelfabrik, Wollan-
straße 15, am Gassenende Thor, stehen
viele Wohnungs-Einrichtungen, ver-
siehen gemischt und neue Aus-
stattungen zum sehr billigen Verkauf.
Teilzahlung bei ganz geringer An-
zahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Durch große Gelegen-
heits-Einkäufe zu billigen Preisen
liefern ich gediegene Einrichtungen
für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-
elegante von 500 bis 1000 Mark.
Ganz besonders empfehlenswert ist der
große Bestand reicher geschmeckter
zurückge-ter Möbel, die noch fast neu
und in sehr gute bedeutend herabgesetzt
sind. Preis 24, Rommode 18,
Sofa, Ausstattung 30, Bettstelle mit
Matratze, Tischschreibtisch, Vertikal-
schrank, garnitur, Blüschgarnituren
105, 2, Bettstellen mit Matratzen
40, ge-richte Büffels, Bücherpinne,
Vanter gas mit Sattelstühlen 55,
Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische
Schlafsimmern, Spielzimmer, Salons,
auch Jugendstil, sehr billig. Gelaufte
Möbel werden 3 Monate kostenfrei
aufbewahrt, durch eigne Gespanne ge-
liefert. Musterbuch gratis. 2192*

Extra-
Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Donnerstag
Freitag
Sonnabend
soweit der Vorrat reicht:

Glas

Bierbecher mit Goldrand 7 u. 9 Pf.
Citronenpressen 9 Pf.
Sturzflaschen 34 u. 38 Pf.
Butterdosen gepresst 22 Pf.
Käseglocken gepresst 38 Pf.
Wassergläser 4 u. 5 Pf.

Hyazinthengläser
weiss und farbig
7, 9, 23, 27, 38 Pf.

Pressglasgarnitur

Olivenpressung
Salatieren 8 bis 45 Pf.
Kompotteller 7 u. 10 Pf.
Butterdosen 35 Pf.
Käseglocken 48 Pf.
Fruchtschalen mit Fuss 1.10 Mk.
Kuchenteller 35 u. 45 Pf.

Biertulpen Kristall 30 Pf.
Neuheit! mit Münchner Kindl

Trinkgarnitur

„Schleifenmuster“
Rotweingläser 25 Pf.
Weissweingläser 25 Pf.
Portweingläser 23 Pf.
Bowlegläser 30 Pf.
Likörgläser 20 Pf.
Sektkelch 30 Pf.
Wasserbecher 20 Pf.
Selterbecher 20 Pf.
Sektchale 33 Pf.
Bierbecher 20 Pf.
Biertulpen 33 Pf.

Grosser Posten glatte Kristallgläser

Rotwein-, Weisswein-, Bowlen-, Sekt-, Bierbecher 17 Pf.
Portwein-, Likör-, Wassergläser 13 Pf.

Porzellan

weiss:
Speiseteller flach 13, tief 15 Pf.
Dessertteller 10 Pf.
Kompotteller 7 Pf.
Terrinen 1.25 u. 1.50 Mk.
Kartoffelschüsseln 75 Pf.
Salatschüsseln 30 bis 60 Pf.
Saucieren 45 Pf.
Bratenschüsseln 28 Pf. b. 1.20
Bratenschüsseln rund 45 Pf.
Teekannen 30 Pf.
Milchtöpfe 6 Pf.
Zuckerdosen 5 Pf.

Tassen 10 Pf.
Kannen ca. 2 Ltr. Inhalt 50 Pf.

bunt:
Kaffeeservice für 6 Pers. 2.15 u. 3.25
Kaffeeservice für 12 Pers. 7.50 Mk.
Tafelservice für 6 Pers. 16.50 Mk.
Tafelservice für 12 Pers. 32 und 48 Mk.
Satztöpfe 4 Stück 45 Pf.
Tassen 10 u. 20 Pf.
Teller dekoriert, tief u. flach 22 Pf.
Broteller mit blauem Rand 15 Pf.
Aufschnittplatten 30 bis 50 Pf.

Steingut

Vorratstonnen 28 Pf.
Tassen blau 13, bunt 17 Pf.
Spülschalen 8 Pf.
Würstchendosen 1.20, 1.50
Waschschüsseln 30 Pf.
Salatieren Satz 7 Stück weiss 95, blau 1.50
Salatieren Satz 4 Stück farbig 42 Pf.

Waschgarnituren 1.90, 5.90, 7.50, 8.50, 9.50

Majolika-Blumenkübel 1 Mk. 1.20, 1.60, 2.25, 3.75 Mk.

Emaile-Geschirre

Schmortöpfe ohne Ring 6 Grössen 45 Pf. b. 1.10
Schmortöpfe mit Ring 4 Grössen 60 Pf. b. 1 Mk.
Kasserollen ohne Ring 9 Grössen 20 bis 90 Pf.
Kasserollen mit Ring 5 Grössen 45 bis 95 Pf.
Pfannen rund 7 Grössen 20 bis 60 Pf.
Pfannen lang 12 Grössen 90 Pf. b. 3 Mk.
Fischkocher lang und oval 4 Grössen 2 bis 3.25
Reis- u. Kartoffelkocher 4 Gr. 1.30 bis 2 Mk.

Wasserkessel ohne Absatz 5 Grössen 65 Pf. b. 1.20
Wasserkessel mit Absatz 5 Grössen 75 Pf. b. 1.40
Gaskochertöpfe mit Deckel 4 Grössen 60 Pf. b. 1.25
Maschinentöpfe weiss 20 Pf.
Kaffee Kannen 6 Grössen 40 Pf. b. 1.20
Schüsseln tief 10 Grössen 35 bis 90 Pf.
Schüsseln flach 8 Grössen 28 Pf. b. 1.35
Schüsseln länglich 5 Grössen 25 bis 60 Pf.

Essnäpfe 6 Grössen 15 bis 40 Pf.
Teller flach oder tief 5 Grössen 10 bis 20 Pf.
Schaffnerkannen 3 Grössen 32 bis 45 Pf.
Scheuergarnituren marmoriert mit 3 Bechern 1.65 Mk.
Seifenhalter mit Haken 13 Pf.
Eimer dekoriert mit Deckel 2.10 u. 2.40
Eimer 28 cm grau 65 Pf., hellblau 80 Pf., marm. 85 Pf.
Wannen rund 1.15 bis 1.25, oval 1.30 bis 4 Mk.

Wirtschafts-Artikel

Waschtische dunkel lackiert geschlossen mit Ventilschlüssel 15 Mk.
Waschfässer Zink 3 Grössen 7.75 b. 10.50
Waschfässer mit Wulst 3 Grössen 9.75 b. 13 Mk.
Waschzuber Zink 2 Grössen 9 und 11 Mk.
Wringmaschinen 2 Grössen 9.50 u. 10.50
Wäscheleinen 3 Längen 1.50 bis 3.10
Wäscheklammern Schock 10 Pf.
Gardinenspanner Hochsteller 11.50
Wäschetrockner 1.25 Mk.
Ascheimer 4 Grössen 40 bis 90 Pf.
Kohlenkasten 3 Grössen 90 Pf. b. 1.25

Leuchter lackiert 25 Pf.
Vorratsdosen Delftdekor. 25 Pf.
Briefkasten 35, 55, 75 Pf.
Fruchtpressen 80 u. 90 Pf.
Werkzeugkasten 1.25 und 2 Mk.
Kleiderbügel lackiert 20 Pf.
Hosenstrecker lackiert 50 Pf.
Putz- u. Wichskasten 42 u. 80 Pf.
Handtuchhalter m. Schildern und Stange 2.25 Mk.
Teppichkehrmaschinen 8 Mk. bis 12.50

Nickelwaren

Kaffee Kannen 2.65 u. 3.50 Mk.
Sahnengiesser 1.50 u. 1.75 Mk.
Zuckerdosen 1.50 u. 1.90 Mk.
Tablets mit Majolika-Einlage 2.25 u. 2.75 Mk.
Tablets mit Griffen oval 85 Pf.
Tafelleuchter 40 und 70 Pf.
Verdampfschalen für Ofen 90 Pf.

Lampen etc.

Küchenlampen 4 Sorten 50 Pf. b. 1.20 Mk.
Tischlampen 4 Sorten 2.50 bis 4.50 Mk.
Gascylinder mit Stempel 70 Pf.
Gasanzünder mit Stab 50 Pf.
Gasanzünder für Cylinder 50 und 60 Pf.
Spiegelleuchter 3 Sorten 32 bis 80 Pf.

Petroleum-Heizöfen
mit vornickelter Verdampfschale 13.50 u. 14.50 Mk.

Möbel

Stühle Nussbaum poliert 4.25 Mk.
Walzenstuhl mit Nussbaum furniert Sitz 5.25 Mk.
Muschelstuhl mit Nussbaum furniert Sitz 6.50 Mk.
Paravents 3 teilig mit Stoffbezug 7.50 Mk.
Flurgarderobe 18.75, 36 Mk.
Amerik. Bauertische mass. Nische 8.50

Bettstellen

Polsterbettstellen 6.50, mit Dreilberug 8.25, mit Sprungfed. 14.50
Eisern. Bettstellen m. doppelt. Spiralfod. 6.40, bronz. 8.50, mit Rollen 10 Mk.
Eiserne Bettstellen mit doppelt. Spiralfod. besonders stark 12.50
Eiserne Bettstellen schwarz lackiert mit Stahlsprungfeder-Matratze 18 u. 24.50
Eiserne Bettstellen mit reicher Messingverzierung 32 u. 39 Mk.

Ein Bild des Grauens.

Die grausige That des Arbeiters Thomas Seufert, der am 28. Februar sein eignes Kind hingschlächtet hat, beschäftigt gestern das Schwurgericht am Landgericht I. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Bonhoff, die Anklage vertrat Staatsanwalt Rohde, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Görres. Die Ehe des Angeklagten wurde in einem Bräutrammeller inszeniert. Er war kinderloser Witwer, der 700 M. sein eigen nannte, sie war Wäscherin, die nicht ungern hörte, daß der Witwer sich wieder verheiraten wollte, die Bräutrammhändler vermittelten die Bekanntschaft der beiden, diese gefielen sich und so kam im Jahre 1901 die Ehe zu stande. Die Frau brachte ihm ein unehelich geborenes Söhnchen, den jetzt siebenjährigen Arthur, mit in die Ehe, verführte ihn aber das Vorhandensein einer jetzt siebenjährigen unehelichen Tochter, und wenn diese zu Besuch kam, galt sie als die Nichte der Frau. Schon einige Wochen nach der Eheschließung zog der Unfriede ins Haus und blieb darin als unliebbarer Gast. Es kam häufig zu Hänkereien und Streitereien, die manchmal einen sehr heftigen Charakter annahmen. In einem Fall hat der Angeklagte die Füllung seiner Wohnungstür geritzelt, in einem andern Fall hat er seine Frau und diese ihn verprügelt. Er wohnte in der Pappelallee 38, war bei einem Dachbeder beschäftigt und verrichtete in seinem Hause die Dienste eines Portiers. Nach seinen Angaben im geistigen Termin, deren Richtigkeit nicht zu kontrollieren war, da seine Frau von dem Recht, ihr Zeugnis zu verweigern, Gebrauch machte, habe ihm seine Ehefrau seine Händlichkeit zur Hölle gemacht. Außer dem siebenjährigen Arthur war noch ein in der Ehe geborenes Söhnchen im Hauskande. Wie der Angeklagte, der Grund zur Eifersucht zu haben glaubte, behauptet, hat ihn seine Frau mit diesem Mädchen, das er sehr lieb gehabt habe, oft geärgert, indem sie ihn verspottete und ihm immer wieder sagte: er solle sich nicht einbilden, daß das Kind von ihm sei. Er habe sich über solche Reden ganz besonders geärgert, da er fest davon überzeugt sei, daß er der Vater des Kindes sei. Er habe seiner Frau allwöchentlich fast seinen ganzen Verdienst abgegeben, sie habe ihn aber sehr schlecht versorgt und in der empörendsten Weise ihm beinahe täglich ihre Abneigung gezeigt. Diese sei so weit gegangen, daß sie häufig den Wunsch ausgesprochen: er möchte doch bloß mal vom Dache stürzen und tot liegen bleiben, dann würde sie zu einem andern Manne ziehen. Ende Februar war der Unfriede besonders groß. Seufert soll schon am 22. Februar, als wieder eine heftige Scene sich abgespielt hatte, Drohungen ausgesprochen und gegen das kleine Söhnchen Verdrub gewütet haben. An demselben Abend gab es wieder Streit und als die Frau mit dem kleinen Kinde weg ging, lief er ihr auf die Straße nach, suchte ihr das Kind zu entreißen und soll dabei ein Messer schwingend, gesagt haben: „Jetzt werde ich ein Mörder!“ Die Frau schrie um Hilfe und da schlug ein aus dem Stillerst hinziehender Mann den Angeklagten zu Boden. Auf Zurufen des Hauswirts vertugten sich die Eheleute wieder, der Friede dauerte aber nur bis zum 26. Februar. An diesem Tage war die Frau mit dem Mädchen in den Germania-Ausgang gegangen und der Angeklagte hatte sie dort aufgeschloßt. Die Frau setzte sich aber nicht zu ihm, und als er ihr sein Bier anbot, wies sie ihn mit den Worten zurück: „Ich trinke nicht mit Dir!“ Das kleine Mädchen spielte mit dem Pockemonnaie der Mutter, und als dabei das Portemonnaie aufging, glaubte er darin einen Ring zu bemerken, von dem er bis dahin keine Ahnung hatte. Das erregte seinen Verdacht und die Sache ging ihm im Kopf herum, namentlich, als er allein nach Hause ging, um das Gas anzuzünden und sich dann brütend in seine Wohnung begab. Er ließ sich dort von seinem Sohn für 10 Pf. Schnaps holen, den er austrank, und setzte sich nieder, um die Zeitung zu lesen, während die beiden Kinder in das gemeinschaftliche Bett gingen. Trudchen schlief bald ein, der siebenjährige Arthur aber konnte nicht schlafen und hörte von seinem Bett aus, was im Nebenzimmer vor sich ging. Die Mutter war nach Hause gekommen und hatte sich gleichfalls zum Zeitunglesen niedergesetzt, dann war es wieder zu Streit gekommen, dessen Mittelpunkt der Ring bildete. Die Mutter erklärte dem Vater, daß das, was er für einen Ring angesehen, der Schlüssel zu ihrer Nähmaschine gewesen sei. Da der Angeklagte sich hierbei nicht beruhigen wollte, ging die Frau wiederum aus der Wohnung. Der Angeklagte legte sich darauf ins Bett. Nach kurzer Zeit sah der Knabe den Vater wieder aufstehen. Er ging in die Küche, nahm ein Messer, wechte es auf einem Schleifstein, den er unter dem Küchenspinde hervorholte und trat dann wieder in das Zimmer zurück. Mit Entsetzen sah der Knabe, wie der Vater mit dem Messer in der Hand an das Bett herankam und hörte, wie er, vor dem Mädchen stehend, sagte: „Trudchen, Deine letzte Stunde ist gekommen!“ Der geängstigte Junge stahl sich aus dem Bett, floh um den Vater herum in die Küche und auf den Flur und durch das Haus gellte sein Angstschrei: „Mutter! Mutter! Vater ist mit dem Messer am Bett!“ Da stürzte die Mutter, so schnell sie die Füße tragen konnten, die Treppe hinauf, und als sie die Küche ihrer Wohnung erreicht hatte, trat ihr der Angeklagte entgegen, und mit den Worten: „Da hast Du Dein Kind“ überreichte er ihr das von ihm auf ein Kopfschiff gelegte unglückliche Trudchen, welches bereits tot war und eine furchtbare Schnittwunde am Halse zeigte. Der unmenschliche Vater hatte dem Kinde mit dem Messer eine einzige tiefe Verletzung beigebracht, die 7 Centimeter lang war und 4 Centimeter weit auseinander klaffte. Die Luftströhre war glatt durchschnitten und der Schnitt war so tief, daß auch die eine Zwischenwirbelscheibe noch getroffen war. Die Mutter brachte das Kind unter lautem Wehgeschrei zur Unfallstation; dort konnte aber nur der Tod konstatiert werden. Als die Polizei kam führten Nachbarn mit in die Wohnung und schlugen in ihrer Empörung auf den Angeklagten ein, den die Schenkelle vor dem Wälzen einer Duschschüssel schütten mußten. — Der Angeklagte ist nach dem Zeugnis der Polizeibeamten ganz ruhig und ohne ein Wort zu sagen, zur Wache gegangen, hat kein Zeichen, daß aus Trunkenheit schliefen lieg, gegeben, hat auch anfänglich seine Unschuld ohne weiteres zugegeben und erst als der Polizeileutnant auf die Strafe hinwies, die auf Mord steht, behauptete er, daß er das Kind nicht habe töten, sondern nur verletzten wollen. Dabei blieb er auch im geistigen Termin der nur auf Totschlag lautenden Anklage gegenüber. Mehrere Zeugen stimmten darin überein, daß der Frau die Hauptschuld an den ewigen Hänkereien zugemessen sei. — Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme gaben die Geschworenen ihren Wahspruch auf schwere Körperverletzung mit tödlichem Erfolge unter Jubilation von mildernden Umständen ab. Der Staatsanwalt beantragte das höchste zulässige Strafmaß — fünf Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis, wovon vier Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Parteigenossen und Parteigenossinnen Berlins! Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, findet in allen Kreisen Berlins die Berichterstattung vom Parteitag in Bremen statt. Wir ersuchen um zahlreiche Beteiligung an diesen Versammlungen. Die sozialdemokratischen Vertrauensleute.

Erster Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der 2. Kassierer D. Waghänger nach Brunsen-Allee 82 verzogen ist. Die Poststelle, welche sich in seinem früheren Lokal befand, ist jetzt bei Aug. Löwenstein, Straßburgerstr. 26.

Lokales.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen.

Von den beiden Wahlbezirken dritter Abteilung, in denen eine Stadtverordneten-Erswahl notwendig geworden ist, wird der 30. Bezirk sich auf einen recht lebhaften Wahlkampf gefaßt machen müssen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits im vollen Gange. Während im 22. Bezirk (Große Frankfurterstraße und Umgegend) bisher noch alles still geblieben ist, werden im 30. Bezirk (Große Hamburgerstraße und Umgegend) die Parteien mit der Auffstellung ihrer Kandidaten bald fertig sein. Zuerst ist die Sozialdemokratie auf dem Kampfbahnen erschienen und hat unsern Parteigenossen Johannes Sassenbach den Wählern als Arbeiterkandidaten präsentiert. Sassenbach, der schon bei den Stadtverordneten-Wahlen von 1899 im 30. Bezirk kandidiert hatte, aber damals noch dem Freisinn unterlegen war, ist am Freitag voriger Woche in einer sehr stark besuchten öffentlichen Wählerversammlung über die wir in der Sonnabend-Kummer berichtet haben) einstimmig von neuem als Kandidat aufgestellt worden. Als zweite rückt nun die sogenannte Bürgerpartei an und empfiehlt den antisemitischen Rechtsanwalt Ulrich, der schon mal zwei Jahre hindurch für einen Noabiter Wahlbezirk Stadtverordneter war, aber Ende 1901 einem Socialdemokraten Platz machen mußte. Am Dienstag ist in einer öffentlichen Wählerversammlung, die nur spärlich besucht war, seine Kandidatur von seinen Freunden proklamiert worden.

Die Bürgerpartei, die in der Stadtverordneten-Versammlung in den 30er Jahren eine ganz stattliche Fraktion gebildet hatte, hat im Herbst 1901 ihre vorletzte, im Herbst 1903 ihre letzte Säule im roten Hause fallen sehen, besagten Rechtsanwalt Ulrich und den Fabrikanten Prezel. Sie konnten nun eigentlich „genug haben“, aber ihre Führer glauben noch einen Wiederbelebungsversuch machen zu sollen. Hierzu haben sie sich den 30. Bezirk ausersehen, weil sie diesen einmal besessen haben. Er wurde ihnen später durch den Freisinn wieder abgenommen, aber sie rechnen stark darauf, daß sie ihn jetzt, nachdem der Platz durch den Tod des freisinnigen Mandatnehmers frei geworden ist, zurückerobert werden. In der Versammlung am Dienstag suchte Herr Prezel zu zeigen, bei welchen Fragen einer der Seinen im Stadtparlament „unentscheidlich“ gewesen sei bezw. sein werde — als Beispiele besprach er in anmutigstem Durcheinander: „Linden“-Reitweg, Straßenschmüdung bei Fürstendörfern, Straßenhandel, Warenhäuser, Gaspreise, Straßenbahn, Elektrizitäts-Gesellschaft, jüdische Lehrer und Lehrerinnen, Hergabe von Schulräumen an Vereine — und dann versicherte er, mit Hilfe des 30. Bezirks werde sich die Sache machen lassen. Herr Ulrich fügte hinzu, es handle sich hier um keine Wahlkandidatur. Es solle mit aller Kraft gekämpft werden, und der Kampf sei aussichtslos. Wer nach der Zahl der Versammlungsteilnehmer urteilen will, wird dem hoffenden Ulrich nicht beipflichten können. Trotz Einladung durch Zeitungen, Säulenanschläge und Briefe waren nur 60 Mann gekommen. Man wird indes gut thun, sich durch den täglich schwachen Besuch der Versammlungen unsern Wegener nicht in Sicherheit wiegen zu lassen.

Der bisherige Vertreter des 30. Bezirks gehörte zu der Stadtverordneten-Fraktion „Alte Linke“. Die „Alte Linke“ wird das Mandat weiter beanspruchen, doch ist über den Kandidaten, den sie bringen will, noch nichts bekannt geworden. Inzwischen hat sich aber ein ganz aparter Mandatbewerber eingeschoben, ein Mann, von dem niemand recht weiß, zu welcher Richtung er hält. Herr Tischendörfer ist es — derselbe, der kürzlich die allein wahre Wissenschaft für den Arbeiter erndet hat. Herr Prezel wußte zu erzählen, daß Tischendörfer sich an die Bürgerpartei herangemacht hat. Der betriebliche Mann kam gelassen: er habe als Kandidat die meisten Chancen, er sei auch als solcher bereits von seinen Freunden in Aussicht genommen; ob nicht auch die Anhänger Prezels ihn unterstützen möchten. Als seine Freunde bezeichnete er die „Socialfortschrittliche Gruppe“ der Stadtverordneten-Versammlung, jene sieben, die sich im vorigen Jahre von der „Neuen Linken“ getrennt haben. Herr Prezel, der Antisemit, nahm keinen Anstoß daran, daß diese Gruppe zu fünf Siebenteln aus Juden besteht. Er schlug Herrn Tischendörfer vor, in einer Versammlung der Bürgerpartei zu sprechen; dann solle entschieden werden, ob man ihn unterstützen könne. Das war aber gar nicht nach dem Geschmack unsres Christian, der, wie man weiß, alle Parteibrillen hat. Der Brave erwiderte, offizielle Erklärungen seien ihm nicht erwünscht, da er befürchten müsse, daß dann seine social-fortschrittlichen Freunde auf ihn verzichteten. Er fühlte offenbar, daß es andre Leute als schimpflich empfinden würden, den Wählern einen Mann zu empfehlen, der von jüdischen Liberalen und zugleich von antisemitischen Konservativen ins Rote Haus geschickt werden soll.

Die Bürgerpartei hat nicht Tischendörfer, sondern Ulrich zum Mann ihres Vertrauens gemacht. Vielleicht werden nachträglich auch die „Social-Fortschrittler“ Herrn Tischendörfer den Laufpaß geben und sich nach einer andern Persönlichkeit umsehen. Offen gestanden: uns wäre das lieb. Man muß sich ja im Wahlkampf mit manchem Gegner herumschlagen, dem man sonst gern aus dem Wege geht, aber eine Kandidatur Tischendörfers möchten wir uns denn doch erspart sehen. Stellt uns ehrliche Liberale, ehrliche Antisemiten entgegen! Da weiß man wenigstens, woran man ist.

Jenseits der grauen Wasserwäse des Regentwärtsstaates sucht der fähige Segler das Land der besseren Zukunft. Dieser Gedanke liegt dem schmuden Wilde zu Grunde, das als „Vorwärts“-Plakat jetzt die Anschlagtaulen schmückt. Unter den mannigfachen Erzeugnissen der Plakatkunst verdient unser Bild einen Ehrenplatz; ohne sich marxlich-reicherisch geltend zu machen, lenkt es die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten durch seinen künstlerischen Wert auf sich. Ob eine öffentliche Anündigung unsrem Blatte nötig ist, wird sich mancher Parteigenosse fragen? Gewiß ist sie das. Allerdings macht der „Vorwärts“ der bürgerlichen Presse gegenüber insoweit eine Ausnahme, als er ständig an Abonnentenzahl gewinnt, während die öffentlichen Sprachrohre der bürgerlichen Parteien ihre Abonnenten an die unparteiisch schillernde Sensationspresse verloren haben und oft nur durch Zuschüsse aus den Händen der Interessengruppen, von denen sie gedungen sind, über Wasser gehalten werden können. Der „Vorwärts“ hingegen hat seine Abonnentenzahl innerhalb achtzehn Monate um fast dreihunderttausend erhöht und erscheint jetzt in einer Auflage von weit über achtzigtausend Exemplaren. Kein einziges politisches Parteiblatt Berlins kommt dem unfrigen an Verbreitung gleich und nur die sogenannte unparteiische Presse wird stärker gelesen. Diese eben erwähnte Thatfache lehrt uns allerdings, nicht zu rasten.

Wo steht der Feind? der Feind? dahier! Den Finger drauf, den schlagen wir!

Unser Ziel muß sein, auch die Sensationspresse aus dem Felde zu schlagen. Dieser Voratz mag vermessnen klingen; aber wäre in den siebziger Jahren wenigstens in bürgerlichen Kreisen nicht auch der als ein Phantast verfahren worden, der die Prophezeiung gewagt hätte, daß dereinst die fortschrittliche, die konservative Presse vor der socialdemokratischen die Segel streichen müssen? Auch das neue Ziel muß genommen werden. So soll also das „Vorwärts“-Plakat als Anfeuerung dienen im Kampfe gegen die Befinnungslosigkeit, gegen die Ardegerci, womit die Namen nach unparteiische, in Wahrheit aber regierungsoffizielle Sensationspresse die Bevölkerung korrumpiert. Das Plakat sei den aktiven Parteigenossen eine Mahnung zur Agitation für unser Blatt in den zweiten Bevölkerungsschichten, die sich von der oben gekennzeichneten Presse an der Nase führen lassen, diesen Volksschichten selbst, die heute noch die Sensationspresse unterstützen, möge es aber das Gewissen schärfen. Vorwärts im Kampfe gegen die Charakterlosigkeit sei die Parole!

Der Grunewald als Volkspark. Zum „Volke“ gehört nach staats-erhaltender Anschauung eigentlich nur der, der an der Auspothierung und Unterdrückung des Volkes ein Interesse hat. Das Volk bilden nach dieser Auffassung nur die Drohnen der Gesellschaft, und so ist es durchaus zu verstehen, wenn z. B. in der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben wird, daß das sächsische Volk an der Wahlrechtsänderung kein Interesse habe, oder wenn die „Post“ schreibt, daß man im Volle die angeblich gleichgültige Haltung, die die Regierung der „socialistischen Gefahr“ gegenüber einnimmt, nicht verstehe. Diese Definition des Begriffes „Volk“ scheint der preussische Fiskus sich in einem besondern Fall zu eigen machen zu wollen. Seit Jahren geht in der Presse das Gerüde, daß der Grunewald Volkspark werden solle, ohne daß eigentlich klar wurde, was dies neue Stichwort recht zu bedeuten hat. Zwar verlautete, daß der Grunewald als Volkspark großen Altimbin beherbergen solle, Automobil-Reimbahnen und Bierlokale, aus denen der Staat selbstverständlich hohen Pachtzins ziehen werde. Aber das ist noch nicht alles. Jetzt ist's heraus, was es mit der „Erschließung“ für eine Bewandnis hat.

In hiesigen Blättern wird zu der Frage gemeldet: Es gilt als sicher, daß der gesamte nördliche Teil des Grunewaldes der Vernichtung anheimfallen wird. Es handelt sich um das Waldgebiet, das begrenzt wird im Norden von der Charlottenburg-Spandauer Chaussee, im Westen von der Havel, im Süden von der künftigen Heer- und Prachtstraße und im Osten von der Villenkolonie Bestend und der Trabrennbahn. Die geplante Prachtstraße nach Döberitz soll beinahe vollständig quer durch den Grunewald führen und als ihr besonderer Vorzug wurde hervorgehoben, daß dadurch den Ausflüglern der Besuch der verschiedenen Teile des Forstes erleichtert werde, besonders dann, wenn es gelingen sollte, durch eine Verlagerung der Hoch- und Untergrundbahn ins Süd-Bestend und vielleicht gar bis zur Havel einen Schnellverkehr zu schaffen. Es war zu befürchten, daß die Umwandlung des Grunewalds in einen „Volkspark“ die Zerstückelung und teilweise Zerstörung des herrlichen Waldes bedeuten würde, und daß namentlich das umfangreiche, zwischen der geplanten Heerstraße und dem Spandauer Forst gelegene Waldterrain ernstlich bedroht sei. Wenn jetzt das Landwirtschaftsministerium seine Bereitwilligkeit erklärt hat, diesen nördlichen Teil des Grunewalds preis zu geben und damit etwa 2000 Morgen, also ein Waldgebiet von der doppelten Größe des Tiergartens, der Wauspekulation auszuliefern, so mag der Fiskus dabei ja ein ganz einträgliches Geschäft machen, der Gemeinheit der Bevölkerung aber wird dadurch der schwerste Schaden zugefügt. Die Angelegenheit soll mit einem auffälligen Eifer betrieben werden. Die Vorarbeiten sollen so schnell erledigt werden, daß der Verkauf von Wausparzellen schon im Laufe des Jahres 1906 seinen Anfang nehmen kann.

Der Grunewald als Volkspark bedeutet also, daß das Volk der oberen Zehntausend mehr noch als heute Gelegenheit bekommen soll, sich im Grunewald Villen zu bauen und daß bei dieser Gelegenheit erstens der Fiskus ein glänzendes Geschäft machen und zweitens das Wauspekulantenum Werte über Werte einheimen wird. Bleibt dann am Ende noch für das Sonntagspublikum eine Stätte zum Kaffeelochen und zum Karussellfahren übrig, — selbstverständlich gegen Eintrittsgeld — dann ist der Grunewald als Volkspark fertig. Ein Stück Socialpolitik, das sich bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete gemüßvoll anschließt.

Das Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes genehmigte in der ersten Sitzung nach den Ferien den Vorentwurf eines eignen Wasser-turmes, durch den die Kosten der Wasserbeschaffung vermindert werden sollen, sowie eines neuen Dornhändlerhauses nebst Schweinestall. Für die über den Vieh Hof führende Passage nach der Ringbahnstation „Central-Viehhof“ wird von der Eisenbahndirektion eine Verlegung geplant. Es sollen bereits Vermessungen stattgefunden haben; das Kuratorium lehnte es ab, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, bevor sie von der Eisenbahndirektion entschieden ist. Ein Besuch der Trichinenschauer um Fortzahlung des Stücklohns während ihres Erholungsurlaubes wurde bewilligt. Die erforderliche Summe soll in den nächsten Etat eingestellt werden. Die Anschaffung von Mikroskopen für die Fleischbeschauer aus Stadtkosten wurde gegen die Stimme unsres Vertreters abgelehnt. Als Hauptgrund wurde angeführt, daß die Beschauer mit eignen Instrumenten vorzuziehen und gewisserhafter umgingen. Wie wir seiner Zeit mitteilten, war zur Untersuchung von Mischständen im Schaaumut, die durch unsern Vertreter und durch anonyme Zuschriften gerügt worden waren, eine Subkommission eingesetzt worden. Sie ershierte jetzt Bericht. Die Beschwerden der anonymen Zuschriften konnten trotz aller Nachforschungen nicht erwiesen werden. Für die übrigen Beschwerden wurde Abhilfe geschaffen, auch wurden Vorkehrungen gegen Wiederholung der Mischstände getroffen. In einem bestimmten Fall wurde Kländigung eines Vorgefetzten beschlossen. Ein Anonymus hat gedroht, über Mischstände am Vieh- und Schlachthof eine Broschüre herauszugeben. Demselbe für seine Behauptungen hat er nicht erbracht, eine Untersuchung ist unmöglich.

Wahrschuldung eines Arbeiters auf dem Arbeitsnachweis der Rahnemänner.

Bekanntlich ist es die hauptsächlichste Aufgabe der von den Organisationen der Metallindustriellen unterhaltenen Arbeitsnachweise, eine scharfe Kontrolle über die Arbeiter auszuüben und jeden von der Arbeit auszuschließen, der sich, vom Unternehmerstandpunkt betrachtet, „mihliebig“ gemacht hat. Wer durch die Arbeitsnachweise der Metallindustriellen gekennzeichnet ist, der hat in vielen Fällen überhaupt keine Möglichkeit mehr, als Metallarbeiter in Berlin beschäftigt zu werden. Eine Verleidigungsliste, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht verhandelt wurde, zeigt, daß man auf dem Arbeitsnachweis der Berliner Metallwarenfabrikanten in der Dresdenstraße selbst vor ungeseligen Kennzeichnungen der Arbeiter nicht zurücksteht, und daß man einen Arbeiter, der gegen derartige Kennzeichnungen Einspruch erhebt, obendrein mit einer Tracht Prügel heimholt.

Der 18jährige Arbeiter L. meldete sich im April d. J. auf dem Arbeitsnachweis der Berliner Metallwarenfabrikanten in der Dresdenstraße, und bei dieser Gelegenheit wurde ihm in sehr Arbeitsbuch ein Stempel des Verbandes der Berliner Metallwarenfabrikanten gedrückt. Die Gewerbe-Ordnung verbietet bekanntlich

die Anbringung derartiger Kennzeichen in den Arbeitszeugnissen. In der sicher nicht unbegründeten Annahme, daß der Stempel im Arbeitsbuch keine Empfehlung des Arbeiters darstelle, sondern lediglich bestimmt sei, ihn in seinem Fortkommen zu schädigen, verlangte L. von dem in genannten Arbeitsnachweis angestellten Buchhalter Suhr die Entfernung des Stempels. Dies durch aus berechtigten Verlangen mag dem Buchhalter des Metallwarenfabrikanten Verlangen als unerhörte Unbotmäßigkeit erschienen sein. Er entfernte zwar den Stempel, herrschte aber den Arbeiter mit den Worten an: "Sie sind ja viel zu dumm, um zu wissen, daß die Stempelung ungeschicklich ist; wer hat Sie denn aufgehetzt?" Dabei langte der Herr Buchhalter durch den Schalter und verfehlte dem jungen Arbeiter ein paar Ohrfeigen. Als dieser sich eine solche Behandlung verbat und mit der Polizei drohte, kam Suhr hinter dem Schalter hervor, packte L. an der Schulter und verdrückte ihm noch eine Ohrfeige. Der Vater des Mißhandelten reichte die Beleidigungsklage gegen den Buchhalter Suhr ein, der übrigens schon wegen Körperverletzung vorbestraft ist.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung und Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 30 M., es sah den Fall um deswillen so milde an, weil der Angeklagte sich zu einem Vergleich und zur Zahlung einer Buße von 30 M. an den Verletzten bereit erklärt hatte, dieser aber den Vergleich nicht annehmen, sondern den Angeklagten bestrafen wollte.

In dem Streit um das Hausrecht in den händischen Schulen ist der Regierung nun doch auch ein freiwilliger Kettler entstanden. In der katholischen "Germania" nämlich. Von seinem Standpunkt aus einigermassen konsequent sagt dies Blatt, daß es dem Erziehungszweck der Schulen wenig entsprechen könne, wenn dieselben Räume des Morgens dem christlichen Unterricht und am Abend der Propaganda eines krassen Materialismus, des Atheismus usw. dienlich gemacht würden, wenn in denselben Räumen am Vormittag die Vaterlandsliebe und am Nachmittag der internationale Umsturz gepredigt würde.

Bis jetzt ist zwar der "internationale Umsturz", wie nebenher bemerkt sei, noch nie und nirgendwo in einer Berliner Gemeindegemeinschaft gepredigt worden, aber diese geringe Abweichung vom Pfad der Wahrheit muß man dem katholischen Blatte schon um deswillen zu gute halten, weil es sich selbst aufgeben müßte, wenn es die Lüge im Kampfe um seine Sache aufgeben wollte. Die Konsequenzen der von der "Germania" propagierten Weltanschauung hätten wir in diesem Blatte allerdings gern weiter ausgebaut gesehen. Die freireligiöse Gemeinde mag ob der relativen Milde stramen, mit der sie hier von einem katholischen Organ behandelt wird. Es ist ja nun allerdings weniger das christliche Gemüt als der leidige Mangel an ausreichender Macht daran schuld, wenn die "Germania" die Freidenker nur obdachlos machen und sie nicht, wie dies vor dreihundert Jahren geschah, im Namen des katholischen Christentums auf dem Scheiterhaufen schmoren lassen will!

Der bisher niedrigste Wasserstand der Spree in diesem Jahre betrug an der langen Brücke in Köpenick, wie das "Köpenicker Dampfboot" meldet, + 0,58, und zwar am 6. September, während der bisher niedrigste Wasserstand seit 1810 am 9. Februar 1823 mit + 0,13 Meter ermittelt wurde. Der höchste Wasserstand wurde im Jahre 1895 mit + 1,35 Meter erreicht. Der Normalwasserstand am Köpenicker Pegel soll auf 0,80 Meter gehalten werden, was auch im allgemeinen durch die Schleusen und Stauanlagen erreicht wird. Die Speisung der Untersee erfolgt vorwiegend durch die Müggel-Spree. Wie gering in diesem Jahre der Zufluß ist, zeigt die Tatsache, daß die geringste Wassermenge der Müggel-Spree, als welche man 7 Kubikmeter in der Sekunde annahm, in diesem Jahre nur 2,4 Kubikmeter für die Sekunde betrug. Hier von abforderten die Müggelwerke allein 2 Kubikmeter. Wenn auch die Dämme und Rote einige Zufluß brachten, so wurde doch durch Verdunstung eine solche Wassermenge entzogen, daß es nicht möglich war, den Normalstand zu halten, zumal neben dem zum Schleusenbetriebe am Mühlendamm auch noch Freizeitwasser zur Spülung der durch Berlin fließenden Spree nötig war. Wenn es auch gelang, nach dem 6. September, infolge der Regengüsse, den Stand zu heben, so ist doch wieder ein Rückgang eingetreten, und am vergangenen Sonnabend betrug der Pegel + 0,60.

Die Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe erhält, wie uns mitgeteilt wird, am 1. Oktober wieder Selbstverwaltung, die kommissarische Verwaltung ist aufgehoben worden.

Einen neuen Fahrplan wird die elektrische Hoch- und Untergrundbahn am 15. Oktober einführen. Er unterscheidet sich von dem bisherigen vor allem dadurch, daß sämtliche bisher an Werktagen gefahrenen Züge in den regelmäßigen Fahrplan aufgenommen werden. Dieser enthält bisher nur einen Teil der Züge; die andern wurden als Sonderzüge nach besonderen Fahrplan eingelegt. Es sind dies insbesondere die Frühzüge, die von 6 bis 8 Uhr zur Bewältigung des ungewöhnlich starken Morgenverkehrs über sämtliche Strecken gefahren werden, dann auch die weitergeführten sog. Pendelzüge, die nachmittags zwischen 4 und 8 Uhr nicht nur zwischen dem Strie und dem Potsdamer Platz, sondern auch über die Ostseite bis zur Warschauer Brücke verkehren. Die Abstände zwischen den einzelnen Zügen bleiben dieselben. Der Betrieb beginnt morgens ebenso früh wie bisher, dagegen wird er abends beim Schluß etwas länger ausgedehnt. Für die Sonn- und Feiertage ist ein besonderer Fahrplan vorgesehen. Es ist in demselben der weiteste Spielraum für die Einlegung von Sonderzügen gelassen, um auch den stärksten Anforderungen genügen zu können.

"Das Reich". Stöders "Volk" soll in Berlin unter dem neuen Namen "Das Reich" wieder erscheinen. Die Probenummer dieses angeblichen Organs der christlichen Arbeiter trieb von Frömmigkeit und Patriotismus. Und eben darum wird in Berlin sein Weizen nicht zur Blüte kommen.

Berliner Adreßbuch 1905. Die Hauslisten für den Jahrgang 1905 des Adreßbuchs für Berlin und seine Vororte sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bezw. Verwaltern zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände zugegangen. Im Interesse der Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Eintragungen ist es dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen. Nur auf diese Weise wird die genaue Schreibweise des Namens verbürgt, und können die Wünsche der Eintragenden betr. Zugänge zur Berufs- oder Standsbezeichnung, Angabe der Sprachstunde usw. korrekt und zuverlässig zur Kenntnis der Adreßbuch-Redaktion gelangen. Die Abholung der Hauslisten beginnt bereits am Montag, 3. Oktober. Es ist daher erforderlich, daß die Ausfüllung der Listen sofort geschieht. Weiteres erfahren unsere Leser aus dem betreffenden Inserat in der heutigen Nummer.

Straßensperrung. Das Lühov-Ifser vom Garten-Ifser bis zur Gerhulesbrücke wird behufs Herstellung eines Notausfahrkanals vom 3. Oktober ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Ein seltsamer Fall. Aus Furcht vor der Hochzeit ist angeblich die 24 Jahre alte Blätterin Emma Herder aus der Straßmannstraße 30 mit ihrem sechs Monate alten Kinde verschwunden. Seit zwei Jahren unterhielt sie mit dem Schneidemeister Otto Vorherr, mit dem sie zusammenwohnt und dem sie in der Schneiderei half, ein Liebesverhältnis, aus dem das Tochterchen Lulise hervorging. Nach zwei Monaten sollte die Hochzeit stattfinden. Aber je näher die Zeit kam, desto lauter klagte die Braut ihren Bekannten, daß es ihr unmöglich sei, mit Vorherr auf das Standesamt zu gehen. Sie besahe die Beziehungen zu ihm und werde lieber ihr Kind und sich selbst ermorden, als mit ihm sich verheiraten. Vorherr suchte ihren Sinn zu ändern, richtete ihrem heftigen Wesen gegenüber aber auch mit aller Nachgiebigkeit nichts aus. Nachdem er am Montag zur Wahrnehmung eines Termins auf das Gericht gegangen war, verließ sie mit ihrem Kinde die Wohnung, um ins Wasser zu gehen, und ist seitdem verschwunden. Die Vermisste hat hellblondes Haar und blaue Augen, ist 1,60 Meter groß und schlank und trägt eine schwarz-

gestreifte Bluse, einen schwarzen Rock, einen schwarzen Hut mit Straußfedern und Ohrringe mit unedlen Steinen.

Selbstmord eines Postbeamten. Den Tod in den Wellen gesucht hat im Zentener See der bisher auf dem Postamt 59 in der Voedstraße beschäftigte 21jährige Postbote Wilhelm A. aus der Reichsstraße. A., der sich in Uniform vor einigen Tagen entfernt hatte und seitdem vermißt wurde, hat, wie nunmehr ermittelt ist, am letzten Sonnabendnachmittag gegen 6 Uhr bei dem Wirt des Restaurants Waldhüll in Schmiedewitz ein Boot gemietet und ist nach dem Zentener See zu gefahren. Gäste der am Wasser belegenen Vergnügungslokale hörten bald Hilferufe und veranlaßten eine Untersuchung des Wassers, die aber infolge Eintretens der Dunkelheit nur zur Auffindung des leeren Bootes und der auf dem Wasser schwimmenden Dienstmagd des Ertrunkenen führte. Neußerungen, die A. kurz vor dem Selbstmord zu Verwandten und Amtsgenossen geäußert hat, lassen dienstliche Vorkommnisse wegen eines unbedeutenden Vergehens als Beweggrund zur That erscheinen; doch ist hierüber genaueres noch nicht festgestellt. Die Leiche konnte noch nicht aufgefunden werden.

Theater. Lustspielhaus. Als erste Nachmittagsvorstellung bei halben Preisen geht Sonntag Max Dreher's Komödie "In Behandlung" in Szene. — Heute mittag 12 Uhr bezieht das Metropolitan-Theater das Fest des 25jährigen Bühnenjubiläums seines Direktors Richard Schulz. Am Abend wird die Revue "Ein tolles Jahr" zum 200. mal gegeben. — Das Luifen-Theater hat das Volksstück "Rein Leopold" am Dienstag mit bestem Erfolg aufgeführt. — Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater werden die Rollen "Für eine Nacht" und "Am andern Morgen" Freitag zum 200. Mal gegeben. — Central-Theater. Heute Donnerstag gelangt die "Tannhäuser-Parodie" in der bekannten Besetzung zur Aufführung.

Eine Atelier-Ausstellung kunsthandwerklicher Arbeiten, welche unter ganz neuen Gesichtspunkten arrangiert werden soll, wird vom 5. bis 9. Oktober in Berlin W. in den Atelierräumen der Reimannschen "Schülerwerkstätten für Kleinplastik" stattfinden. Die Ausstellung wird täglich von 10—6 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet sein. Auch der Zutritt zu den Vorträgen ist vollständig kostenlos. Die genannten Angaben, wann die Vorträge stattfinden, werden noch bekannt gegeben. Einladungen versendet auf Wunsch Bildhauer Albert Reimann, Berlin W. 30, Landshüterstr. 38.

Die Fachschule für Schuhmacher in Berlin, Albrechtstr. 20, beginnt den Unterricht im Winterhalbjahre 1904/1905: 1. In der Modellkonstruktion, Anatomie des Fußes, Abgipfen der Füße, ferner in Leder- und Warenkunde, Kalkulation, Gerbverfahren usw. am Sonntag, den 9. Oktober 1904, vormittags 9—12 Uhr, und am Dienstag, den 11. Oktober 1904, abends 7—10 Uhr. 2. In der Vorrichts- und Steppklasse: am Montag, den 10. Oktober 1904 und Donnerstag, den 13. Oktober 1904, abends 7—10 Uhr. 3. In der Leistklasse: am Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8—10 Uhr. 4. Der Unterricht im Schreiben, Rechnen, Deutsch, im Fachzeichnen und in der Buchführung beginnt Montag, den 10. Oktober, und Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$ Uhr, Riederwallstraße 6/7. — Meldungen nimmt der Unterrichtsleiter schon jetzt in seiner Wohnung und an jedem Unterrichtsstage im Schullokal entgegen. B. Geisel, Dirigent der Fachschule für Schuhmacher, W. 8, Kanonenstr. 12, I.

Der Unterstufungsverein für Bühnenkünstler in Berlin, Potsdamerstr. 66, teilt uns mit, daß er an die Theaterdirektionen die Bitte gerichtet habe, ihm durch Ueberlassung des Verkaufs von Billets für Vorstellungen zu halben Preisen an Vereine usw. Einnahmen zuzuwenden.

Aus den Nachbarorten.

Neu-Weißensee. Bei der gestrigen Nachwahl für den verstorbenen Gemeindeverordneten Warthol in der zweiten Wählerabteilung gelang es uns Dehne den ersten Sitz zu gewinnen. Genosse Mecke erhielt 44 Stimmen, während der Gegner 49 Stimmen auf sich vereinigte. Die Gegner waren vollständig übersehen von unfruchtlichen und schlechten dabei zusammen was nur irgend an Wählern aufzutreiben war. Dennoch ein so klägliches Stimmenverhältnis. Für unsre Genossen ist diese Wahl ein Ansporn, in Zukunft die Beste der zweiten Abteilung zu sprengen.

Neu-Weißensee. Mit einem sonderbaren geistlichen Verlangen hatte die Gemeindevertretung sich zu beschließen lassen, und zwar war dem Gemeindevorstand beantragt worden, dem Kirchhofinspektor Anweisung zu geben, daß er von keinem Geistlichen einer auswärtigen Gemeinde ein Begräbnis vollziehen lasse, bevor ihm nicht der schriftliche Nachweis über Zahlung von Gebühren an die Pfarrkasse erbracht sei. Mit Recht hoben unsre Genossen hervor, daß der Streit unter den Geistlichen bleiben müsse, noch dazu, da der Friedhof der politischen Gemeinde gehöre. Ferner lag ein weiterer Antrag vor, die Gemeindefälle anzuweisen, bei öffentlichen Begräbnissen die vollen Gebühren einzuziehen. Wäher zieht die Gemeindefälle die Stollgebühren für "stille Leichen", das sind solche, die ohne Mitwirkung eines Geistlichen vollzogen werden, für die Pfarrkasse ein und es waren nur die Stollgebühren der "öffentlichen Leichen", also solche, bei deren Begräbnis ein Geistlicher anwesend ist, an die Küsterei zu zahlen. Es handelte sich lediglich darum, die Arbeit der Kirche abzunehmen und sie der Gemeinde aufzuhalten. Die Gemeindevertretung hatte hierfür kein Verständnis und lehnte gegen eine Stimme die Anträge ab. Die sozialdemokratischen Vertreter benutzten diese Gelegenheit, den Antrag auf Unentgeltlichkeit des Begräbniswesens zu stellen, fanden aber bei den bürgerlichen Herren keine Gegenliebe, auch dafür nicht, daß man wenigstens die Stollgebühren für "stille Leichen" aufhebe. — Der Ausbau des neu erworbenen Grundstücks für das Armenhaus wird inf. Heizungs- und Bade-Einrichtung 12 000 M. kosten. — Ebenso mußte die Vertretung für die Reparatur des Daches des vor nicht allzulanger Zeit erworbenen Grundstücks des Gemeindevorstandes die Summe von 1000 M. auswerfen. — Verschiedene Grundstücksangebote wurden einer Kommission überwiesen, der unter andern auch die Genossen Frey und Thiermann angehören. — Die freiwillige Feuerwehr beantragte die Bewilligung einer einmaligen Beihilfe von 1300 M. zum Zwecke der Ergänzung und Erneuerung ihrer Löschentwürfe, was zu einer regen Diskussion Anlaß gab und unsre Genossen veranlaßte, den schon so oft gestellten Antrag auf Errichtung einer Berufs-Feuerwehr zu erneuern; jedoch konnte den bürgerlichen Herren hierfür kein Verständnis beigebracht werden. Diese Angelegenheit ging ebenfalls an eine Kommission. — Die Erhebung einer Klage in Armenachen gab sodann zu einer interessanten Aussprache Veranlassung. Es ist unsern Genossen schon längst zu Ohren gekommen, daß der der Gemeindevertretung seit dem 1. April dieses Jahres angehörnde Rechtsanwalt Appeltrop Klagen der Gemeinde vor Gericht zur Vertretung erhalten habe, trotzdem dem befohlenen Schöffen bei der Anstellung zur Pflicht gemacht worden ist, auch Klagenachen im Interesse der Gemeinde zu vertreten; dieser Herr fühlt sich aber schon jetzt so überlastet, daß er dann unbedingt eine Assistenten zur Seite haben muß, und da gerade ein Rechtsanwalt der Gemeindevertretung angehört, so habe man diesem "Steinigkeit" übertragen. Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, dem Rechtsanwalt Appeltrop solche Vertretungen zu entziehen, wurde von den bürgerlichen Herren einstimmig abgelehnt. — Die Regulierung des öffentlichen Bürgerfestes der Prenzlauer Chaussee wurde nach den Bestimmungen des Ortsstatuts, wonach die Adjazenten drei Viertel und die Gemeinde ein Viertel der Kosten tragen, einstimmig angenommen.

Bedenkliche Schulzustände scheinen in unserem Vororte Dalldorf zu herrschen. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde mitgeteilt, daß der Schulvorstand seine Einwilligung zu dem Beschluß gegeben habe, das Amtsbureau in das neue Schulhaus zu verlegen. Das Amt zählt dafür 400 M. Miete an die Gemeinde, die ihr Gemeindebureau ebenfalls ins neue Schulgebäude zu ver-

legen beschloffen hat. So wird das neue Schulhaus für Zwecke benutzt, die seiner Bestimmung nicht entsprechen. Wie sieht es nun aber mit dem alten Schulhause aus, wo heute noch Kinder unterrichtet werden? Unser Parteigenosse Gemeindevorsteher Adam wies in der erwähnten Sitzung darauf hin, daß die Regierung bereits gegen die fernere Benützung dieses Gebäudes zu Schulzwecken Bedenken erhoben habe. Fußboden, Türen, Fenster und Ränke wären hier in einem jammervollen Zustande, der Schulhof sei so klein, daß die Kinder ihr Frühstück auf der Straße verzehren müßten, ebenfalls liegen die Aborte in sanitärer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig. Adams beantragte, das alte Schulhaus zum Amts- und Gemeindebureau umzubauen. Trotzdem wurde mit sechs gegen vier Stimmen der Antrag des Schulvorstandes gemäß beschloffen.

Ueber das Meldewesen für die Vororte Berlins ist ebenfalls eine neue Polizei-Verordnung und zwar vom Regierungspräsidenten zu Potsdam ergangen. Sie datiert vom 20. d. M. und soll, wie die Berliner Verordnung vom 6. d. M., am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Ein Dedeneinsturz ist am Montag in Friedenau geschehen. Nachmittags 3 Uhr stürzte Schmaragdofen Nr. 32 bei dem Schmiedemeister S. Klein die Dedo der alten Schmiede ein. Auf dem Boden lagerten etwa 50 Centner Eisenschäbe. Neben der alten Schmiede wird zur Zeit eine neue aufgebaut, welche ihrer Vollendung entgegengieht. Durch die Erschütterungen, die bei dem Aufstellen der neuen Maschinen und durch fortwährendes Hämmern hervorgerufen wurden, haben sich in der alten Schmiede die Träger der Dedo gelockert, und diese stürzte mit ihrer Last von 50 Centnern herab und begrub unter sich 4 Menschen. Zwei Männer sind schwer und zwei leicht verletzt worden. In kurzer Zeit waren zwei Ärzte zur Hilfe herbeigeeilt. Die Unfallstätte wurde polizeilich abgesperrt.

Romawas-Neuendorf. Ein Dachstuhlbrand entstand auf noch nicht aufgeklärte Weise in der Nacht vom Montag zum Dienstag gegen 1 Uhr in dem Geislerischen Hause in der Poststr. 4. Gländlicher Weise wurde durch die Feuerwehren von Romawas und Neuendorf das Feuer auf seinen Herd beschränkt, so daß die untern Etagen von den Flammen verschont blieben, wenn sie auch von den Wassermassen stark beschädigt wurden. Leider ereignete sich bei den Lösungsarbeiten ein schwerer Unfall, indem die Leiter der Romaweser Wehr, auf welcher sich die Feuerleute Lentz und Schmidt (beide Familiennamen) befanden, umfiel. Zwei amovende Kerze leisteren den Verunglückten die erste Hilfe, und so konnte Lentz hierauf in seine Wohnung geführt werden, während Schmidt, welcher Arns- und Beinbrüche, sowie wahrscheinlich eine Gehirnerschütterung davon getragen hat, ins Oberlin-Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Bewohner des ausgebrannten Dachstuhls, zwei Arbeiterfamilien, von denen nur die eine versichert ist, konnten nur mit knapper Not das nackte Leben retten. Um 4 Uhr morgens war die Gefahr beseitigt. Der Schaden, der an dem Hause angerichtet ist, ist durch Versicherung gedeckt.

Gerichts-Zeitung.

Kaufmann Buschbeck vor Gericht.

Die im größten Maßstabe begangenen Unterschlagungen des Kaufmanns Ernst Buschbeck, dessen Verschwendungs- und merkwürdige Liebhabereien bei ihrem Bekanntwerden Aufsehen erregten, beschäftigten gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Der Angeklagte, der seit März sich in Untersuchungshaft befindet, ist jetzt 30 Jahre alt.

Es besteht hier seit Jahren die Gräflisch v. Vohsche Familienstiftung, welche verwaltet wird durch drei aus den Verordigten zu wählenden Kuratoren und einem Syndikus. Ein verwaltender Kurator wird wiederum aus der Gruppe der drei ernannten Kuratoren erwählt. Dieser besorgt die ganzen Geldgeschäfte allein, er führt die Kasse, hebt Gelder von der Bank ab, leistet Zahlungen usw. Er hat einmal jährlich Rechenschaft abzulegen und den vorhandenen Massenbestand vorzuzeigen. Im Jahre 1900 wurde der Rittergutsbesitzer v. Schierstedt zum verwaltenden Kurator bestellt. Dieser, dessen Augentätigkeit so getrübt ist, daß er kaum lesen oder schreiben kann, nahm den Angeklagten als Sekretär gegen ein Jahresgehalt von 900 M. an. Außerdem erhielt er 300 M. jährlich Remuneration und 200 M. für die Durchführung des Gutes Vohsholz. Herr v. Schierstedt schenkte dem Angeklagten unbegrenztes Vertrauen. Waren größere Forderungen zu begleichen, so legte der Angeklagte dem Herrn v. Schierstedt eine von ihm geschriebene Anweisung vor und bezeugte die leere Stelle, wo der betagte Herr seine Unterschrift zu leisten hatte. Es wird angenommen, daß Buschbeck schon hierbei größere Posten anweisen ließ, als mit seinem Auftraggeber vereinbart war. Bald wurde der Angeklagte von einem wahren Raubtier erfaßt. Er mietete sich in Nieder-Schönhausen eine Villa für 3000 M. und stattete sie mit dem größten Luxus aus. Die Wohnung enthielt u. a. ein Billard, ein Musik- und ein Bildstuhlzimmer, ferner ein Zimmer mit japanischer und ein andres mit japanischer Ausstattung. Es war ein Wintergarten vorhanden, der die kostbarsten Pflanzen barg. Der Angeklagte schaffte sich zwei Automobile an, er packte sich eine Jagd und hielt sich in häufigen eine Menge exotische, sowie auch einheimische Tiere. Da waren Varen, Krokodile, Papageien und 15 bis 20 Affen, auf dem Hofe wimmelte es von Pfauen, Hühnern, Gänsen, Enten, Schwänen und Lämbern. Ferner hielt der Angeklagte sich ein Reh, einen Fuchs und mehrere Fledermäuse. Zur Pflege aller dieser Tiere war ein besonderer Wärter angestellt. An Bedienungspersonal hielt sich der Angeklagte drei weibliche Dienstmädchen, einen Diener, einen Chauffeur und einen Gärtner. Zur Verstreitung aller dieser kolossalen Ausgaben soll der Angeklagte zum Nachteil der v. Vohschen Stiftung 180 000 M. veruntreut haben. Wie Vorderevisor Neuter begutachtete, hatte der Angeklagte in raffiniertester Weise bei seinen Rechnungsaufstellungen gefälscht. Der Beschuldigte gab die Veruntreuungen zu, bestritt aber, daß sie die bezeichnete Höhe erreicht hätten. Gerichtspräsident Dr. Stoermer bezeugte den Angeklagten zwar als geistig minderwertig, aber nicht als unzurechnungsfähig.

Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust, der Verteidiger, Juristat Bronker, plaidierte für ein mildes Strafmaß. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, wovon vier Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Vom Polizeikampf gegen die Arbeiterschaft. Gelegentlich des Paderstreiks hatte auch der Metallarbeiter Schüler in Rixdorf Flugblätter der streikenden Gezellen verbreitet, in welchen das Publikum über den Streit aufgeklärt wurde. Durch diese Flugblattverbreitung sollte Schüler groben Unfug verübt haben, unter welcher Anklage er sich gestern vor dem Rixdorfer Schöffengericht zu verantworten hatte. Die Weisenaufnahme ergab, daß Schüler die Flugblätter nur in den einzelnen Wohnungen abgegeben hatte, und es war nicht ersichtlich, wie hierdurch "grober Unfug" verübt sein sollte. Das Gericht wählte den Angeklagten freisprechend.

Vor dem Reichsgericht fand gestern die Klage eines an dem Berliner Schlaßhaus als "Probenehmer" angestellten Mannes gegen die Stadtgemeinde Berlin auf Anerkennung seiner Stellung als Beamter ihren Abschluß, indem die Revision des Klagen gegen das diesen Anspruch abweisende Kammergerichtsurteil zurückgewiesen wurde.

Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis (Südost). In einer außerordentlichen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, die am Dienstag bei Grammann in der Raunynstraße stattfand, hielt der Reichstags-Abgeordnete Frig Lunert einen Vortrag über das Thema: "Der preussische Gelegenheitswettbewerb betreffend die Erleichterung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Geindes." In dem ersten Teil seiner Ausführungen wies der Referent nach, daß der

Entwurf einen freien Einbruch der Junker, Agrarier und Genossen in Reichsrecht und Reichsverfassung bezwecke. Im Anschluß hieran gab der zweite Teil ein in großen Umrißen entworfenes Bild von der furchtbaren Tragödie des Landproletariats der Vergangenheit und Gegenwart. Der letzte Teil der Ausführungen stellte die Haltung der politischen Parteien gegenüber dem für unser Volk unheilvollen Gesetzentwurf fest.

Als der Referent die verschiedenen Parteien nebeneinander lieh, streifte er das volkfeindliche agrarische Programm, die Agrarfrage, die Zoll- und die Handelspolitik. Er kam dabei zu einer rücksichtslosen Beurteilung der schamlosen und nimmermatten agrarischen Bestrebungen, sowie solcher Socialdemokraten im Reich, die für Ziele irgendwelcher Art eintreten und mit Schulzännern und Agrariern liebäugeln. Da die momentane socialpolitische Situation eine außergewöhnlich ernste sei, so bedauert der Redner tief, daß der Bremer Parteitag — angesichts der ganz eigenartigen handelspolitischen Verhältnisse — das Tafelbuch zwischen einem bekannten socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten und sich nicht mit einem scharfen Aufschneiden habe. Nach alledem, was seit einem Jahrzehnt geschehen ist, war endlich die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit gegeben, auf Grund unseres Programms und unserer Statuten aller Zwecksamkeit ein Ende zu machen und die einzige Konsequenz zu ziehen: vollständiger und sofortiger Ausschluss Schuppels aus der socialdemokratischen Partei. — Diese Darlegungen wurden wiederholt durch lebhafteste Reaktionen der Versammelten unterbrochen. Der Hinweis auf Bremen sowohl wie der Gesamtortstag fanden großen Beifall in der Versammlung. — Zur Diskussion verlangte niemand das Wort.

Darauf befaßte sich die Versammlung mit der Beratung des neuen Vereinsstatuts. Der Vorsitzende Genosse Paul Hoffmann bemerkte einleitend, daß die Verhandlungen mit den Vertretern des Wahlvereins vom Osten des Kreises zur Gründung einer einheitlichen Organisation ergebnislos verlaufen sind, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß die Zeit nicht mehr fern sein werde, wo eine einheitliche Organisation für ganz Berlin zu Stande komme. — Der von der Kommission ausgearbeitete Statutenentwurf wurde nach gründlicher Debatte mit einzelnen Abänderungen angenommen. Das somit eingeführte neue Statut enthält im wesentlichen folgende Neuerungen: Die Aufnahme in den Verein erfolgt durch den Vorstand; das Mitgliedsbuch wird dem Aufgenommenen durch den Bezirksführer zugestellt. Es wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben. Der Vorstand besteht aus 7 Mitgliedern (statt der bisherigen 15); die größere Hälfte der Vorstandsmittelglieder wird im Oktober, die andere Hälfte im April, und zwar immer auf ein Jahr gewählt. Nur solche Genossen können gewählt werden, die mindestens ein Jahr einer socialdemokratischen Organisation angehört und mit den Vereinsarbeiten vertraut sind. — Die übrigen Bestimmungen entsprechen im allgemeinen denen des bisherigen Statuts. — Das Andenken der verstorbenen Genossen Louis Weber, Emil Leist und Niemögen ehrte die Versammlung in üblicher Weise.

Eine Protestversammlung der Mitglieder der Schuhmacher-Zwangsinnungs-Krankenkasse, einberufen vom Altgeschäftl. G. Walter, tagte am Montagabend im großen Saale der Industrie-Zeitschriften, 19/20.

Der Referent des Abends, Hamacher, schilderte die ganz eigenartigen Zustände in der Verwaltung dieser Kasse, welche ein Produkt der in den neunziger Jahren anhebenden Mittelstandskrise ist. Seit Jahren verjagen die Arbeitnehmer-Mitglieder eine dem Sinne der Gewerbe-Ordnungs-Novelle entsprechende Aenderung der Statuten herbeizuführen, insbesondere aber die Wahlen der Vorstandsmittelglieder von der Genehmigung des Innungsverbandes unabhängig zu machen, der Innung das Strafrecht zu entziehen und in die Hände des Kassenvorstandes zu legen usw. Vor ca. zwei Jahren kam es nun, da eine Einigung zwischen Innung und Kasse nicht zu Stande kam, auf Veranlassung des Polizeipräsidenten zu einem Zwangsstatut, welches heute noch zu Recht besteht. Referent stellt nachstehende Resolution zur Beratung:

„Die heute am 24. September 1904, abends 9 Uhr, tagende Mitgliederversammlung der Innungs-Krankenkasse der Schuhmacher erhebt hiermit Protest gegen das vom Polizeipräsidenten v. Windheim im Jahre 1901 erlassene Zwangsstatut genannter Kasse, insbesondere den § 7, letzter Absatz, und § 8, Absatz 1. Die Versammlung erhebt gegen den Innungsvorstand den Vorwurf, daß derselbe das ihm im § 7, letzter Absatz, verliehene Strafrecht in einer vollständig ungenügenden Weise ausgeübt hat. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß ohne zwingenden Grund das Recht der Vertreter der Kassensmitglieder im Vorstand betreffend Wahl des Vorsitzenden durch den § 8, Absatz 1, wesentlich beschnitten wird. Die Versammlung protestiert gegen die Entscheidung der Gewerbe-Deputation in Sachen Aenderung der Statuten durch die Generalversammlung. Sie findet, daß gewissen den § 51, Abs. 1, § 63, Abs. 2, des Kassensatzes und dieser Verfügung ein unzulässiger Widerspruch sich befindet. Mit um so größerer Befriedigung nimmt die Versammlung Kenntnis von der am 1. September 1904 von Seiten des Herrn Oberpräsidenten an den Kassenvorstand ergangenen Verfügung, auf Grund deren derselbe das Recht der Generalversammlung zur Aenderung der Statuten anerkennt. Trotzdem ersucht die Versammlung den Herrn Minister für Handel und Gewerbe, weil die nachgeordneten Behörden eine dementsprechende Auffassung über die Rechte der Generalversammlung bekunden, nunmehr in dieser Sache eine klare Entscheidung zu fällen.“

In der Diskussion nahm u. a. Obermeister Bierbach das Wort, um die Innung gegen die erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. Der Innungsvorstand mußte vor allen Dingen für die Rechte seiner Mitglieder eintreten. Er behauptet, daß die Forderungen der Arbeiter viel leichter Anerkennung finden als die der Handwerker. Riehmann, Innungsmeister, Sekretär der Krankenkasse der Schuhmacher, giebt dagegen die Notwendigkeit der Statutenänderung zu. — Im Schlußwort stellt der Referent Hamacher noch den weiteren Antrag, die Angelegenheit der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion als Material zu überweisen, der einstimmig angenommen wird, ebenso wie die vorgeschlagene Resolution. Die anwesenden Innungsmeister beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Das Bureau hatte eine ausführliche Ausarbeitung des Protokolls vorgenommen und zur Verlesung gebracht. Es wurde beschlossen, eine Abschrift dieses Protokolls dem Minister für Handel und Gewerbe zur Kenntnisnahme zu unterbreiten.

Eine Versammlung der Hübler, Stepper, Zuschneider und Näherinnen der Damenmäntelbranche tagte am 24. September im Englischen Garten, Alexanderstraße. Rittler referierte über die Lage der Damenkonfektion. Er stellte fest, daß sie schlechter geworden sei als früher. Die Saison habe nicht so viel Arbeitsgelegenheit geboten, wie in früheren Jahren. Einen großen Einfluß übe die Holzgeheubung, denn bei der deutschen Damenkonfektion sei der Export schon lange eine Notwendigkeit. Redner legt dies näher dar und weist nach, wie es auch auf die Löhne ungünstig einwirke, gleich dem Zwischenmeister-System mit seinen verschiedenen Uebeln. Die Arbeiter und Arbeiterinnen könnten nur durch eine gute Organisation einigermaßen der sinkenden Tendenz der Löhne entgegenwirken. Was die Hübler angehe, so habe auf den Stand ihrer Löhne die sich immer mehr dreht machende Accordarbeit den schädlichsten Einfluß geübt. Sie hätten der Einführung der Accordarbeit entgegenzutreten müssen. Traurig sei es, daß sich Hübler schon dazu verstanden, ihre Accordarbeit mit nach Hause zu nehmen und sie als Heimarbeit auszuführen. Die so überaus unthierischen Zustände der Konfektion würden von ihnen so noch mehr ausgebeutet. Redner geht dann auf die Vergeßlichkeit zu Gunsten der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen ein. Das Bischen, was gewährt sei, werde fortwährend umgangen, und selbst der preussische Handelsminister interpretiere, Herrn Kommerzienrat Ranheimer folgend, etwas davon weg. Die Bundesrats-Verordnung von 1897, die jetzt auf die Maßgeschäfte der Konfektion und auf Puffgeschäfte aus-

gedehnt sei, übernehme aus § 137a der Gewerbe-Ordnung auch die Bestimmung, wonach Arbeiterinnen am Sonnabend um 5 1/2 Uhr Feierabend haben sollten. Nun komme der Herr Handelsminister und erkläre rund und nett in einem Erlaß es für die Maßgeschäfte der Damenkonfektion zulässig, die Sonnabende als Ausnahmetage im Sinne der Bundesrats-Verordnung zu behandeln, das heißt, an Sonnabenden die Ueberstunden machen zu lassen, die an 60 Tagen im Jahre verstatet sind. Dieser Erlaß sei durchaus geschicklich, denn der Gesetzgeber wolle zweifellos, daß an dem 5 1/2 Uhr-Schluß des Sonnabends für die in Betracht kommenden Arbeiterinnen unbedingt festgehalten und nicht der Sonnabend zu einem jener Ausnahmetage gestempelt werde. Eine energische Protestbewegung werde in die Wege geleitet werden. Mit einem Aufruf zum Ausbau der Organisation schloß Rittler unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag. — Darauf wurden in anregender Debatte die einzelnen Mißstände und die Organisationsfrage erörtert, wobei der Anschluß an den Schneider-Verband warm befürwortet wurde.

Die Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpfer hielt am 27. September im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Lothar berichtete über eine kombinierte Sitzung des Centralverbandes, des Filialvorstandes und der Vertrauensleute. Die Sitzung hatte zunächst darzustellen, was es mit dem Vorwurf des Streichbruchs auf sich habe, der verschiedentlich gegen die in Vertrauensämtern befindlichen Kollegen Garg, Reine und Dammann erhoben worden war und gerühmte Weise verbreitet wurde. Nach genauer Feststellung der schon geraume Zeit zurückliegenden Thatsachen hat die Sitzung einstimmig in allen drei Fällen in Resolutionen erklärt, daß der Vorwurf des Streichbruchs unberechtigt sei und die genannten Kollegen vollberechtigte, zur Einnahme von Vertrauensämtern geeignete Mitglieder seien. Dann beschäftigte sich die kombinierte Sitzung mit den namentlich nach der Ausperrung des vergangenen Jahres herorgetretenen Differenzen zwischen dem Centralverband und dem Berliner Filialvorstand. Redner legte die bekannten Einzelumstände näher dar, und er konnte die erfreuliche Thatsache mitteilen, daß sich beide Körperschaften in der Sitzung verständigt haben nach Verstärkung von Mißverständnissen und der Feststellung der beiderseitigen guten Absichten. Sie würden jetzt wieder gemeinschaftlich an einem Strang ziehen. Ferner habe die Sitzung festgestellt, daß der Centralverband nicht die Proteste gegen die Wahlen zum Filialvorstand veranlaßt habe, wie behauptet worden war. Unter lebhafter Zustimmung feierte Redner schließlich die Versammlung zu thätigstem Ausbau der Organisation an. — Nach kurzer Debatte wurde Uebergang zur weiteren Tagesordnung beschlossen. Zunächst erklärte die Versammlung den Kollegen Duhn, der als junger Mensch während des Streiks vor fünf Jahren gearbeitet hat, mit Rücksicht auf die besonderen Umstände und die dazwischen liegende lange Zeit für rehabilitiert. — Dann verhandelte man die Fensterfrage. Der Vorstand schlägt folgende Resolution vor:

„Die Versammelten verpflichten sich, nur auf solchen Bauten zu arbeiten, wo sämtliche beschäftigte Töpfer vor Zugluft durch genügend verglaste Fenster geschützt arbeiten können. Provisorische Verglasung und Verhinderung von Luftströmen usw. ist insoweit zulässig, als die übliche Arbeitszeit bei genügendem Licht ausgenutzt werden kann. Diejenigen Kollegen, die durch die Fensterfrage arbeitslos werden, sollen, sofern ihnen nicht andere Arbeit nachgewiesen werden kann, vom vierten Tage an Unterstützung erhalten, wenn sie dem Verbandsmitglied mindestens 1/4 Jahr angehören und zu dem Lokalfonds gezahlt haben. Desgleichen auch die Kollegen, die vor ihrem Eintritt einer anderen Organisation angehört oder nach beendeter Lehrzeit sofort dem Verbandsmitglied beigetreten sind. Die in den letzten drei Wochen zugereisten Kollegen werden nicht berücksichtigt.“

Aus der Versammlung kamen noch Anträge, keine Unterstützung zu zahlen, und gleich vom ersten Tage an Unterstützung zu zahlen. Diese wurden nach lebhafter Debatte abgelehnt und der Antrag des Vorstandes (die obige Resolution) gegen zwei Stimmen angenommen. — Am Montag, den 17. Oktober, treten die Tarifbestimmungen zur Fensterfrage in Kraft. — Als einmalige Unterstützung wurden der Witwe des verstorbenen Gewerkschaftsbeamten Hermann Jahn drei Monatsbeiträge seines Gehalts zugesprochen. — Die Versammlung beschloß ferner, dem ständigen Beamten von jetzt ab 45 Mark Gehalt pro Woche zu zahlen, während Hilfsbeamte 48 Mark erhalten sollen. Die Hilfskraft wird höher bezahlt, weil für den ständigen Beamten die im Verlauf periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit fortfällt. — Dann erledigte man noch einige andere Vereinsangelegenheiten.

Eine Adressenschreiber-Versammlung fand am Sonnabend, den 24. d. M., in den Arminalhallen statt. R. Lange sprach über: „Der Wert der Organisation für die Adressenschreiber“. In eingehender Weise schilderte er die miserablen Zustände in den Adressenbüros und die schlechte Entlohnung der Adressenschreiber. Durch eine im vorigen Jahre vom Centralverband der Handlungsgeschäften und -Geschäftinnen Deutschlands veranstaltete Umfrage wurde festgestellt, daß der durchschnittliche Wochenlohn der Adressenschreiber 8,47 Mark beträgt. Will der Adressenschreiber so viel verdienen, daß er einigermaßen sein Leben nothdürftig fristen kann, so ist er gezwungen, ständig bis spät in die Nacht hinein zu arbeiten. Die lange Arbeitszeit, die geist- und nervenzerrüttende Arbeit und die infolge der schlechten Entlohnung ständige Unterernährung haben zur Folge, daß viele Adressenschreiber nervenkrank werden oder der Schwindsucht verfallen. Diesem Zustande muß ein Ende bereitet werden. Durch den Streik im vorigen Jahre bei der Firma Lehmer haben die Adressenschreiber gezeigt, daß sie wohl instand sind, ihre Lage zu verbessern, wenn sie einmütig zusammengehen und einer Organisation angeschlossen sind. Wollen sie dies ernsthaft, so müssen sie eintreten in die Reihen der organisierten Adressenschreiber, in den Centralverband der Handlungsgeschäften und -Geschäftinnen Deutschlands, Bureau: Neue Friedriehstraße 201. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag fand eine rege Diskussion statt. Von allen Rednern wurden die ständischen Zustände in den Adressenbüros geschildert, ganz besonders die Zustände bei der Firma A. Schüllermann von einem Herrn Bauer einer herben Kritik unterzogen. Nach dem Schlußwort des Referenten, in dem er nochmals dringend ermahnte, dem Centralverband der Handlungsgeschäften und -Geschäftinnen Deutschlands beizutreten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Charlottenburg. Am 21. d. Mts. tagte im Volkshaus eine öffentliche Versammlung, einberufen von den Organisationen Charlottenburgs, welche dem Gewerkschaftsartikel Berlin und Umgebung angeschlossen sind. Die Versammlung war von ca. 500 Personen besetzt. Der Vortrag über die Frage des Generalstreiks wurde von Kater gehalten, da Dr. Friedberg verhindert war. Nach Schluß des Vortrags, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde, verlas der Vorsitzende folgende Resolution: „Die am 21. September 1904 im Volkshaus in Charlottenburg tagende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Kater einverstanden und erwartet, daß der Frage des Generalstreiks als eine der wichtigsten Waffen für das Proletariat seitens der Gewerkschaften mehr Beachtung zugewendet wird. Ein Zurückdrängen des Nur-Parlamentarismus, welcher seitens des Revisionismus immer mehr zur Abschwächung des Klassenkampfgedankens innerhalb der politischen Partei benutzt wird, und eine Befestigung des überwundenen Neutralitätsgebildens innerhalb der Gewerkschaften, welche heute ihre ausschließliche Aufgabe in der Verbesserung des Arbeitsvertrages sehen und völlig zu versinken drohen, wird die wertvolle Folge einer energischen Generalstreiks-Agitation sein. In gleicher Weise organisatorisch und erziehend wirkend, wird die Generalstreiks-Idee die politische Partei und Gewerkschaftsbewegung aufs engste zusammenführen und beide dem Endziel des ganzen Klassenkampfes dem Umsturz der Klassenherrschaft einheitslich zutreiben.“ In der Diskussion sprachen G. R. Dr. Pöppel, Rosenhal und andre gegen den Generalstreik, während Weisel, Rupp, Riehmeyer und andre für den Generalstreik sind und wünschen, daß hierfür

Propaganda und Agitation gemacht würde. Da ja besagter sich außerdem über den „Vorwärts“, der zu wenig und zu spät Nachrichten vom italienischen Generalstreik gebracht, beklagen rügt er auch, daß vom Streik in Bilbao der „Vorwärts“ nur drei Depeschen zu je fünf Zeilen gebracht hätte. — Die eingebrachte Resolution wurde angenommen.

Vermischtes.

Attentat gegen ein Linien Schiff. Aus New York wird gemeldet: Der „New York Herald“ meldet, daß Zaucher, die vorläufig den Weg unterjachten, den das auf der Brooklyn Schiffsverleihe gebaute neue Linien Schiff „Connecticut“ bei seinem Startlauf nehmen würde, unter Wasser ein Hindernis entdeckten, das augenscheinlich in freiblatter Abstützung dorthin gebracht worden war; es heißt, es würde den Schiffsboden aufgerissen haben. Man hat keine Vermutung über die Verbrecher, aber man nimmt an, daß sie in Zusammenhang stehen mit den Arbeiterunruhen beim Bau der „Connecticut“. — Nichts Bequemer als irgend eine Unthat der kämpfenden Arbeiterschaft in die Schube zu schieben!

Ueber die Verhaftung des Raubmörderpaars Huber meldet der „Anghener“ Polizeibericht: Joseph und Babette Huber wurden am 20. September mittags in Weatou, einem in der Nähe von Wittenberg gelegenen Dorfe, von einem Zugführer beobachtet, wie sie längs des Bahndammes hingingen. Das Paar kam ihm verächtlich vor und er verständigte daher einen Schutzmänn. Dieser nahm eine Kontrolle des Paares vor, welches nach verschiedenen Ausflüchten und Angaben falscher Namen, nachdem in seinem Besitz die signalisierten falschen Papiere auf die Namen Wille und Weichelsdorfer und im Portemonnaie des Johann Huber der signalisierte silberne Fingerring gefunden worden waren, aus, mit den verfolgten Eheleuten Huber identisch zu sein. Die Verhafteten sind heute früh hier eingetroffen und in das Untersuchungsgefängnis am Anger eingeliefert worden.

Die Ergreifung des Mörderpaars ist, wie aus Wittenberg hierher mitgeteilt wird, einem Berliner Lokomotivführer zu verdanken. Huber und Frau, die zu Fuß nach Wittenberg wanderten, wurden von dem Lokomotivführer wiederholt gesehen, zuletzt in Jahnna. Seine Frau ging mit einem Hund neben Huber her. In Wittenberg, wo der Zug vier Minuten hielt, machte der Führer die Polizei auf das Paar aufmerksam. Anfangs begegnete man seinen Mitteilungen mit einigem Zweifel. Als man aber später den Leuten auf den Kopf zusagte, daß sie das gesuchte Mörderpaar seien, räumten sie es schließlich auch ein.

Eisenbahn-Unfall. Aus Köln wird berichtet: Mittwochmorgen 9 Uhr 50 Minuten entgleiste der von Köln nach Frankfurt a. M. abgehende Schnellzug 108 zwischen den Stationen Oberwinter und Remagen; der Verkehr wird durch Umsetzen ausrecht erhalten.

Noch ein Eisenbahn-Unfall. Aus Bamberg wird gemeldet: Infolge Ueberfahrens des Ausfahrtsperrezeichens stieß gestern Abend der gemischte Zug 354 in der Station Roschdorf-Marktzeuln mit einer Rangierabteilung zusammen. Der Wagenwärter Welmann aus Hof wurde getödtet und fünf Reisende wurden leicht verletzt. Die Geleiseperrung war um Mittwochtag gehoben.

Städtischer Beamter. Aus Wien wird gemeldet: Der Kanzleioffizial des Ministeriums für Kultus und Unterricht Droschitz, der mit der Leitung der administrativen Schreib- und Kanzleigeschäfte der Kunstgewerbe-Schule des österröischen Museums betraut war, ist nach Unterschlagung von 26 000 Kronen flüchtig geworden.

Ein verschwundener Luftballon. Aus Stockholm wird gemeldet: Ueber den Verbleib des neuen Ballons der aeronautischen Gesellschaft André, der gestern nachmittags 4 1/2 Uhr mit drei Insassen aufstieg, ist bis Mittwochmittag keine Nachricht eingelaufen. Meteorologische Autoritäten meinen jedoch, daß der Ballon im Laufe der Nacht bei südwestlichen Winde über den Baltischen Meerbusen nach Finnland getrieben sei.

Witterungsbericht vom 24. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C.)	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C.)
Strombe.	766	ND	3	bedeckt	13	Saparanda	760	SD	6	Regen	8
Hamburg	767	R	2	bedeckt	11	Betersburg	772	SED	1	halb bb.	8
Berlin	764	WSD	3	bedeckt	13	Got.	—	—	—	—	—
Konstanz	761	R	4	Regen	12	Übersee	766	BRW	2	heiter	6
München	759	D	4	Regen	10	Paris	764	WSD	1	wolkig	6
Wien	761	D	1	Regen	12	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 20. September 1904.
Etwas kühler, vorwiegend trübe mit Regenschauern und mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die Briefe bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Juristischer Teil.

Die juristische Erbrechtsfrage findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 2 Hgr.

C. 24. Die Unterschiede zwischen der Altbauer- und Berliner Polizeistraf-Uniform wollen Sie selbst durch Anschaffung beheben. — **M. 21.** Ihre Frau könnte im Fall der Pension mit Erfolg intervenieren. Ration ist der Abschluss eines gerichtlichen oder notariellen Vertrages vor der Ehe.

M. 4. 6. Ihre Rechte soll schleunigst auf Zahlung der Entbindungskosten und ein Unvollständiges (zur Hinterlegung) klagen und lügen persönliche Sicherheitsvorrechte ausüben. Klage vor der Geburt ist zulässig.

M. 5. 1. Aa. 2. Dem Vormundschaftsgericht. Sehen Sie sich doch mit der Vermögensverwaltung in Verbindung. — **C. 23. Aa.**

— G. 11a. Der Hinderlohn beträgt von dem Werte der Sache bis zu 200 M. 5 Proz., von dem Mehrwert 1 Proz., bei Tieren 1 Proz. Hat die Sache nur für den Empfangsberechtigten einen Wert (wie z. B. Viehe, Umkleitungen, Geld, Sparfassenbücher u. dergl.), so ist der Hinderlohn nach billigem Ermessen zu bestimmen. In Ihrem Fall dürften 5 M. als angemessen zu erachten sein. — **M. 100. Charlottenburg.** Dr. Rottler hat sein Recht, Ihnen den Zutritt zum Hause zu verweigern, wenn Sie dort für einen Mieter eine bestellte Arbeit abliefern wollten. Liefern Sie also ab oder sehen Sie Ihren Auftraggeber von dem Vorfall in Kenntnis mit dem Entzweigen, Ihnen Gelegenheit zur Ablieferung zu geben und klagen Sie gegen den Portier auf Schadenersatz. — **S. 2.** Klagen Sie nochmals an.

— S. 72. Sie können Strafantrag an die Staatsanwaltschaft richten oder Verwaltungen wegen Beleidigung erheben. — **S. 7. 6. 1.** Das uneheliche Kind einer Witwe erhält den Mädchennamen der Mutter. 2 und 3. Aa. 4. Art. 15 M. monatlich. — **Ubersicht.** Eine gesetzliche Verpflichtung des Arztes, dessen einzugreifen, besteht auch für Unfallfälle nicht.

M. 11. Das Einkommensteuer- und das Gewerbesteuergesetz finden Sie in allen öffentlichen Verfassungen. Wollen Sie berechnen, wieviel Gewerbesteuer die von Ihnen angegebene Zahl Wollwäcker hätten zahlen müssen, wenn sie gewerbesteuerpflichtig wären, so schicken Sie das selbst auf Grund des Gewerbesteuergesetzes nach. Soweit ersichtlich, liegt Gewerbesteuerpflicht nicht vor, so daß auch kein Ausfall entfallen ist.

— M. 1. Standesamt 10a, Jeldend. 17/18. — **M. 2. 45.** Wegen die Verfügung ist Beschwerde an den Oberpräsidenten und Klage an das Ober-Verwaltungsgericht zulässig. Die Sachverhalte aber wenig Aussicht auf Erfolg. Der Betroffene kann hier arbeiten, muß aber außerhalb des Bezirks wohnen, aus dem er ausgewiesen ist. — **M. 2. 32.** Es ist möglich, daß die von Ihnen angeführten Gründe als ausreichende Ehehindernisse erachtet werden. Der durch einen Anwalt beim Landgericht anzustellenden Klage hat ein Ehebündnis beim Amtsgericht H. Hallebach III. 29/31, voranzugehen. Die Erziehung der Kinder steht Ihnen zu. Wenn Sie die Ehescheidung aufgeben, so sind Sie bis zum Abschluß der Scheidung voll alimentationspflichtig. Neben Sie das Verzeichnis Ihrer Frau durch Eintragung in das Geburtsregister auf. — **M. M. 150.** Wein.

W. S. Ia. Sie befinden sich im Arzum. Wir haben keine deutsche Erbschaftsteuer, wohl aber einseitige, insbesondere eine preussische. Sind Sie mit dem Verstorbenen nicht verwandt, so ist die Steuer mit acht Prozent richtig berechnet und Sie zahlungspflichtig. — **G. Werner.** Ihre Vermutung trifft zu. Sie sind auf einen unweilen Prospekt zurückzuführen. Alle Serienlos-Verkäufe, insbesondere ausländische, Amsterdamer usw., sind zur Vermeidung der Lasten des Spielers geeignet. Da das Spiel loslos der Kommerz- und Kreditbank in Amsterdam im besten Falle eine unerlaubte Lotterie darstellt, so sind Sie an Ihren Verpflichtungen keineswegs gebunden. Man kann sich nicht rechtlich gültig zu strafbaren Handlungen verpflichten. Zahlen Sie nicht — das ist der einzige Gewinn, den Ihnen die hochwürdige Serienlos-Gesellschaft einbringt. — **H. A. 114.** Schad Anteil und Tante ohne eheliche Abstammung (Kinder, Enkel, Urenkel), so ist zu Ihrer Adoption, da Sie über 21 Jahre alt sind, nur Ihre Zustimmung erforderlich. Der Adoptionsvertrag ist gerichtlich oder notariell zu schließen und gerichtlich zu bestätigen. — **Mag. S. S. Rein.** — **G. M. Köpcke.** Solche Bestimmung ist zweckmäßig. S. 117 und 239 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers finden Sie weiteren Aufschluss. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **H. A. Na.** Darf ich verfahren erst in 30 Jahren. — **G. C. Charlottenburg.** In der Regel nein: Die Art der Arbeit hängt von der Bestimmung des Chefs ab. — **Rühne.** Sie müssen im Laufe des Erben räumen. — **666 A.** Wenn nicht etwa eine besondere Vertragsvereinbarung über Welter- oder Zuschuh-

zahlung getroffen ist, besteht eine solche Verpflichtung nicht. — **M. Kautsky 100.** Der Unfallrente begibt, kann trotzdem so viel oder mehr verdienen wie andre. — **C. G. S. Z.** 1. Rein. 2. Klagen Sie auf Anerkennung, daß Sie nicht schuldig und auf Herausgabe etwa erhaltener Sachen. Der Beweis über die von Ihnen behauptete Vereinbarung liegt Ihnen ob. — **Hoffmann.** Ihr Kollege ist im Arzum. § 173 Str.-G.-B. bedroht wegen Blutschande mit Zuchthaus den Beschluß zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie. Verwandtschaft bedeutet hier die Abstammung von demselben Stammvater, gleichviel ob dieselbe auf ehelicher oder außerehelicher Geburt beruht. Die aufsteigende Linie ist die ältere (also Vater, Großvater usw.), die absteigende die jüngere (Kinder, Enkel usw.). Die Vermählung zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie ist mit Gefängnis bedroht. Schwägerchaft nennt man das Verhältnis des einen Ehegatten zu den Verwandten des andern. Ob dies Verhältnis auf ehelicher oder auf außerehelicher Geburt beruht, ist auch hier gleichgültig. Demnach ist ohne weiteren Strafvertrag ein Verlehen zwischen Schwägerkindern und Schwägerkindern, Nichten und Neffenkindern als Blutschande strafbar. Schwäger und Schwägerin sind verwandt, aber nicht in auf- oder absteigender Linie, sondern in gleichstehender Linie. Ein Verlehen zwischen diesen ist nicht als Blutschande, sondern eventuell als Ehebündnis strafbar. Eine Heirat zwischen Schwäger und verwitweter Schwägerin ist durchaus erlaubt. — **H. A. 1.** Soweit ersichtlich steht Ihnen ein Anspruch auf Invalidenrente zu. Mitglied der Armenkommission ist Stadts. Hinzg.

Sanstr. 31b. 2. Lassen Sie sich schriftl. erteilen: Die Seite kostet 10 Pf. — **G. St. S. 1.** und 2. Rein. 3. Ja. — **G. St. S. 7.** Mundt. **G. St. S. 9.** Ja. — **H. J. 28.** Der Kasse gegenüber halten Sie wegen Ihrer Angehörigkeit, nicht aber dem Dritten. — **Z. C. 102.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg Strafantrag stellen. Zur Veröffentlichung eignet sich der Fall erst, wenn es zur Verhandlung kommt. — **H. S. 1.** Sie können Strafantrag wegen Sachbeschädigung stellen, zur Verhängung berechtigt ist allein die Kirchhofsverwaltung. 2. Der Betreffende kann sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — **Mina 35.** Rein. — **H. 100.** Sie können bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen, falls kein schriftlicher Vertrag vorliegt. — **2. Reform 10.** Falls Sie nicht nachweisen, daß Sie mit Kenntnis des Vorgesetzten die Kammer innehaben, kann er deren Abmündung verlangen. — **H. A. Verlehen** mit dem 31. Dezember d. J. — **S. C. 1.** **W. S. 10.** Ja. — **2. S. 30.** Der Meiststempel wird nicht durch Stempelmarken entrichtet; das Geld wird an die Stempelbehörde auf Grund eines Meiststempelbuches entrichtet. — **W. S. 57.** Wenn die Töchter der Erbchaft nicht entlassen, können sie als Erben vielleicht in Anspruch genommen werden. — **W.** Sie können bei dem Amtsgericht auf Freigabe der Sachen mit Erfolg klagen. — **7. W.** Leiber hätte die Klage wenig Aussicht auf Erfolg. — **H. S. 20.** 1. und 2. Rechtlich sind Sie nur dann und soweit erhaltungsplötzlich, als Sie es in der Lage sind, ohne den standesmäßigen Unterhalt Ihrer Familie und Ihre sonstigen Verpflichtungen zu bestreiten. 3. Rein. 4. Ja. — **W. W. 1000.** Sie sind im Recht.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die überaus reichen Blumenstrahlen am Grabe meiner lieben Frau, unserer unvergesslichen Mutter, sprechen wir hiermit allen unsern innigsten Dank aus. 16796
Fritz Rau, Sohnkünstler, und Kinder.

Achtung! Modelleure u. Antrager. Achtung!
Freitag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über das Inkrafttreten und die Dauer des Tarifs.
Jede Werkstatt hat einen Vertreter zu entsenden.
Die Agitationskommission. V. A.: Karl Böhle.

Central-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin.
Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Außerordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches und Wahl eines Revisors zum Lokalvorstand.
2. Regelung der lokalen Streikfondsunterstützung.
3. Verschiedenes.
Der Vortrag des Herrn Bernhard findet nächsten Donnerstag statt.
Baldreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Berliner Ressource
Kommandanten-Strasse 57.
Empfehle meine hocheleganten, renovierten, großen u. kleinen Festfale zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Fernsprecher Amt IV, 9675. (2682*)
Sonnabende und Sonntage noch frei.

Anton Böckers Ball-Salon
Weberstrasse 17 (früher Brochnow)
empfehle den geehrten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen seine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten, Vergnügungen.
Vergedenst 5002*
Anton Böcker, Weberstrasse 17.

Orts-Krankenkasse für das Barbier-Gewerbe zu Berlin.

Das Kassenlokal befindet sich vom 3. Oktober 1904: 275/4
Kassenhallestr. 18, Quergeb. 1. Tr.
Kassensunden von 10-2 Uhr.
Am 1. Oktober bleibt die Kasse des Umzuges wegen geschlossen.
Der Vorstand.
H. A.: Joseph Elias, 1. Vorsitzender.

Genesungsheim

für Lungenerkrankte, insbesondere für Tuberkulose — nach neuem erfolgreichen Verfahren. Ferner für an Krebs und Syphilis Leidende.
Beobachtungsstation unter ärztlicher Leitung.
Seehof-Groß-Vichtersfelde Villa „Eilsee“.
*) An dem vorerwähnten Infirmit sind verlässlich zwei Bezüge als Leiter der Beobachtungsstation namhaft gemacht worden, was den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht.

Möbel ab Fabrik
Gediegene Arbeit.
Eine erste ansehnliche Möbel-fabrik ist bereit, an Beamte, Brautpaare etc. kompl. Einrichtungen sowie einzelne Gegenstände bei 1/2 oder 1/3 Anzahlung laut Kassa-Katalog abzugeben. Adressen bitten unter L. 1 in der Hauptexped. d. Bl. abzugeben. Fordern Sie die kostenfreie Zusendung des Kataloges.
E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Nächste Woche Ziehung!
Quedlinburger Lose 1 M.

11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 20 Pf.
Pferde-Gewinne sofort verkäuflich gegen

Bar Geld.
1500 Gewinne im Werte von M.

23 000.
Hauptgewinn i. W. v. Mk. 5000.
Lose versendet auch gegen Nachnahme

Carl Krebs, Quedlinburg 6.
Zu haben in den Lotterieu- u. Cigarron-Geschäften. 4181.*

Kronleuchter-Fabrik
für Gas u. Petroleum.
Größte Auswahl.

400 Kronen
von 10-700 M.
Verk. zu billigst. Fabrikpreisen an Private.
Auf Wunsch Teilzahlung ohne Preisermäßigung.

Siegel & Co.
Prinzenstrasse 33.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits-Kränze, Bälgen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Nur noch einige Tage!
Mariendorfer Hochbau-Terrain!

200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.— und M. 4.— pro Quadrat-Meter netto Bauplatz, zur Straße nicht mehr abzurufen.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße-Mariendorf.
Verkäufer, auch Sonntags von 3-8 Uhr, auf dem Terrain.
Eigentümer A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.

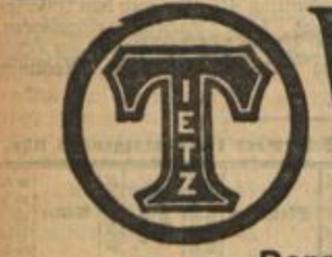
Reine Glaserei, Einrahmung, Silber und Bälgen bewährter Porzellan- und Porzellanartikel wie Stollaternen, Rügen, Anfertigung von Banner- und Fahnen-Decorationen befindet sich jetzt
Berlin O., Friedrichsfelderstr. 20, vorn parterre.
4602*
Max Richter.

Orts-Krankenkasse Weißensee.

Die in der Generalversammlung vom 27. April 1904 beschlossenen neuen Kassenstatuten sind von dem Bezirksausschuss zu Potsdam am 18. August 1904 genehmigt worden.
Dieselben treten am 1. Oktober 1904 in Kraft.
Vorstehendes bringen wir hierdurch unsern Mitgliedern sowie den Arbeitgebern zur Kenntnis und ersuchen, Statuten-Exemplare im Stufenlokale hier selbst, König-Chaussee 23, in Empfang nehmen zu wollen.
Der Vorstand. 275/3*
H. A.: W. A. Büttner, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Kürschner u. verw. Gewerbe Berlin.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß das Kassenlokal am Sonntag, den 1. und Montag, den 2. Oktober wegen Umzug geschlossen ist. Vom 4. Oktober ab befindet sich das Kassenlokal 275/5
Barnimstrasse 19, vorn 1. Tr.
Der Vorstand.
H. A.: G. Seidenkranz.



Waarenhaus Hermann Tietz
Leipzigerstrasse 46-49. — Krausenstrasse 46-49.

Donnerstag, den 29. September bis Dienstag, den 4. October. Soweit der Vorrath reicht.

Vorzugs-Preise für Umzugs-Artikel

Glas	
Eisglas Selterbacher farbig	13 Pf.
Portersohalen 0.8, glatt	25 Pf.
Liqueurrömer farbig	18 Pf.
Biergläser mit Henckel	12 Pf.
Sturzflaschen Eisglas 55 Pf. geschliffen	45 Pf.
Stiefel glatt, 2 1/2 Liter	175
Theebecher mit Bordüre	10 Pf.
Bierbecher mit Goldrand, 1/4 Liter	7 Pf.
Compotieren geschliffen	55 70 85 05 Pf.
Glasteller geschliffen 5" und 5 1/2"	15 Pf.
Zuckerschalen geschliffen	35 Pf.
Butterdosen gepresst	22 25 Pf.
Käseglocken gepresst	38 45 Pf.
Weingläser crystal, Roth- u. Rheinwein	25 Pf.
Bowlingläser crystal	28 Pf.
Hyacinthengläser	6 Pf.
Weingarnitur crystal mit Maiglöckchen	
Römer 75 Pf.	Bowlinglas 55 Pf.
Sotglas 55 Pf.	Rothwein 50 Pf.
Rheinwein 50 Pf.	Madeira 45 Pf.
Liquerglas 35 Pf.	Selterbecher 25 Pf.
Bierbecher 32 Pf.	

Porzellan	
Caffeeservice 9theilig, decorirt	240 275
Tafelservice für 6 Personen	1450 1575
Tafelservice für 12 Personen	3500 4500 5500
Fisohservice für 12 Personen	1575
Teller tief u. flach, fein decorirt	32 Pf.
Teller tief u. flach, blau Rand u. Linie	28 Pf.
Kaffeekanne weiss	38 55 Pf.
Rahmkannen weiss	15 18 22 32 Pf.
Teller tief u. flach	15 18 Pf.
Teller flach, massiv	12 Pf.
Terrinen gross	125
Ragoutschüssel	68 85 Pf.
Theekannen decorirt	25 Pf.
Satz Töpfe 6theilig	150
Tassen weiss, mit Untertasse, gross	8 Pf.

Majolika	
Schirmständer	375 550
Kübel	15 20 25 Pf.
Speinöpfe	55 Pf.
Jardiniären	95 Pf.

Lampen	
Complete Krone 8flammig	2250
Complete Krone 8flammig cuivre poli	2500
Complete Krone 8flammig cuivre poli mit Steineinlage	3200
Complete Krone 8flammig „Neueit“	4500
Speisezimmerkrone 4flammig, komplett	3850
Speisezimmerkrone 4flammig m. Bekrönung u. Perifranze	4250
Speisezimmerkrone 4flammig, mit Bekrönung, Perifranze und Steinen	4500
Perlampeln komplett	1550 1825
Gasselbstzunder Ia	55 Pf.

Zurückgesetzte
3 und 5flammige Kronen, Speise-, Zimmerkronen und Ampeln für Gas und elektrisches Licht sind im Preise bedeutend ermässigt.

Steingut	
Satz Compotieren farbig 4theilig	45 Pf. 6theilig 125 145
Waschbsocken gross	145
Waschkannen	38 75 95 Pf.
Toilettensimer mit Deckel u. Bügel	325
Tafelservice für 6 Personen	850 1050
Waschgarnitur komplett	145 200 425 550 675
Vorratstonnen	28 32 Pf.

Bettstellen werden bis nach dem Umzug aufbewahrt.

Polsterbettstellen, Persiabezug	625 725	mit Spiralboden	825	Ruhebett mit Bettkasten auf Sprungfedern	2700
Polsterbettstellen, Drellbezug u. Spiralboden	900	mit Sprungfedern und Rollen	1350	Chaiselongue, Diagonalbezug	2750
Eiserne Bettstellen mit doppeltem Spiralboden	635	bronceirt	850	Matratzen, grau Leinen	350, 475
Eiserne Bettstellen, 80/120 cm, mit Stahlmatratze	1700	mit Messingverzierungen	2275 2800	Tischbetten auf Sprungfedern mit Holzplatte	2550

Der drohende Erpressungs-Paragraph.

Am Dienstag hatte sich, wie schon gemeldet, die zweite Strafkammer des Landgerichts I mit einem jener Fälle zu beschäftigen, wo ein Akt durchaus lokaler gewerkschaftlicher Tätigkeit als Erpressung gebrandmarkt und vor Gericht gezerrt wird.

Belanntlich endete der Streit der Bauklemperer im Frühjahr 1903 mit dem Abschluß eines Tarifvertrags, der den Stundenlohn der Bauklemperer auf 60 Pf. festsetzte. Die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis liegt einer Schlichtungskommission ob, der als Vertreter der Arbeiter unter anderem der Klemperer Diesner angehört.

Auf der andern Seite berief sich Diesner darauf, daß er sich vollaus berechtigt hielt, den Obermeister Berger zur Zahlung der tarifmäßigen Löhne aufzufordern, daß er hierbei im Auftrage der Berger'schen Arbeiter handelte, und die angebliche Drohung auch nicht in der von Berger angegebenen Form gebraucht, sondern vielmehr gesagt habe: Wenn Ihre Gesellen, weil Sie den Tariflohn nicht zahlen, die Arbeit niederlegen, so werden sie durch den Verband unterstützt und Ihr Verhalten wird dann auch in Versammlungen und in der Fachpresse bekannt gegeben werden.

Die Weisungserhebung gestaltete sich sehr eingehend. Sie drehte sich sowohl um die Feststellung des Wortlautes der angeblichen Drohung, als auch über den Inhalt des Tarifvertrages, die daraus

für die Kontrahenten folgernden Rechte und Pflichten, sowie darum, ob Diesner aus eigenem Antriebe oder im Auftrage seiner Kollegen handelte.

Der Staatsanwalt vertrat die Ansicht, daß die Berger'schen Arbeiter — trotz des Tarifvertrages! — keinen Rechtsanspruch auf den geforderten tarifmäßigen Lohn hätten. Dies, in Verbindung mit der vom Angeklagten ausgesprochenen Drohung würde also den Tatbestand der Erpressung ergeben, aber der Angeklagte habe glauben können, die Arbeiter hätten einen rechtmäßigen Anspruch auf den geforderten Lohnsatz, und damit falle die Anklage auf Erpressung.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, wies in längeren juristischen Ausführungen nach, daß die überwiegende Ansicht in Rechtsprechung und Literatur dahin gehe, daß derjenige, welcher einen Tarifvertrag geschlossen habe, daran gebunden sei und nicht mit einzelnen Arbeitern abweichende Abreden treffen dürfe. Dies sei schlagend von der ersten Autorität auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages, Professor Voimar in Bern, nachgewiesen. Die Beweise, welche man mit dem Tarifvertrag erreichen wolle, den Abschluß von Arbeitsverträgen zu erleichtern, die Nachteile der Söldner- und Schmutzkonturrenz zu vermindern und endlich den Arbeitsverhältnissen Stetigkeit zu verleihen, können nur verwirklicht werden, wenn der Tarifvertrag für die Kontrahenten zwingend sei.

Hiernach hat Diesner lediglich das von Berger gefordert, wozu dieser rechtlich verpflichtet war und damit falle die Erpressung. Nimmt das Gericht dies aber nicht an, so werde man sicher jedenfalls davon ausgehen müssen, daß Diesner geglaubt habe, er fordere von Berger nur das, wozu dieser verpflichtet sei. Der Vorsitzende der Schlichtungskommission, Tiefbauunternehmer Bernhardt, habe in klarer, durchaus überzeugender Weise aus seiner Erfahrung heute als Jenge dargelegt, daß der Arbeiter, welcher den Tarifvertrag nicht streng einhält, in den Kreisen seiner Fachgenossen verachtet sei und daß die Arbeiter demgemäß stets in dieser Hinsicht vertragstreu handeln. Mag man nun selbst annehmen, Berger habe nicht rechtswidrig gehandelt, vertritt er doch im moralischen Sinne die Interessen der Arbeiter, und dem Grundsatz: „ein Mann ein Wort“, hat er nicht gehuldigt, als er seinem vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts gegebenen Versprechen sofort wieder untreu wurde. Dies haben auch seine eigenen Berufskollegen der Schlichtungskommission anerkannt. Der Angeklagte könne als einfacher Arbeiter die feinen juristischen Unterzünne nicht machen. Das, was in seinen eignen Kreisen verpönt ist, habe er als Rechtsbruch angesehen. Folgt man dieser Ansicht, so falle aber auch die Anklage aus § 153 der Gewerbe-Ordnung. War Berger verpflichtet, den Tariflohn zu zahlen, so liegt keine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern eine solche zur Erhaltung der rechtmäßig bestehenden vor. Eine solche aber fällt nicht unter die §§ 152, 153 der Gewerbe-Ordnung. Zum mindesten hat der Angeklagte, da ihm guter Glaube zugebilligt wird, angenommen, es handle sich um eine Verabredung nur zur Aufrechterhaltung des rechtmäßig bestehenden

zwingenden Vertrags. Der Angeklagte hat sich dann in Unkenntnis über ein geschlossenes Tatbestandsmerkmal befunden und müsse deshalb aus denselben Gründen frei-also selbst mit der neuesten Rechtsprechung des Reichsgerichts unter den § 153 der Gewerbe-Ordnung fallen, so müsse aus den vorgenannten Gründen die Anwendung des § 153 vorliegend ausgeschlossen. Nicht möglich sei es, wenn der Staatsanwalt aus subjektiven Gründen die Erpressung verneine, aber den § 153 für gegeben erachte.

Endlich habe auch der Angeklagte keine Drohung ausgesprochen, sondern wie die Beweisaufnahme ergeben habe, nur im Auftrage seiner Kollegen vermittelte, um den Streit zu verhindern, was ihm auch gelungen sei. Berger's in dieser Beziehung von der Aussage der übrigen Zeugen abweichende Bekundung könne nicht in Betracht kommen, da Berger, der fühle, daß er mehr in dieser Verhandlung Angeklagter sei als der Angeklagte, von harter Animosität gegen den Angeklagten erfüllt sei.

Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Freisprechung. Der Vorsitzende sagte in der Urteilsbegründung: Der Angeklagte sei von dem Gedanken ausgegangen, daß Berger durch seine Unterschrift nicht nur als Vertreter der Zunft, sondern auch für seine Person dem Tarifvertrage beigetreten sei, und damit den von ihm beschäftigten Arbeitern gegenüber eine rechtlich bindende Verpflichtung übernommen habe. Diese Auffassung sei juristisch nach § 152 der Gewerbe-Ordnung nicht haltbar, denn es müsse jedem freistehen, von solchen Abmachungen jederzeit zurückzutreten. Der Angeklagte habe aber in gutem Glauben seine Ansicht geltend zu machen gesucht, ihm habe das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt, deshalb müßte er freigesprochen werden.

Wenn das Gericht auch in diesem Falle — was ganz selbstverständlich erscheint — ein freisprechendes Urteil fällte, so zeigt der Fall Diesner, wie leicht das natürliche Rechtsgefühl des Arbeiters in Widerspruch kommen kann mit der Rechtsanschauung der Juristen. Nur sein guter Glaube hat den Angeklagten diesmal noch vor dem Gefängnis bewahrt. Wie aber, wenn ein Gericht — was ja nicht selten geschehen ist — vom Angeklagten voraussetzt, daß er die Rechtslage des Falles, in den er verwickelt wird, kennt, obgleich selbst juristische Autoritäten über die in Frage kommenden Rechtsgrundsätze verschiedener Meinung sind? In solchem Falle hätte den Angeklagten nicht vor dem Gefängnis und vor der Brandmarke mit einem gemeinen Vergehen geschickt.

Wasserstand am 27. September. Elbe bei Ruffig — 0,57 Meter, bei Dresden — 1,08 Meter, bei Ragdeburg + 0,23 Meter. — Unstrut bei Stranitzsch + 0,60 Meter, — Oder bei Rathenow + 1,06 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,78 Meter, bei Dresden Unter-Regel — 1,40 Meter, bei Frankfurt + 0,70 Meter. — Weichsel bei Brademünde + 3,20 Meter. — Warthe bei Posen — 0,16 Meter. Nege bei Uch + 0,24 Meter.

Marktpreise von Berlin am 27. September. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,50—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Roggen**, gute Sorte 13,85—13,84 M., mittel 13,83—13,82 M., geringe 13,81—13,80 M. Futtergerste*, gute Sorte 15,60—14,60 M., mittel 14,60 bis 13,80 M., geringe 13,50—12,60 M. Hafer*, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Roden 40,00—35,00 M., Speldeböhen, weiße 50,00—25,00 M. Rinsen 60,00—35,00 M. Kartoffeln 11,00—7,00 M. Nichtirob 4,32—4,00 M. Rind 9,40—8,80 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,60 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. *) Frei Wogen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Adreßbuch

für Berlin und Vororte 1905.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1905 sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungs-Vorstände zugegangen. Die letzteren werden hiermit gebeten, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Da die

Abholung der Hauslisten Montag, den 3. Oktober,

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungs-Vorstände in Berlin, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Erfuchen, bei ihren Herren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für die schleunigste Eintragung der erforderlichen Angaben Sorge zu tragen oder mir diese unverzüglich direkt zugehen zu lassen.

Im Hinblick darauf, daß die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse an einem vollkommenen und zuverlässigen Adreßbuche haben, darf ich wohl erwarten, daß alle Einwohner durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevoll und kostspielige Zusammenstellung des Adreßbuchs unterstützen werden.

Berlin, den 28. September 1904, SW. 12, Zimmerstraße 37-41.

August Scherl.

